

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVI 2–2010

THINK-TANKS UND ENTWICKLUNG

Schwerpunktredaktion: Dieter Plehwe

mandelbaum *edition südwind*

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
österreichischen Universitäten

Redaktion: Markus Auinger, Gerald Faschingeder, Karin Fischer
(verantwortlich), Margit Franz, Inge Grau, Irmi Maral-Hanak, Karen
Imhof, Johannes Jäger, Bettina Köhler, René Kuppe, Bernhard Leubolt,
Andreas Novy, Christof Parnreiter, Stefan Pimmer, Petra Purkharthofer,
Kunibert Raffer, Anselm Skuhra

Board of Editors: Henry Bernstein (London), Dieter Boris (Marburg),
John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Jacques
Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch (Wien),
Friedrich Katz (Chicago), Franz Kolland (Wien), Helmut Konrad (Graz),
Uma Kothari (Manchester), Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe
Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer
(Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Produktionsleitung: Bettina Köhler
Umschlaggestaltung: Bettina Köhler
Titelfoto: Inge Grau

Inhaltsverzeichnis

4	DIETER PLEHWE Editorial: Think-Tanks und Entwicklung
9	DIETER PLEHWE Think-Tanks und Entwicklung: Bessere Integration von Wissenschaft und Gesellschaft?
38	MATTHIAS SCHLÖGL Das Global Development Network (GDN): Ein globales Entwicklungsnetzwerk? Eine quantitative Annäherung
63	ANDREAS NÖLKE Grenzen des Einflusses transnationaler Politiknetzwerke: Die Offenheit der Bretton-Woods-Zwillinge für Advocacy- Nichtregierungsorganisationen
85	HELMUT WEIDNER Politisierung der Weltbank am Beispiel des Bergbausektors
112	Rezensionen
121	SchwerpunktedakteurInnen und AutorInnen
124	Impressum

DIETER PLEHWE

Editorial: Think-Tanks und Entwicklung

Mit der Gründung des Global Development Netzwerkes (GDN) im Jahr 1997 durch die Weltbank sollte ein frischer Wind in der entwicklungspolitischen Forschung und Beratung entfacht werden. Vor der Gründung des neuen Verbunds von WissenschaftlerInnen und Think-Tanks Ende der 1990er Jahre war das ökonomische Paradigma des *Washington Consensus* bereits als doktrinär erkannt und verworfen worden. Mit der damals von der Weltbank unter Präsident Wolfensohn eingeleiteten Wende hin zu einer entwicklungspolitischen „Wissensstrategie“ wurde für eine neue, offenere Ära geworben. Bescheidener wollte die Weltbank werden. Lokale und dezentrale Entwicklungskapazitäten sollten verstärkt mobilisiert werden. Weniger durch zentralistische Steuerung und den Einsatz ökonomischer Ressourcen wollte sie glänzen, sondern für eine effizientere Unterstützung und Koordination komplexer Informationsflüsse sorgen. Um das Gewicht des globalen Südens zu stärken, wurde der Sitz des GDN bald von Washington nach New Delhi und Kairo verlegt. Der neuartige Organisationsverbund agiert formal unabhängig von der Weltbank und strebt mittlerweile den Status einer internationalen Organisation an (vgl. www.gdnet.org).

Ein wichtiger Teil der Arbeit im Global Development Netzwerk zielt darauf, sich über die Rolle von Forschung und Fachberatung in der Entwicklungspolitik zu verständigen. Vermeintlich oder tatsächlich geht es dabei um eine Stärkung der Informationsgrundlagen für EntscheidungsträgerInnen. *Evidence based policy making* heißt das Schlagwort in der Entwicklungspolitik ebenso wie in anderen Politikfeldern. Think-Tanks und Netzwerke sollen den organisatorischen Unterbau dafür bilden und dementsprechend wurden neue Organisationen insbesondere im globalen Süden aufgebaut.

Durch das Global Development Netzwerk wird die Reflexion über den Einsatz von Expertise in der Entwicklungszusammenarbeit grundsätz-

lich gestärkt. Allerdings wird diese gesteigerte (Selbst-)Reflexion der Arbeit entwicklungspolitischer Think-Tanks nach wie vor hauptsächlich von ForscherInnen geleistet, die unmittelbar in die laufenden Aktivitäten des GDN involviert waren (vgl. Stone 2000). Zudem kreist die Debatte vor allem um den Nexus von Expertise und Beratung – wichtigen Fragen des Zusammenhangs von Interessen und Ideen wird hingegen wenig Aufmerksamkeit zuteil. Nicht zuletzt die Erfahrungen im Umgang mit der jüngsten weltweiten Finanzkrise oder mit Ereignissen im Energiesektor haben die Notwendigkeit aufgezeigt, sich kritisch mit oftmals unhinterfragten Annahmen und scheinbar fundiertem Fachwissen auseinander zu setzen. In der Entwicklungszusammenarbeit ist der zunehmende Einsatz von Expertise sicherlich in mancher Hinsicht zu begrüßen. Ein verstärkter Rekurs auf ExpertInnenwissen enthebt jedoch nicht der Frage nach den jeweiligen historischen Ursprüngen, Zusammenhängen, Ausrichtungen und Zielen politiknaher Analyse.

Mehr als eine Dekade nach der Entwicklung dieser neuartig globalisierten Forschungs- und Beratungslandschaft erscheint es deshalb an der Zeit, sich genauer mit Anspruch und Wirklichkeit der entwicklungspolitischen Think-Tank-Arbeit zu beschäftigen. In einem Seminar an der Universität Wien (Projekt Internationale Entwicklung, Wintersemester 2008/09) wurde der Grundstock für das vorliegende Schwerpunktheft gelegt. Die TeilnehmerInnen recherchierten Denkfabriken in einzelnen Ländern und unterschiedlichen Weltregionen. In Zukunft könnten solche Recherchen einen Teil wichtiger Forschungsarbeit ausmachen, die – zum Beispiel auch im Rahmen von Auslandsstudienaufenthalten – wohl nur vor Ort angemessen geleistet werden kann. Gleichwohl sind viele wichtige Ergebnisse des Seminars mittelbar oder unmittelbar in die beiden Texte eingeflossen, die sich mit dem GDN bzw. mit den entwicklungspolitischen Think-Tank-Netzwerken beschäftigen, weshalb den Studierenden an dieser Stelle nochmals Dank und Anerkennung gebührt.

Der einleitende Beitrag von Dieter Plehwe setzt sich kritisch mit der Literatur zu Think-Tanks auseinander, die nach wie vor überwiegend von einem unpolitischen Verständnis der wissenschaftlichen Politikberatung ausgeht und den akademischen Anspruch der politiknahen Forschung weitgehend unhinterfragt akzeptiert. Der Autor verweist demgegenüber auf die Relevanz der Politisierung von Wissenschaft in der Entwicklungs-

zusammenarbeit und begründet den Bedarf an einer kritischen Think-Tank-Forschung unter anderem mit der Entstehung von weltanschaulichen Think-Tank-Netzwerken im globalen Maßstab. Die Offenheit und der Pluralismus des GDN kann ebenso wie die Vielfalt von Denkfabriken im Rahmen der neuen Wissensstrategie in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit erst im Zusammenhang mit einem besseren Verständnis der weitgehend elitären Mobilisierung von Think-Tanks und ihren Netzwerken erklärt werden.

Wird im einleitenden Text ein wissenschafts- und herrschaftskritisches Verständnis der Think-Tank-Analyse angemahnt, um die unterschiedlichen Aufgaben und Funktionen dieser Organisationen im Kontext neuer Formen intellektueller Arbeitsteilung zu verstehen, so leistet Matthias Schlögl mit einer quantitativen Analyse des GDN einen wertvollen Beitrag zu einem besseren Gesamtverständnis des globalen Forschungs- und Beratungsnetzwerkes, der an ihm beteiligten ForscherInnen sowie der dort publizierten Expertise. Methodisch innovativ greift der Beitrag auf die im Internet verfügbaren Datenbanken des GDN (ForscherInnen, Mitgliederorganisationen und Publikationen) zu, um die Ansprüche des GDN mit den realen Produktionszusammenhängen von Expertise in Bezug zu setzen. Das Ergebnis ist ernüchternd. Einer südlichen Organisationsmehrheit steht die Vorherrschaft nördlicher Publikationszentren gegenüber, nach wie vor dominiert die ökonomische Entwicklungsforschung und der allenthalben beklagte Brain Drain von Süd nach Nord findet auch im GDN Bestätigung. Weil die inhaltliche Orientierung der angebotenen Expertise anhand der quantitativen Datenanalyse nicht ermittelt werden kann, sind inhaltsanalytische Studien in unterschiedlichen Sachgebieten eine wichtige Aufgabe künftiger Forschung.

Im Beitrag von Andreas Nölke wird der Fokus von Think-Tank-Netzwerken zu transnationalen NGO- und Politiknetzwerken verschoben. Anhand eines Vergleichs der An- und Einbindung von externen Akteuren beim Internationalen Währungsfonds und bei der Weltbank werden Voraussetzungen herausgearbeitet, die erfüllt sein müssen, damit Nichtregierungsorganisationen bei der Arbeit dieser globalen Institutionen mitwirken können. Dabei spielen unter anderem der Politiktyp und die Kongruenz mit dem Tätigkeitsprofil des zuständigen Sekretariats eine zentrale Rolle für Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung. Im Hinblick auf die bisweilen

euphorische Einschätzung der Möglichkeiten von Think-Tanks und Expertise lautet der ernüchternde Befund, dass die Existenz von Denkfabriken und Forschungskapazität alleine nicht besonders viel über deren Kapazität aussagt, zu Diskursen und Entscheidungsfindungen beizutragen. Mit dem Beitrag von Nölke lässt sich aber die Hypothese formulieren, dass das Spektrum der im GDN zum Ausdruck kommenden Positionen relativ nahe bei denen der jeweiligen Partner in den globalen Institutionen zu verorten sein dürfte, weil damit die Aussichten steigen, Gehör und damit auch (Forschungs-)Aufträge zu finden.

Helmut Weidner untersucht die veränderte Rolle der Weltbank in Bezug auf Rohstoffindustrien im globalen Süden. Sein Beitrag ergänzt das Schwerpunktthema dahingehend, dass die Veränderung der inhaltlichen Ausrichtung der Finanzinstitution zur Frage der nachhaltigen Entwicklung in diesem Bereich parallel zur Entfaltung des Global Development Netzwerkes verlief. Nach Weidner hat sich die Arbeit der globalen Institution politisiert und inhaltlich neu orientiert – als Folge der verstärkten Einflussnahme von Industrie und NGOs. Analog zur Entwicklung des GDN verlagerte die Weltbank die Erstellung von Expertise – nicht zuletzt aus Legitimationsgründen – in den globalen Süden. Damit verstärkte die Weltbank ihren Einfluss gegenüber der Industrie und bremste deren Bemühungen, in Eigenregie zu Expertise und Reform zu gelangen, aus. Gleichzeitig aber wurden unter Kontrolle der Weltbankexpertengruppen eher moderate, mit ökonomischen Zielen gut zu vereinbarende Nachhaltigkeitspositionen entwickelt und autorisiert. Im Hinblick auf Think-Tank- und Forschungsnetzwerkanalysen verweist Weidners Rekonstruktion des Nachhaltigkeitsdiskurses im Bereich extraktiver Industrien darauf, dass vielfältige Beiträge nicht einfach nebeneinander stehen, sondern zu einer veränderten „Ordnung des Diskurses“ (Foucault) beitragen, die eine Analyse über die unmittelbare Arbeit von Think-Tanks und ExpertInnen hinaus erforderlich macht. Zugleich demonstriert das Vorgehen der Weltbank in diesem Sektor, dass dem GDN keineswegs eine Art exklusive Rolle bei der entwicklungspolitischen Forschung und Beratung erwächst. Offenbar werden je nach Bedarf sehr unterschiedliche Elemente der globalisierten Forschungs- und Beratungslandschaft in Szene gesetzt. Warum dies so ist und nach welchen Kriterien Arenen genutzt oder entwickelt, aber auch geschnitten oder

abgelehnt werden, kann wiederum als wichtiges Feld künftiger Forschung bezeichnet werden.

Sowohl die Beiträge als auch die Forschungsdesiderate des vorliegenden Heftes verweisen darauf, dass es noch vieler Seminare und Forschungsoperationen bedarf, um den entwicklungspolitischen Think-Tank-, ExpertInnen- und Politiknetzwerken auf die Spur zu kommen. Deren Ergebnisse werden hoffentlich auch künftig in Heften des *Journals für Entwicklungspolitik* dokumentiert werden. Eine Plattform für solche Untersuchungen bietet unterdessen bald auch eine neue Webseite, die unter www.think-tanknetworkresearch.net im zweiten Halbjahr 2010 verfügbar sein wird.

Literatur

Stone, Diane (Hg., 2000): *Banking on Knowledge. The Genesis of the Global Development Network*. London: Routledge.

Erratum

In unserer Jubiläumsausgabe JEP 4/2009 ist uns leider ein Fehler unterlaufen. In diesem Heft haben Mitglieder der Redaktion und des HerausgeberInnenkomiteés ihre liebsten Forschungsprojekte vorgestellt. Uma Kothari hat ihren Beitrag „*The forced movement of colonised peoples and its impact on development*“ gemeinsam mit ihrem Kollegen Rorden Wilkinson verfasst, dessen Autorenschaft wir unterschlagen haben. Wir entschuldigen uns und bitten um Nachsicht.

Eine korrigierte Version des Beitrags befindet sich unter:
<http://www.mattersburgerkreis.at/jep/20094.php>

DIETER PLEHWE

Think-Tanks und Entwicklung: Bessere Integration von Wissenschaft und Gesellschaft?

1. Einleitung: Die arkane Welt der Think-Tanks

Der Beginn einer verstärkten Förderung von entwicklungspolitischen Forschungs- und Beratungseinrichtungen und der institutionalisierte Aufbau von globalen Netzwerken durch die Weltbank datiert mit der Gründung des Global Development Network (GDN) bereits mehr als eine Dekade zurück. Mit diesem Netzwerk wurde ein organisatorischer Rahmen für die seit der Präsidentschaft von James Wolfensohn verfolgte „Wissensstrategie“ in der Entwicklungszusammenarbeit geschaffen (vgl. Plehwe 2007). Damit wurde insbesondere die Arbeit von allerlei häufig als Think-Tanks bezeichneten Instituten aufgewertet. Neben traditionellen Universitäten spielen diese, häufig privat finanzierten Einrichtungen eine zunehmende, allerdings nicht ohne weiteres verständliche Rolle in der nationalen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

In Anbetracht der vielen hundert Think-Tanks etwa im Rahmen des Global Development Network ist es schwierig bis unmöglich, eine auf gesättigten empirischen Erfahrungswerten begründete Gesamteinschätzung der Think-Tank-Entwicklung in der Entwicklungszusammenarbeit zu treffen (vgl. eine erste quantitative Erhebung von Schlögl in diesem Heft). Eine geeignete Übersicht über Strukturdaten von Think-Tanks und Think-Tank-Netzwerken oder ein systematisches und zuverlässiges Monitoring von Think-Tank-Aktivitäten gibt es nicht, geschweige denn eine substantielle international vergleichende Forschung zu (entwicklungspolitischen) Think-Tanks und deren lokale und internationale Einbettung in wissenschaftliche, wirtschaftliche oder politische Allianzen. Jüngste Aktivitäten internationaler Geldgeber, die mit einer Art Spitzenförderung ausgewählte Think-Tanks

in verschiedenen Ländern und Weltregionen besonders unterstützen (vgl. z.B. <http://www.idrc.ca/thinktank>), weisen möglicherweise auf eine zunehmend elitäre Strukturierung der ursprünglich vom normativen Anliegen her egalitär ausgerichteten „Wissensstrategie“ hin (vgl. Evers et al. 2003).

Allenthalben begründet die rasche Entwicklung der entwicklungspolitischen Think-Tank-Landschaft der jüngeren Zeit den Bedarf an erhöhter Aufmerksamkeit auf bereits erfolgte und sich neu abzeichnende Veränderungen bei entwicklungspolitischen Think-Tanks. Eine ganze Reihe von grundsätzlichen und spezielleren Fragen müssen gestellt werden:

Welche Rolle(n) spielen Think-Tanks in der Entwicklungspolitik im Allgemeinen und speziell in der Entwicklungsforschung und -beratung? Wie ist die dezidierte Entwicklung von neuen Think-Tanks, Forschungs- und Beratungskapazitäten einzuordnen, wie kann die Forschungs- und Beratungspraxis im Kontext globaler Think-Tank-Netzwerke eingeschätzt werden? Welche Arten von Wissen werden in Think-Tanks produziert, welche weiteren Beiträge zu den Entwicklungsdiskursen und Praxen leisten sie? Wird die in der Vergangenheit eher zentralistische Weltbankhierarchie im Rahmen globaler Netzwerke abgeflacht, der Zugang von und zu lokalen Akteuren bzw. Wissensbeständen erleichtert? Werden damit Defizite der bisherigen Entwicklungsforschung und -beratung behoben oder zumindest verringert? Oder werden im Zuge der Entwicklung von Think-Tank-Netzwerken neue Hebel und Mechanismen zur Kontrolle einer zunehmend komplexen Forschungs- und Beratungslandschaft geschaffen?

Viele dieser Fragen erfordern umfangreiche empirische Erhebungen und lassen sich derzeit nicht ohne weiteres beantworten. Großen Hoffnungen in die verstärkt dezentralen Forschungs- und Beratungsaktivitäten (vgl. Stone 2000) stehen ernüchternde Erfahrungen mit der Umsetzung der Wissensstrategie gegenüber (Goldman 2005), wobei auch die kritische Forschung die Aktivitäten von und in Think-Tank-Netzwerken bislang erst streift. Wenn bereits die Veränderungen der Forschungs- und Beratungslandschaft in Deutschland versierten ExpertInnen Kopfzerbrechen bereitet (Falk et al. 2006), so muss im Hinblick auf das globale Feld der entwicklungspolitischen Think-Tanks ein eklatantes Defizit empirischer Sozialforschung konstatiert werden (vgl. die cursorische Auswertung der Literatur weiter unten).

Vor diesem Hintergrund geht es im folgenden Beitrag zunächst und vorwiegend um die Erörterung und Illustration von Theorien und Forschungsansätzen, welche eine vielfältige sozialwissenschaftliche Forschung zu Think-Tank-Netzwerken im Feld der internationalen Entwicklungszusammenarbeit anleiten können. Zu diesem Zweck wird zunächst eine kritische Zusammenschau jüngerer Beiträge zur Wissenschaftsforschung (Abschnitt 2) und Think-Tank-Literatur (Abschnitt 3) präsentiert, wobei das besondere Interesse den bisher dort allerdings eher randständig behandelten Zusammenhängen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gilt. Auf der Basis der vorliegenden Literatur können verschiedene Aussagen über den Charakter der Think-Tank-Arbeit in Fragen umgewandelt bzw. als Leithypothesen formuliert werden, um die expansive Welt der Think-Tanks genauer zu erforschen. Dazu müssen allerdings auch theoretische Forschungsansätze weiter entwickelt werden, die den transnationalen Verbindungen und Zusammenhängen in Think-Tank-Netzwerken gerecht werden können. In Abschnitt 4 wird zu diesem Zweck im Anschluss an Hajer (1993) und Wittrock et al. (1987) eine transnationale Diskurskoalitionstheorie vorgestellt (vgl. Schmidt 2002; Bieling 2005), die auch bereits Eingang in die internationale politische Ökonomie und Entwicklungsdiskussion gefunden hat (z.B. zur Analyse der Organisation des Washington Consensus, vgl. Kellermann 2006; Plehwe 2009). Die weltanschaulichen sowie thematischen Think-Tank-Netzwerke bieten in diesem Zusammenhang eine geeignete Empirie, um die Diskurskoalitionstheorie selbst mit Ansätzen zur historisch-sozialen Netzwerkforschung weiter zu entwickeln (Abschnitt 5). Abschließend resümiere ich die Möglichkeiten vergleichenden Erforschung von Think-Tank-Netzwerken.

2. Endstation Effizienz? (Think-Tank-)Lücken in der Wissenschaftsforschung

Die Wissenschaftsforschung konstatiert eine zunehmende und verbesserte Integration von Wissenschaft und Gesellschaft in der jüngeren Vergangenheit (vgl. Hessels/Lente 2008). Traditionelle akademische Forschung gilt der gängigen Einschätzung nach als relativ abgehobene Grundlagenforschung, ein in erster Linie der wissenschaftlichen Kommunikation

verpflichtetes System. Dem Modus einer früheren „Wissenschaftswissenschaft“ wird somit ein stärker an Anwendung orientierter Wissenschaftstyp entgegengesetzt.

Die am häufigsten zitierten AutorInnen einer ganzen Reihe von vergleichbaren Forschungsbeiträgen zum veränderten Modus wissenschaftlicher Forschung schreiben: „Of course, like all theses that gain a certain popularity [...] [our] thesis was radically simplified, and collapsed in a single phrase – ‚Mode 2‘. The old paradigm of scientific discovery (‚Mode 1‘) – characterized by the hegemony of theoretical or, at any rate, experimental science; by an internally-driven taxonomy of disciplines; and by the autonomy of scientists and their host institutions, the universities – was superseded by a new paradigm of knowledge production (‚Mode 2‘), which was socially distributed, application-oriented, trans-disciplinary, and subject to multiple accountabilities“ (Nowotny et al. 2003: 179).

Im Zusammenhang mit dem neuen Wissenschaftstyp wird eine veränderte Organisationslandschaft thematisiert. „The number and diversity of institutions devoted to knowledge production and dissemination has increased since 1945“, darunter „think tanks and all sorts of consulting firms and intermediary organisations“ (Gibbons et al. 1994: 141). Neuartige, häufig kommerziellen Zwecken mehr als zuerst oder ausschließlich der Wissenschaft verpflichtete Mehrzweckorganisationen „in small and medium-sized high-technology companies, or management consultancies and think-tanks (which, arguably, are merely extensions or modifications of traditional institutions; the growth of corporate universities may be a good example)“ sind für Nowotny et al. (2001: 15) unterdessen nicht von besonderem Interesse, weil es sich ihrem Verständnis nach allgemein um eine genuin positive Entwicklung handele, bei der Nützlichkeit und unmittelbar gesellschaftliche Relevanzkriterien in den Vordergrund treten.

Die besonders populäre „Mode 2“-These besticht ebenso sehr durch ihren universellen Geltungsanspruch wie durch ihre mangelnde empirische Absicherung. In der modernisierungstheoretischen Entwicklungsforschung etwa mündeten die Bemühungen um eine praktische, stärker anwendungsorientierte Wissenschaft bereits in den 1950er und 1960er Jahren in die problemorientierte Grundlagenforschung. Diese wäre zumindest als Vorläuferin aktueller Entwicklungen stärker zu berücksichtigen, wenngleich sie in zum Teil schematischer Art und Weise den makro-ökonomischen und staat-

lichen Planungsbestrebungen der Ära des Kalten Krieges diene (Gilman 2003). Demgegenüber sind neuerdings sicher andere, insbesondere mikroökonomische Relevanz- und Verwertungskriterien vorrangig.

Genauer werden Verschiebungen im Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft von Leydesdorff/Etzkowitz (1998) registriert, die eine „triple helix“ (Universität, Industrie, Regierung) als zentrale Neuerung im akademischen Geschehen von Schwellenländern konstatieren. Im Zentrum des Forschungsinteresses steht hier die fokussierte Untersuchung der Beziehung zwischen Forschungs- und ökonomischen Entwicklungsanstrengungen. Neuere Konfigurationen einer stärker an privaten Eigentumsrechten und Märkten orientierten Forschung (Kommerzialisierung) sind demnach keineswegs einhellig positiv einzuschätzen, sondern sollten vielmehr kritisch im Hinblick auf Blockaden ebenso wie auf Potentiale geprüft werden (vgl. Mirowski/Sent 2008).

Terry Shinn (2002) stellt den Beitrag der „Mode 2“- und „triple helix“-Thesen zur Erklärung der gegenwärtigen Umbrüche im Wissenschafts- und Produktionssystem grundsätzlich in Frage. Zu stark vernachlässigt werden ihm zufolge bedeutende Spannungen zwischen nationalen und globalen Aspekten von Innovationsregimes und kapitalistischer Verwertung (die Makro-Ebene) einerseits und einflussreiche Gemeinschaften und Personengruppen an den Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft (die Mikro-Ebene) andererseits. Vor dem Hintergrund eigener Forschung im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften (Joerges/Shinn 2001; Shinn/Joerges 2002) konstatiert Shinn (2002: 611-612), dass seit fast zweihundert Jahren „small but often influential groups have embodied the very form of transverse operations more or less alluded to by the Triple Helix and New Production of Knowledge.“ Solche häufig informellen Gruppen nennt Shinn „Forschungstechnologen“ (*research-technologists*); sie entwickeln generative Instrumente (*generic devices*, Artefakte und Methoden). „They stand ‚in-between‘ orthodox professions and bodies, and are thereby interstitial [...] They both sustain instituted differentiations and divisions of labour and violate them“ (ebd.).

Durchaus den Naturwissenschaften vergleichbare transversale Aktivitäten lassen sich auch im Bereich der Sozial- und Kulturwissenschaften erkennen, zum Beispiel auf der Grundlage von neuen Verfahren in Kombination mit Informations- und Kommunikationsmedien oder -technologien

(z.B. Meinungsumfragen, oder die von Lazarsfeld in den USA entwickelte Kommunikationsforschung). Bestimmte Arten von Think-Tanks selbst können in diesem Zusammenhang als eine neue Generation sozialwissenschaftlicher Technologie begriffen werden, zum Beispiel weil Marketing-techniken bei der Wissensvermittlung systematisch zum Einsatz gebracht werden und neue Textformate wie Kurz-Expertisen entwickelt wurden (zur Genese des neuen Think-Tank-Typs, vgl. Cockett 1994). Zu den jüngeren Forschungstechnologien gehören Benchmarking, Indexierungs- und Szenarientwicklung zu allerlei mehr oder weniger wissenschaftlichen Zwecken. Der so genannte *Economic Freedom of the World Index* zum Beispiel wird unter Führung des kanadischen Fraser-Instituts von neoliberalen Think-Tanks weltweit zusammengetragen und etwa bei Auseinandersetzungen mit GlobalisierungskritikerInnen zum Einsatz gebracht (Plehwe 2002).

Unabhängig davon, ob Think-Tanks mehr oder weniger wissenschaftlich operieren (im Sinne der Prinzipien Robert Mertons als organisierter Skeptizismus, kritische Grundlagenforschung und distanzierte Anwendungsforschung), haben die eher akademischen Institute der ersten Think-Tank-Generation (Universitäten ohne StudentInnen) und die parteiischen Einrichtungen der zweiten Generation (vgl. Plehwe 2006) das Feld der Sozialwissenschaften und der Politik in erheblichem Maße verändert, spezifische Interessen befördernd bzw. behindernd. In den 1970er Jahren kam in diesem Zusammenhang die These auf, dass Think-Tanks im Zusammenhang einer neuen herrschenden Klasse zu begreifen sind: die Technokratie. Gegen die These einer neuen intellektuellen Elite und einer allgemein technokratischen Herrschaft hat Frank Fischer bereits vor etlichen Jahren überzeugend sein Argument des *politischen* Charakters von Wissenschaft und Technokratie gestellt, weil neben dem wissenschaftlichen Charakter von Expertise die unterschiedlichen weltanschaulichen Orientierungen stärker berücksichtigt werden müssen (Fischer 1993). Die weit über die USA hinaus relevante Entwicklung von vermehrt politisch koordinierter Expertise und Beratung (z.B. im Rahmen der OECD, des Davoser World Economic Forum oder neoliberaler Netzwerke, aber auch im Rahmen des Global Social Forum) nährt erhebliche Zweifel an der selbstgenügsamen Ignoranz seitens der normativen und spekulativen Wissenschaftsforschung solchen Entwicklungen gegenüber. Immer wieder und offensichtlicher stellt sich jedenfalls die *cui bono*-Frage. Bei der Präzisierung des Zusammenhangs von

Interessen, Wissen und Ideen, muss besser verstanden und erklärt werden, was in der Wissenschaft, Forschung und Beratung als relevantes Wissen gilt und warum. Leider leistet auch die – allerdings noch sehr junge – Forschung zu Think-Tanks noch keinen hinreichenden Beitrag zu einem umfassenden Verständnis neuer Formen der Integration von Wissenschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung.

3. Endstation Pluralismus? Wissenschaftslücken in der Think-Tank-Forschung

Parallel zum weltweiten Aufstieg der Think-Tank-Organisationen kann ein erstarkendes Interesse in der Forschung zum Think-Tank-Phänomen konstatiert werden. Dabei dürfte auch das nicht geringe Selbstbewusstsein einiger Think-Tank-Manager eine Rolle spielen, wie es zum Beispiel in folgendem Statement des langjährigen Leiters des neoliberalen Institute of Economic Affairs (IEA) in London zum Ausdruck kommt: „[...] especially with think tanks playing an increasingly central role in policy making. On that front they have taken over from the universities“ (Blundell 2009).

Mehr als 5.500 Think-Tanks werden von ForscherInnen aus den USA gezählt, wovon die Mehrzahl in den letzten Jahrzehnten gegründet worden sind (McGann 2008). Ein großer Teil der Literatur ist, hinsichtlich der verstärkten Entwicklung der überwiegend privaten Think-Tanks, deskriptiv und affirmativ. Erst vereinzelt werden Think-Tanks systematisch im Hinblick auf die Transformation von Wissen und Macht im Übergang vom sozialliberalen zum neoliberalen Zeitalter erforscht (vgl. Walpen 2004; Resch 2005; Plehwe/Walpen 2006; verschiedene Beiträge in Mirowski/Plehwe 2009). In jüngster Zeit wird in der Forschung eine grundlegende Herausforderung durch Think-Tanks und Stiftungen in Wissenschaft und Gesellschaft thematisiert (Medvetz 2008; Speth 2010; Asher/Guilhot 2010; Plehwe 2010).

3.1 Reanimationsversuche in Sachen Pluralismus: Innovation als Kernmerkmal?

Führende ForscherInnen bezeichnen das vielfältige Angebot von Informationen und Expertise durch eine breite Palette von Organisationen als Schlüssel zum Verständnis des Phänomens Think-Tank: die welt-

weite Streuung von häufig als Politikforschungs- und Beratungsinstitute verkürzt definierten Organisationen¹ (McGann/Weaver 2005: 2). Think-Tanks werden insbesondere in der US-Literatur als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft porträtiert. In prinzipieller Unterscheidung von der Privatwirtschaft und der staatlichen Politik wird die Zivilgesellschaft normativ als dritter Sektor konstruiert, als eine Sphäre genuiner Bürgeraktivitäten im öffentlichen Interesse. Aber auch in Europa werden Think-Tanks besonders dafür gelobt, als Katalysator für Ideen zu dienen (Gellner 1995). Sie eignen sich dafür angeblich besser als andere Organisationen wie traditionelle akademische Einrichtungen, politische Parteien oder Interessengruppen (McGann/Weaver 2005: 3). Informations- und Innovationskapazitäten werden mithin ins Feld geführt, um Think-Tanks als wertvolles Organisationsmodell zu empfehlen.

Unabhängig von den vielen unterschiedlichen konkreten Formen von Think-Tanks in diversen Ländern behaupten McGann/Weaver (2005: 3): „What they have all in common is that they are non-profit, independent of the state, and dedicated to transforming policy problems into appropriate public policies.“ Offensichtlich wird damit eine normative Perspektive eingenommen, die insbesondere auf die US-Diskurse zugeschnitten ist. Die Finanzierung der privaten Think-Tanks durch Unternehmen, Verbände und Stiftungen, aber auch die ansehnliche staatliche Subvention aufgrund des gemeinnützigen Steuerstatus² wird ausgeblendet. Eine solche Herangehensweise kann die Überlappungen der drei Sektoren (Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft), die in der Think-Tank-Finanzierung, in den Ergebnissen der Think-Tank-Forschung und in der Think-Tank-Beratungsarbeit zum Ausdruck kommt, nicht adäquat behandeln (vgl. demgegenüber Faber/McCarthy 2005). Unterbelichtet bleibt damit aber auch die Tatsache, dass viele Think-Tanks als Konsequenz der Privatisierungs- und Sparpolitik des öffentlichen Sektors entstehen, weil sich deshalb zum Beispiel auch ProfessorInnen häufig nach anderen Einkommensquellen umsehen müssen, die im Süden insbesondere von ausländischen Quellen zur Verfügung gestellt werden (Goldmann 2005). Solche Entwicklungen wurden im seit den 1980er Jahren stärker neoliberal geprägten Zeitalter dadurch weiter verstärkt, dass sich internationale Geberorganisationen zunehmend an zivilgesellschaftliche Institutionen wenden, um öffentliche Institutionen zu umgehen (Keck/Sikkink 1998).

In gewissem Kontrast zur rückhaltlos positiven Schilderung des reklamierten Think-Tank-Pluralismus erkennen McGann/Weaver eine konservative Think-Tank-Mehrheit in den Vereinigten Staaten im Gegensatz zu Europa. Obwohl lebhaftere Gründungsaktivitäten von Think-Tanks im Lager der Rechten berichtet werden (Horn 2005), behauptet McGann, dass es in Europa eine Mehrheit von linken Think-Tanks gibt (zitiert in Lahrant/Boucher 2004). Solche Thesen werden ohne empirische Belege vorgetragen, stehen gar im Gegensatz zum Europakapitel des von McGann/Weaver (2005) selbst herausgegebenen Sammelbandes. Dort wird auf „proselytizing free-market institutes“ aufmerksam gemacht. „By the late 1980s, they formed the largest group of think tanks with a clear ideological orientation and policy agenda“ (Day 2005: 106f).

Generell lässt sich festhalten, dass die Debatte über Unterschiede des Ausmaßes und der Art des Einflusses von Think-Tanks in Ländern und Regionen sowie die Bandbreiten der jeweiligen politischen Spektren, also der reale Pluralismus, prinzipiell interessant ist (siehe auch Abelson 2002). Die transnationale Formierung von Think-Tank-Kräften und deren Kapazität zur Beeinflussung von Wissenschaft und Gesellschaft lassen sich jedoch im Rahmen national-komparativer Ansätze und pluralismustheoretischer Prämissen nicht hinreichend ermessen.

3.2 Unabhängige Effizienz?

Eine weitere Gruppe von ForscherInnen erkennt an, dass Think-Tanks häufig nicht vollständig von Interessenorganisationen oder -gruppen abgegrenzt werden können. Stone/Garnett (1998: 4) behaupten jedoch auch, dass gemeinsame Charakteristiken es zulassen, Think-Tanks in eine besondere Kategorie einzuordnen: Besondere Kapazitäten der Wissensproduktion und -vermittlung verleihen ihnen angeblich eine besondere Kapazität. Legitimität wird ihnen zugesprochen, weil sie in besonderer Weise an intellektueller Unabhängigkeit interessiert seien. Wenngleich Think-Tank-Unabhängigkeit generell als „awkward problem which must be treated with flexibility“ (ebd.: 5) gesehen wird, lenken die AutorInnen die Aufmerksamkeit auf den Output und behaupten eine starke Korrelation zwischen intellektueller Unabhängigkeit und politischem Einfluss – oder politischer Isolation (ähnlich, vgl. auch Rich 2005).

Die Bedeutung der von Think-Tanks bereit gestellten Forschung liegt dieser Perspektive folgend nicht alleine in deren wissenschaftlicher Kreativität. In den Vordergrund gerückt wird Effizienz bei der Umsetzung von Ideen. Stone/Garnett (1998) positionieren Think-Tanks damit in einer Idealwelt anwendungsorientierter wissenschaftlicher Forschung analog etwa jener der deutschen Fraunhofer-Institute, deren enge Verbindung mit jeweils an der Forschung besonders interessierten Industrien unterdessen leicht ersichtlich ist. Jedenfalls wird nicht über das Ausmaß an Kontrolle von direkter oder indirekter Auftragsforschung gesprochen. In der Realität ist die Diskrepanz zwischen abstrakten Kriterien der Wissenschaft und deren Faktizität schon in der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung mitunter recht hoch. Mit der Anwendungsorientierung wächst das Interesse an spezifischen Ergebnissen. Manifeste Probleme der Finanzierung und des normativen Hintergrundes geben jedenfalls Anlass zum Zweifel an der unabhängigen Effizienzthese, werden aber häufig heruntergespielt, um an der normativen Vision intellektueller Unabhängigkeit der Think-Tank-Forschung festzuhalten. Wenige Jahre später verweist Diane Stone demgegenüber nachdrücklich auf andere Funktionen von Think-Tanks.

3.3 Verwaltung, Kontrolle, Marketing, Lobbying: Eine etwas andere Sicht des Think-Tank-Alltags

Stone (2007) attackiert die Vorstellungen vom Think-Tank als Brücke zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, von der Think-Tank-Arbeit im öffentlichen Interesse und von der primär wissenschaftlichen Natur der von Think-Tanks wahrgenommenen Aufgaben. Die britische Think-Tank-Expertin hebt demgegenüber die vielfältigen Aufgaben von Think-Tanks im Rahmen der sich entwickelnden Strukturen gemischter Governance hervor, die öffentliche und private AkteurInnen sowie Think-Tank-Personal zusammenbinden. Damit wird klar, dass es nicht oder nicht in erster Linie darum geht, eine politische Öffentlichkeit durch Wissenschaft aufzuklären. Think-Tanks sind vielmehr häufig ein organischer Teil von Politiknetzwerken (vgl. Nölke in diesem Heft).

Think-Tanks können in diesem Zusammenhang besser als horizontal vernetzte, wesentlich elitäre und hierarchische Apparate erkannt werden, die jeweils unmittelbar oder mittelbar mit besonderen Interessen in Verbindung stehen. Sie sind als Makler und Kontrolleure andauernd damit beschäf-

tigt, die Grenzen zwischen Wissenschaft und Politik zu verschieben (Stone 2007: 15), werden daher auch als Vermittlungsorganisationen beschrieben (Osborne 2004) oder mit Revisoren verglichen (Gusterson 2009).

Stone (2007) stellt heraus, dass Think-Tank-Profis viel stärker mit intellektuellen Formatierungsaufgaben betraut sind (Recycling, Editieren, Synthetisieren wissenschaftlicher Forschung) als mit eigentlicher Forschung. Damit fungieren Think-Tank-ExpertInnen als typische *Garbage-can*-Unternehmer (Cohen et al. 1972); sie ziehen – wenn sich eine Gelegenheit ergibt (vgl. Kingdon 1984) – anderweitig häufig bereits verworfene Lösungen für Problemlagen hervor und übernehmen die Aufgabe wissenschaftlicher Validierung. An die Stelle des Ideals unvoreingenommener wissenschaftlicher Forschung tritt jedenfalls eine Art von Polit- und Populärwissenschaft, die, etwa im Falle von bestimmten religiösen Think-Tanks zur Verbreitung anti-darwinistischer Schöpfungslehren in den USA (z.B. das Discovery Institute in Seattle, vgl. www.discovery.org) oder der so genannten Klimawandelskeptiker, auch weltweit besonders problematisch wird (Union of Concerned Scientists 2007; Jaques et al. 2008).

Weil politische Auseinandersetzungen immer häufiger wissenschaftlich aufgeladen werden, ist es kaum verwunderlich, dass politische Kräfte jeglicher Couleur und Herkunft darum bestrebt sind, ihre Positionen mit geeigneter Expertise zu versehen. „There is a tension between entrepreneurial demands for timeliness and informing the right people that can compromise the research process,“ schreibt Stone recht milde (Stone 2007: 25, dabei Boucher 2004 folgend). Wenn aber, wie sie selbst erklärt, genuin wissenschaftliche Forschung eher selten das primäre Ziel der Arbeit in Think-Tanks darstellt, verwandelt sich das besagte Spannungsverhältnis zwischen wissenschaftlichem Anspruch und termingerechter Produktion in den Regelfall einer *Just-in-time*-Produktion von erwünschtem „wissenschaftlichen“ Unterstützungsmaterial für die jeweiligen Zwecke der Auftraggeber.

Diane Stone beendet ihre Think-Tank-Entmystifizierung mit einer betrüblichen, aber auch einseitigen Note: „Why do the myths persist? Science matters but so do interests. The myths persist because it is useful for governments and international organisations to sponsor so-called independent ‚thinking outfits‘ that represent one-way ‚bridges‘ between them and the ‚public‘“ (Stone 2007: 27). Abgesehen von Staaten und internationalen Organisationen, die relativ leicht identifiziert werden können,

profitieren unterdessen auch mächtige gesellschaftliche Gruppen von den Think-Tank-Mythen. Deren Zusammenhänge können aber im Gegensatz zu staatlichen Institutionen nicht ohne weiteres erkannt werden, unter anderem weil die rechtlichen Anforderungen zur Offenlegung der Finanzierung und Dokumentation der Tätigkeiten für häufig als gemeinnützig eingestufte Think-Tanks und Stiftungen in den meisten Ländern sehr gering sind. Eine löbliche Ausnahme bieten die USA, weshalb Interessenverflechtungen verhältnismäßig einfach rekonstruiert werden können. Dabei können die zuvor stilisierten Hauptfunktionen – pluralistische Innovation, Transfer-Effizienz, Ausgelagerte Verwaltungsfunktionen, Elitenkoordination und Planung, Interessenvertretung/Lobbyismus – in Fragestellungen bzw. konkurrierende Hypothesen umgewandelt werden, um die Arbeitsteilung innerhalb von Think-Tanks und zwischen unterschiedlichen Think-Tank-Typen anhand der Hauptanteile der Think-Tank-Arbeit empirisch zu bestimmen. Weil über die vereinzelt Institute hinaus erhebliche Energie in den Aufbau von Think-Tank-Netzwerken gesteckt wurde und wird, muss auch die theoretische Herangehensweise an den Gegenstand dem organisationsübergreifenden Charakter der Think-Tank-Entwicklung gerecht werden.

4. Think-Tank-Netzwerke: Infrastruktur und Organisations-einheiten als kritisches Element von Diskurskoalitionen

Diskurskoalitionen wurden in der Forschung zunächst als soziale Kräfte thematisiert und mikro-soziologisch studiert, weil sie unter bestimmten Umständen entscheidenden Einfluss auf die Veränderung gegebener Verhältnisse (z.B. Entwicklung neuer wissenschaftlicher Disziplinen, Wittrock et al. 1987) ausübten oder weil sie als permanente, (relativ) einflussreiche soziale Agenturen begriffen wurden (z.B. die britische Umweltbewegung, Hajer 1993). In jüngerer Zeit hat Vivien Schmidt (2002) Diskurskoalitionen als Erklärungsfaktor bei der Transformation europäischer Kapitalismusvarianten zentral berücksichtigt, und Christian Kellermann (2006) identifiziert institutionelle Akteurszusammenhänge, die als Diskurskoalitionen etwa eine zentrale Rolle bei der Organisation des *Washington Consensus* einnehmen.

Während manche AutorInnen den Begriff praktisch nur zur empirischen Beschreibung von konkreten Personengruppen nutzen (Witt-

rock et al. 1987), beziehen andere Beiträge Organisationszusammenhänge und Institutionen an zentraler Stelle ein (Hajer 1993). In allen Beiträgen zu Diskurskoalitionen wird darauf insistiert, dass Ideen und Diskurse auf konkrete AkteurInnen und Agenturen zurückzuführen sind, also nicht idealistisch und losgelöst im freien Raum schweben. Damit unterscheidet sich die Diskurskoalitionstheorie von Ansätzen, die den Einfluss von Ideen rein kognitiv auf inhärente Charakteristika zurückführen (Einfachheit, Konsistenz) oder allgemein auf Wechselwirkungen zwischen Ideen und Kontexten rekurren (Kompatibilität). Ein kognitiv-institutioneller Ansatz betont demgegenüber die konkrete institutionelle Verankerung von Ideen, um deren Wirkmächtigkeit zu begründen (Nölke 1996). Think-Tanks sind neben Verbänden oder traditionellen akademischen Einrichtungen zweifellos zu den Organisationseinheiten zu zählen, die eine solche Verankerung von Wissen und Ideen leisten.

Hans-Jürgen Bieling kommt das Verdienst zu, die mitunter phänomenologisch anmutende Diskurskoalitionstheorie in Verbindung mit neogramscianischen Ansätzen zur Internationalen Politischen Ökonomie expliziter in historisch-materialistischer Absicht weiter zu entwickeln, indem er die Konzepte (a) historischer Block, (b) hegemonialer Block und (c) politisches Projekt mit einem Diskurskoalitionsrahmen verknüpft:

- Transnationale historische Blöcke umfassen das gesamte Spektrum strukturierender Elemente (materielle, diskursive, identitätsbildende) einer spezifischen historischen Epoche kapitalistischer Entwicklung (z.B. Fordismus);
- hegemoniale Blöcke bezeichnen jeweilige gesellschaftliche Machtverhältnisse, die im Gesamtrahmen auf der Basis von materiellen Kompromissen und diskursiver Integration für Zustimmung sorgen (z.B. Tarifvereinbarungen, Wohlfahrtsstaatsregimes, Sozialliberalismus);
- in politischen Projekten kristallisieren konkrete gesellschaftliche Interessen und Diskurse, welche die Form programmatischer Sprache und politischer Praxen annehmen (Bieling 2005: 180-181).

Bieling bezeichnet damit unterschiedliche Ebenen der strukturellen Einbettung historischer Akteurszusammenhänge, in deren Rahmen sich Diskurskoalitionen konkret erfassen lassen. In diesem Zusammenhang können sowohl klar umrissene Personenkreise als auch Organisationen und Interessengruppen bestimmt werden, die in nationalen oder transnatio-

nalen Kooperationen politischen Projekten einen programmatischen Fokus verleihen (ebd.).

Unterschieden werden können ferner ideelle und interaktive Dimensionen sowie im Rahmen der ideellen Dimension kognitive und normative Aspekte (vgl. Schmidt 2002: 209f). Im Hinblick auf interaktive Dimensionen lassen sich Koordinationsgesichtspunkte (innerhalb einer spezifischen Koalition bzw. im Prozess deren Entstehung) und Kommunikationsaspekte (in der breiteren Öffentlichkeit) unterscheiden. Bieling (2005) verdeutlicht zum Beispiel einen erweiterten Bedarf an Koordination der europäischen Finanzpolitik aufgrund der Komplexität des europäisch verflochtenen Regierungssystems, das sich im Zuge der Liberalisierung und europäischen Integration der Finanzmärkte als Mehrebenensystem herausgebildet hat. Nach der aufwändigen internen Koordination gewann der öffentliche Kommunikationsdiskurs an Bedeutung. Weil auch globale Politikprozesse der internationalen Entwicklungszusammenarbeit meist sehr komplex sind, ist der Analyse-, Koordinations- und nachlaufender Kommunikationsbedarf noch höher einzuschätzen als im EU-Kontext. Think-Tanks als Infrastruktur- und Organisationseinheiten übernehmen in diesem Zusammenhang viele und viele unterschiedliche Aufgaben, die unter anderem von originärer Forschung über interne Briefings für Diskussionen bis hin zu öffentlichen Konferenzen, gezielter Vermittlung von Informationen an spezifische Gruppen und allgemeinen Medienkampagnen reichen.³ Viele im Einzelnen und von einzelnen Think-Tanks ausgeführte Funktionen, darunter die häufig exklusiv betonten Forschungs- und Beratungsleistungen, werden im Zeitalter der intensivierten Globalisierung erst im Kontext der transnationalen Zusammenhänge von Diskursgemeinschaften und -koalitionen hinreichend erklärbar.

5. Think-Tank-Netzwerke als Gegenstand einer politischen Entwicklungssoziologie

Über die Diskussion oder den Vergleich isolierter Fälle von Think-Tank-Arbeit hinaus ist eine grundsätzlichere Verständigung über die Veränderung der sozialen Zusammenhänge von Wissenschaft, Beratung, Interessenkoordination und -vertretung und Think-Tanks erforderlich. Im Hinblick auf

die hier zur Diskussion stehenden Think-Tank-Netzwerke können thematisch orientierte (weltanschaulich offene) von weltanschaulichen oder parteiischen Netzwerken unterschieden werden. Vor der Möglichkeit der Beeinflussung offener durch weltanschauliche Netzwerke bzw. epistemische Gemeinschaften warnt zum Beispiel Stone (2000) explizit.

Spätestens seit der Gründung des Global Development Networks im Kontext der Weltbank ist offenkundig, wie stark sich der Aufbau von Forschungs- und Beratungsnetzwerken auf das Feld der Entwicklungspolitik insgesamt und auf spezielle Bereiche darin erstreckt (vgl. Schlögl in diesem Heft). Aufgrund der wachsenden Komplexität ergeben sich damit einerseits große Schwierigkeiten, wenn Einfluss auf die Arbeit in einem so großen Netzwerk bzw. in thematischen Untergruppen genommen werden soll, aber auch neue Möglichkeiten für gut organisierte und systematisch wirkende Kräfte. Neue (oder als neu gepriesene) Ansätze können dezentral entwickelt und in die Netzwerke eingebracht werden, wenn entsprechende Kapazitäten vorhanden sind. Hernando de Sotos Ansätze zur Bekämpfung von Armut durch Besitztitel etwa wurden von Peru aus durch eine interessante Kombination der Arbeit in neoliberalen Think-Tank-Netzwerken im Rahmen der Atlas Economic Research Foundation und des US-amerikanischen Center for Private Enterprise in die Weltbanknetzwerke eingeführt (vgl. Mitchell 2009). Im Vergleich zur Arbeit in traditionellen akademischen Zusammenhängen kann von einer Beschleunigung der internationalen Verbreitung von Forschungs- und Beratungswissen durch den gezielten Einsatz von Think-Tanks gesprochen, aber auch eine verringerte wissenschaftliche Qualitätssicherung vermutet werden.

Gegenüber der jüngsten Forcierung von thematischen Netzwerken ist die Verbreitung von weltanschaulichen bzw. parteiischen Think-Tanks in vielen Ländern des Südens bereits älteren Ursprungs. Weil der entwicklungspolitische Mainstream in akademischen Institutionen häufig Maßnahmen der staatlichen Entwicklungsplanung im Rahmen der Importsubstitution unterstützte, wurde von GegnerInnen der vorherrschenden Importsubstitutions- und Modernisierungstheorie bereits in den 1950er Jahren mit der Gründung von Think-Tanks begonnen, die sich in besonderem Maße (im Norden) oder nahezu exklusiv (im Süden) mit entwicklungsökonomischen und -politischen Fragen beschäftigten, um alternative marktwirtschaftliche Lösungen zu propagieren (vgl. Plehwe 2009; Goodman/Marotz-Baden 1990).

Bisweilen kann nicht (mehr) eindeutig zwischen akademischen Institutionen und weltanschaulichen Think-Tanks unterschieden werden. So gelang den GründerInnen eines neoliberalen Think-Tanks in Guatemala später die Gründung der Universidad Francisco Marroquín (Ayau 1990), mit neun Fakultäten, 3.000 Studierenden sowie 15.000 Studierenden im Fernstudium, eine der Eliteuniversitäten in Lateinamerika, an der ein stark auf neoliberale Theorien zugeschnittenes Wissen gelehrt wird. Dabei ist die Entwicklung in Guatemala kein Einzelfall. Weltweit wurden in der jüngeren Vergangenheit private Universitäten gegründet, darunter besonders viele wirtschaftsnahe (Quddus/Rashid 2000: 246f; Assié-Lumumba 2005). Für die anstehende Untersuchung von Think-Tanks und Forschungs- und Beratungsnetzwerken ist die eindeutige Unterscheidung zwischen Universitäten und Think-Tanks unerheblich. Eine Think-Tank-Netzwerkanalyse ist prinzipiell geeignet, die ohnedies zu einfache Unterscheidung zwischen akademischer Wissenschaft und Forschung auf der einen Seite und anderen Arten von Expertise zu überwinden, weil die Arbeitsteilung innerhalb von Think-Tank-Netzwerken und die Bezüge nach außen (z.B. zu Universitäten, Verbänden, politischen Institutionen etc.) im Rahmen von historisch-sozialen Netzwerkanalysen erfasst werden können. Dabei kann die Unterscheidung beispielsweise zwischen punktuellen, eher zufälligen Verbindungen und Formen der institutionalisierten Zusammenarbeit weitere Aufschlüsse bezüglich einer pluralistisch-offenen oder einseitigen Orientierung zeitigen.

Grundsätzlich erfolgt der Aufbau von weltanschaulichen oder parteiischen Think-Tanks und Think-Tank-Netzwerken zur Beeinflussung der Entwicklung von Wissensgebieten unter spezifischen normativen Gesichtspunkten, während der Aufbau von thematischen Forschungseinrichtungen und Netzwerken zwar nicht frei ist von normativen Orientierungen, aber keiner bestimmten Orientierung exklusiv verpflichtet ist bzw. sein sollte. Im Hinblick auf die starke Vermehrung von Think-Tanks muss geklärt werden, ob diese zur Sicherung einer pluralistischen Forschungs- und Beratungslandschaft beitragen oder, im Gegenteil, als wissenspolitische Instrumente zur Beschränkung und Lenkung von Forschung und Beratung dienen. Im globalen Süden ist dies auch unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten von besonderem Interesse, weil die finanzielle Außenabhängigkeit besonders groß ist und damit erweiterte Möglichkeiten der externen Einflussnahme existieren.

Weil das Verhältnis endogener Forschungs- und Beratungskapazitäten zu exogenen in den meisten Ländern des globalen Südens erheblich stärker zuungunsten lokaler Ressourcen ausfallen dürfte als in den meisten Ländern des Nordens, ist die Arbeit von Think-Tanks bzw. der Wettbewerb unter Think-Tanks in den verschiedenen Regionen und Ländern gleichzeitig nicht ohne weiteres vergleichbar. Bislang ist die Frage der ungleichen Verteilung von Ressourcen unterdessen weitgehend auf die Diskussion des „Digital Divide“ und des Brain-Drain konzentriert, nicht aber auf die transnationalen Einflüsse in den jeweils lokalen Forschungs- und Beratungszusammenhängen.

Die bisherige Literatur zu den Think-Tanks und Forschungsnetzwerken bezieht sich vorwiegend auf den Kontext der Weltbank. Sie kommt – bislang noch weitgehend ohne empirische Grundlagen – zu widersprüchlichen Ergebnissen. AdvokatInnen der neuen Wissensstrategie und ihrer Umsetzung begründen und begrüßen die neuen Wissensnetzwerke normativ und unterstellen – mit kleineren Einschränkungen – eine Revitalisierung des wissenschaftlichen Pluralismus, woraus positive Konsequenzen für die entwicklungspolitische Praxis abgeleitet werden (Stone 2000). Skeptische Beobachter vermuten demgegenüber eine weitere Überladung ohnedies überforderter globaler Finanzorganisationen (Pincus/Winters 2002), und grundsätzlichere Kritiker sehen im strengen Gegensatz zur normativen Dezentralisierungsrhetorik eine faktische Verstärkung der Kontrolle durch die Weltbank (Cammack 2002).

Eine stärker auf die Vielfalt von AkteurInnen und sozialen Kräften bezogene Diskurskoalitionsperspektive, die Think-Tank-Netzwerke ins Zentrum der empirischen Analyse stellt, lenkt demgegenüber die Aufmerksamkeit auf unterschiedliche Kontroll- und Selektionsmechanismen sowie Asymmetrien eines (zuletzt vorwiegend neoliberal) eingehegten Pluralismus einerseits und auf Kämpfe und Auseinandersetzungen verschiedener – staatlicher und privater – Kräfte unter anderem im Rahmen internationaler Organisationen wie der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfond andererseits (Plehwe 2007). Im Rahmen dieses Ansatzes erscheint es prinzipiell möglich, sich verändernde Organisationszusammenhänge, Kräfteverhältnisse und Auseinandersetzungen (z.B. um zukünftige Richtungsentscheidungen in Bezug auf entwicklungspolitische Forschung und Beratung im Kontext internationaler Organisationen) besser zu erfassen und genauer zu untersuchen.

Eine Verbindung von organisationssoziologischen und netzwerktheoretischen Ansätzen – insbesondere die sozialhistorische Netzwerkanalyse (Wetherell 1998) – kann sich dabei der mittlerweile vielfältigen Think-Tank-Empirie bedienen, um die Konturen von Diskurskräften und -koalitionen, von Machteliten und Wissenshierarchien, aber auch von Oppositionslagern zu skizzieren (vgl. z.B. Walpen 2004; Plehwe/Walpen 2006; Fischer 2009). Die globale Wissensmachtordnung (Strange 1988) ist einerseits als Konkurrenz verschiedener Konzentrationen zum Beispiel akademischer Forschung und Ausbildung geografisch erfassbar (in Ländern und Regionen, z.B. den Ivy-League-Universitäten in den USA, in Organisationen wie der Max-Planck-Gesellschaft oder dem Centre National de la Recherche Scientifique/CNRS) und kann andererseits als fachliche Gruppierung (Gläser 2006) oder als weltanschauliches Lager transnational bestimmt werden (Fleck 1980). Dabei unterliegen die jeweiligen Wissensbestände häufig unterschiedlichen funktionalen Prinzipien, zum Beispiel öffentlich frei verfügbares Wissen gegenüber privat kontrolliertem bzw. juristisch geschütztem Wissen. Auch im Prinzip öffentliche Informationsbestände und -flüsse sind meist nur „halb-öffentlich“, weil sie in bestimmten Netzwerken kanalisiert werden. Mit Hilfe von bibliometrischen Methoden können Schwerpunkte der Produktion von akademischem Wissen genauer erforscht werden. Ein Beispiel: Kogut/Spicer (2005) führen die katastrophalen Resultate der Privatisierung in Russland unter anderem auf eine einflussreiche Konzentration von Forschung und (mit der Weltbank verbundene) Beratung bei ÖkonomenInnen in Boston (Harvard, MIT) zurück.

Auf der Basis geeigneter Untersuchungen können jedenfalls der Zusammenhang von Wissensnetzwerken und eine Schichtung und Gewichtung spezifischer Wissensbestände sozial-kartografisch gedacht und als Höhenlinien eingetragen werden. Solche Isohypsen veranschaulichen dann beispielsweise die seit Mitte der 1970er Jahre wachsenden „Gebirgszüge“ marktwirtschaftlicher Forschung, den Aufstieg eines Forschungsgebietes wie Mikrofinanz und -versicherung in der Entwicklungsforschung oder umweltökonomische Instrumente in der Klimaforschung. Die Forschungs- und Förderpolitik durch staatliche und zunehmend durch private Geldgeber hat dabei zweifelsohne einen großen Einfluss darauf, in welchen Bereichen (und Regionen) es zu Wachstum oder Stagnation kommt, welche Forschungs- und Beratungsrichtungen als vielversprechend institutionalisiert werden,

ausgestattet mit festen Budgets, welche eher als Spielball von Marktkräften kundenabhängig schwanken und welche eine kümmerliche Randexistenz führen oder gar gänzlich unterdrückt werden. Im Rahmen einer globalisierten Kommunikation gewinnt nicht zuletzt die politische Kommunikation einer gleichfalls globalisierten Forschung und Beratung zunehmend an Bedeutung (St. Clair 2006).

Die Analyse von thematischen Zusammenhängen kann durch die gezielte Beachtung und Erforschung der weltanschaulich geprägten Think-Tank-Netzwerke verbessert, vor allem auch erleichtert werden. Letztere ermöglichen eine Komplexitätsreduktion in der Think-Tank-Forschung, die angesichts der enormen Vielfalt von Think-Tanks oder Think-Tank-ähnlichen Organisationen dringend notwendig ist. Analog zu parteinahen Stiftungen sind Beiträge aus weltanschaulichen und parteiischen Think-Tanks meist erheblich einfacher einzuordnen, wenn der Netzwerkzusammenhang bekannt ist. Zum Beispiel werden von der Atlas Economic Research Foundation oder dem International Policy Network und der Friedrich-Naumann-Stiftung nahezu ausnahmslos ebenso dezidiert marktliberale Think-Tanks unterstützt wie etwa das Progressive Policy-Netzwerk und die Friedrich-Ebert-Stiftung sozialdemokratisch orientierte Einrichtungen fördern. Die im Rahmen des Weltsozialforums verbundenen Organisationen können als Teil einer radikaleren Linken verstanden werden, die europaweit zum Beispiel durch das Transform-Netzwerk von Stiftungen und Think-Tanks gefördert werden. Die weltanschauliche Orientierung ist dabei zwar nicht eindeutig oder gänzlich bestimmt, kann aber bereits als Annäherung im Sinne von weiteren Lagern das Verständnis von Einzelexpertisen erleichtern. Die Übersicht in Abbildung 1 zeigt einige relativ klar unterscheidbare Lager auf globaler Ebene.



Abb. 1: Beispiele für weltanschauliche bzw. „parteiische“ Think-Tank Netzwerke

Quelle: Eigene Darstellung nach www.globalprogressiveforum.org; www.weltsozialforum.de; www.gurn.info; www.lared.org; atlasnetwork.org; www.cipe.org

Die Übersicht ist nicht vollständig. Weitere weltanschauliche Netzwerke, die nicht in der Beispielgrafik erfasst sind, gibt es sicherlich in religiösen Milieus, zum Beispiel der christlichen religiösen Rechten (z.B. Jerry Falwells „Moral Majority“) oder des islamischen Fundamentalismus. Weder sind die abgebildeten Netzwerke vollständig identifiziert noch komplett voneinander abgeschlossen, wenngleich es kaum Überschneidungen zwischen den neoliberalen und kapitalseitigen Netzwerken und den radikalen Netzwerken im linken sozialen Bewegungs- und Gewerkschaftsmilieu geben dürfte. Insgesamt bietet die Beachtung und gezielte Untersuchung der immerhin auch formal (über Mitgliedschaften) organisierten Netzwerke die Möglichkeit zur Reduktion der im globalen Kontext um ein vielfaches

gesteigerten Komplexität im Vergleich zu bekannteren lokalen oder nationalen Konfigurationen. Darüber hinaus tragen die weltanschaulichen Netzwerke vermutlich erheblich auch zur mittlerweile viel häufiger transnationalen Formierung von sozialen Kräften und weltanschaulichen Lagern bei.

In diesem Zusammenhang ist aber nicht nur eine möglicherweise einseitige Ausrichtung eines Experten- und Think-Tank-Netzwerkes von Belang, sondern ein generelleres Verständnis vorhandener bzw. möglicher Verbindungen. Es liegt auf der Hand, dass eine Gesellschaft und ihre verschiedenen sozialen Gruppen besser zur Diskussion relevanter Fragen beitragen können, wenn sowohl in thematischer als auch in weltanschaulicher Hinsicht eine vielfältige Partizipation in Diskursen möglich ist; wenn etwa in Nicaragua lediglich wenige Organisationen, darunter die Zentralbank, als Mitglied des GDN gelistet sind (Willebrand 2009)⁴, so ist die An- und Einbindung von lokalen ExpertInnen sehr viel geringer als im benachbarten Costa Rica, wo eine viel größere Zahl von Think-Tanks und ExpertInnen beteiligt ist (Schrems/Wittmann 2009). Wie wird der Pluralismus des Global Development Netzwerkes in Mittel- und Osteuropa beeinflusst, wenn die lokale Hub-Organisation CERGE-EI in der Tschechischen Republik sehr eng mit US-amerikanischen Eliteuniversitäten und neoliberalen Think-Tank-Netzwerken verbunden ist, und gleichzeitig mehr als 30 Prozent der Publikationen des regionalen GDN auf sich vereint (vgl. Blumreisinger/Tasser 2009)?

Sowohl in thematischer Hinsicht (z.B. ökologische Fragen, Landwirtschaft, Industrialisierung, Menschenrechte) als auch in weltanschaulicher Hinsicht können Think-Tank-Netzwerke als eine Art transnationales System kommunizierender (oder verstopfter) Röhren gedacht werden, dessen Verbindungen aufschlussreich sind für den Informationsfluss und die Interpretationsweisen zu jeweiligen Themengebieten und Einzelfragen. Im Vorfeld des Johannesburger Gipfels zur nachhaltigen Entwicklung im Jahr 2002 wurde zum Beispiel eine verstärkte Vernetzung von *marktwirtschaftlichen* Think-Tanks zu ökologischen Regulierungsfragen organisiert und mit dem Sustainable Development Network (<http://www.sdnetwork.net>) institutionalisiert. Damit wurde auch im Rahmen neoliberaler Strategien eine Lücke im Portfolio der Forschungs- und Beratungsangebote geschlossen, die im Kontext der Klimawandeldebatten für eine marktwirtschaftliche Orientierung in der Umweltpolitik sorgen soll. Mit Hilfe von Think-Tanks können Ansprüche auf Mitwirkung in Politiknetzwerken gestellt und

vermutlich auch durchgesetzt werden. Ob, mit welchem Erfolg und wann das der Fall ist, kann erst durch sachdienliche empirische Forschung geklärt werden.

6. Ausblick: Entwicklungspolitische Think-Tank-Netzwerke in kritischer Perspektive

Eine möglichst vollständige Erfassung internationaler Think-Tank-Netzwerke mitsamt ihrer Kapazitäten und Verbindungen kann einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die jüngsten Veränderungen in der entwicklungspolitischen Forschung und Politikberatung besser zu verstehen. Dabei sind nicht nur die älteren und jüngeren Forschungs- und Beratungsinstitute selbst von Interesse. Über die jeweiligen Think-Tanks und insbesondere über die Think-Tank-Netzwerke können Zusammenhänge und Ressourcen von Diskurskoalitionen rekonstruiert werden, die im Feld der (wissenschaftlichen) Forschung und Beratung wirksam sind. Think-Tanks und Think-Tank-Netzwerke bieten für sich genommen keinen vollständigen Überblick über die beteiligten Akteure und Kräfte, aber mit Hilfe von sozialen Netzwerkanalysen können über die Think-Tanks andere akademische Institutionen oder Unternehmen und Wirtschaftsverbände sowie sonstige Organisationen, zum Beispiel NGOs oder Gewerkschaften, gut erfasst werden, weil Think-Tanks an den Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft operieren. Eine solche, die sozialen Zusammenhänge von Forschung, Beratung und Verwendung adressierende Forschung kann einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die ebenso verstärkte wie selektive Integration von Wissenschaft und Gesellschaft im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit genauer zu ermessen. Abgesehen vom zu erwartenden erheblichen Ertrag in der Entwicklungsforschung ließe sich damit zum einen die aufgezeigte Lücke in der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung verringern, und zum anderen ein kritischer Beitrag zur bislang häufig affirmativen Think-Tank-Forschung leisten. Die vorbildliche Fallstudie zum Overseas Development Institute von Stone (2009) zeigt anschaulich die spezifischen Bemühungen zur Entwicklung einer anwendungsorientierten Entwicklungsforschung, und Holtom (2007) konkretisiert die Rolle von Think-Tanks als Schalt-

stellen zwischen ausländischen Gebern und lokalen Empfängern. Eine systematischere Think-Tank-Netzwerkforschung sollte aber nicht bei Fallstudien stehen bleiben.

- 1 James McGann unterscheidet zwar unterschiedliche Think-Tank-Typen, darunter aktivistische, parteiische, Phantom- (von ausländischen Staaten kontrollierte) und wissenschaftliche Institute (www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4598&page=0), aber es bleibt höchst problematisch, die unterschiedlichen Typen unter der verkürzten Sammeldefinition „Politikforschungs- und Beratungsorganisation“ zusammenzufassen. Es gibt tatsächlich keine wirklich überzeugende allgemeine Definition aufgrund der sehr unterschiedlichen Think-Tank-Typen. Traditionelle akademische Institute (Universitäten ohne StudentInnen) besitzen nur sehr oberflächliche Ähnlichkeiten mit Parteistiftungen, kommerziellen Dienstleistern oder parteiischen Think Tanks. Wenn wir die Kurzformel „Politikforschungs- und Beratungsorganisation“ für Think-Tanks benutzen, dann soll damit keineswegs insinuiert werden, dass sich der neuartige Organisationstyp damit im Wesentlichen erfassen lässt. Immerhin betont der Beratungsaspekt das ausgeprägtere Interesse an Vermarktungsfunktionen im wissenschaftlichen, medialen und politischen Raum.
- 2 „The revenue loss has been estimated at US\$50 bn. for all charities in the U.S. A total of US\$300 bn. of tax reducing donor contributions have been channelled to private choice recipients including think tanks“ (Strom 2009: o.S.).
- 3 „Like many governments and other international organizations, the UN is confronted by the exploding numbers of non-governmental organizations (NGOs) and the avalanche of information. Research institutes represent useful intermediaries to shape, channel and coordinate UN relations with other non-state actors“ (Johnson/Stone 2000: 10).
- 4 Insgesamt waren 2009 nur drei Organisationen Mitglied im GDN. Neben der Zentralbank handelt es sich um ein Institut, das sich mit sozialen Fragen beschäftigt, und um ein Institut, das (Klein-)UnternehmerInnen berät und unterstützt. Unter drei ExpertInnen mit Wohnsitz in Nicaragua befand sich lediglich ein Nicaraguaner. Ein Doktorand aus Nicaragua gab in einem Interview an, für andere Studierende sei das GDN wenig interessant, weil sie nicht ausreichend Englisch könnten. Umgekehrt sind die meisten im GDN verfügbaren Arbeiten über Nicaragua außerhalb der Landesgrenzen entstanden (vgl. Willebrand 2009).

Literatur

- Abelson, Donald E. (2002): *Do Think Tanks Matter?* Montreal/Kingston: McGill-Queen's University Press.
- Asher, Thomas/Guilhot, Nicolas (2010): *The Collapsing Space between Universities and Think Tanks*. In: *World Social Science Report 2009/2010*. UNESCO/ISSC

- Assié-Lumumba, N'Dri T. (2005): Critical Perspectives on the Crises, Planned Change, and the Prospects for Transformation in African Higher Education. In: JHEA/RESA 3 (3), 1-29.
- Ayau, Manuel (1990): The War of Ideas in Guatemala. In: Goodman, John C./ Marotz-Baden, Ramona (Hg.): Fighting the War of Ideas in Latin America. Dallas: National Center for Policy Analysis, 138-146.
- Bieling, Hans-Jürgen (2005): Finanzmarktintegration und transnationale Interessengruppen in der Europäischen Union. In: Eising, Rainer/Kohler-Koch, Beate (Hg.): Interessenpolitik in Europa. Baden-Baden: Nomos, 179-201.
- Blumreisinger, Tanja/Tasser, Marisa (2009): Das Global Development Network (GDN) Central Eastern Europe – CERGE-EI. Unveröffentlichte Seminararbeit (Seminar „Von der Weltbank zur Wissensbank?“), Universität Wien.
- Blundell, John (2009): Think Tank: Fight to Keep Dirty Thoughts at Bay. We Need to Guard Think Tanks Against Undue Influence. In: The Sunday Times, 5. 7.2009.
- Boucher, Stephen (2004): Europe and Its Think Tanks: A Promise to Be Fulfilled. An analysis of think tanks specialised in European policy issues in the enlarged European Union. In: Studies and Research 35, Paris: Notre Europe. http://www.notre-europe.eu/uploads/tx_publication/Etud35-en.pdf, 9.6.2010.
- Cammack, Paul (2002): The Mother of all Governments: The World Bank's Matrix for Global Governance. In: Wilkinson, Rorden/Hughes, Steve (Hg.): Global Governance. Critical Perspectives. London/New York: Routledge, 36-54.
- Cockett, Richard (1994): Thinking the Unthinkable: Think Tanks and the Economic Counter-Revolution, 1931–1983. London: Fontana.
- Cohen, Michael D./March, James G./Olsen, Johan P. (1972): A Garbage Can Model of Organizational Choice. In: Administrative Science Quarterly 17, 1-25.
- Day, Alan J. (2005): Think Tanks in Western Europe. In: McGann, James G./Weaver, R. Kent (Hg.): Think Tanks & Civil Society. Catalysts for Ideas and Action. New Brunswick: Transaction Publishers, 103-138.
- Evers, Hans-Dieter/Kaiser, Markus/Müller, Christine (2003): Entwicklung durch Wissen: Eine globale Wissensarchitektur. In: Soziale Welt 54 (1), 49-70.
- Faber, Daniel R./McCarthy, Deborah (Hg., 2005): Foundations for Social Change. Lanham: Rowman and Littlefield.
- Falk, Svenja/Römmele, Andrea/Rehfeld, Dieter/Thunert, Martin (2006): Einführung: Politikberatung – Themen, Fragestellungen, Begriffsdimensionen, Konzepte, Akteure, Institutionen, und Politikfelder. In: Falk, Svenja/Römmele, Andrea/Rehfeld, Dieter/Thunert, Martin (Hg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden: VS Verlag, 11-22.
- Fischer, Frank (1993): Policy Discourse and the Politics of Washington Think Tanks. In: Fischer, Frank/Forester, John (Hg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis. Durham: Duke University Press, 21-42.
- Fischer, Karin (2009): The Influence of Neoliberals in Chile Before, During, and After Pinochet. In: Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (Hg.): The Road from Mont

- Pèlerin. *The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge, MA/London: Harvard University Press, 305-346.
- Fleck, Ludwik (1980 [1935]): *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gellner, Winand (1995): *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gibbons, Michael/Limoges, Camille/Nowotny, Helga/Schwartzman, Simon/Scott, Peter/Trow, Martin (1994): *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*. London/New Delhi: Thousand Oaks/Sage.
- Gilman, Nils (2003): *Mandarins of the Future. Modernization Theory in Cold War America*. Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press.
- Gläser, Jochen (2006): *Wissenschaftliche Produktionsgemeinschaften. Die soziale Ordnung der Forschung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Goldman, Michael (2005): *Imperial Nature: The World Bank and Struggles for Social Justice in the Age of Globalization*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Goodman, John C./Marotz-Baden, Ramona (Hg., 1990): *Fighting the War of Ideas in Latin America*. Dallas: National Center for Policy Analysis.
- Gusterson, Hugh (2009): *The Sixth Branch: Think Tanks as Auditors*. New York: Social Science Research Council.
- Hajer, Maarten A. (1993): *Discourse Coalitions and the Institutionalization of Practice: The Case of Acid Rain in Britain*. In: Fischer, Frank/Forrester, John (Hg.): *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Durham/London: Duke University Press, 43-76.
- Hessels, Laurens K./Lente, Harro van (2008): *Re-thinking New Knowledge Production: A Literature Review and a Research Agenda*. In: *Research Policy* 37, 740-760.
- Holtom, Duncan (2007): *The Challenge of Consensus Building: Tanzania's PRSP 1998-2001*. In: *The Journal of Modern African Studies* 45, 233-251.
- Horn, Karen (2005): *Die wirtschaftlichen Freigeister stellen sich auf die Hinterbeine. Selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten entstehen auf der Welt immer mehr „Think Tanks“*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.8.2005, 11.
- Jaques, Peter J./Dunlap, Riley E./Freeman, Mark (2008): *The Organisation of Denial: Conservative Think Tanks and Environmental Scepticism*. In: *Environmental Politics* 17 (3), 349-385.
- Joerges, Bernward/Shinn, Terry (Hg., 2001): *Instrumentation between Science, State and Industry*. Dordrecht: Kluwer Academic Publishing.
- Shinn, Terry/Joerges, Bernward (2002): *The Transverse Science and Technology Culture: Dynamics and Roles of Research-Technology*. In: *Social Science Information* 41 (2), 207-251.

- Johnson, Erik/Stone, Diane (2000): The Genesis of the GDN. In: Stone, Diane (Hg.): Banking on Knowledge. The Genesis of the Global Development Network. London/New York: Routledge, 1-23.
- Keck, Margaret/Sikkink, Kathryn (1998): Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Kellermann, Christian (2006): Die Organisation des Washington Consensus. Bielefeld: transcript.
- Kingdon, John (1984): Agendas, Alternatives, and Public Policies. Boston, MA: Little Brown.
- Kogut, Bruce/Spicer, Andrew (2005): Taking Account of Accountability: Academics, Transition Economics and Russia. Insead Working Paper. www.unizh.ch/iou/orga/ssl-dir/wiki/uploads/Main/Kogut_Russia_2005.pdf, 9.6.2010.
- Lahrant, Morgan/Boucher, Stephen (2004): Think Tanks in Europe and US: Converging or Diverging. Paris: Notre Europe.
- Leydesdorff, Loet/Etzkowitz, Henry (1998): The Triple Helix as a Model for Innovation Studies. In: Science and Public Policy 25 (3), 195-203.
- McGann, James G. (2008): The Global „Go-To Think Tanks“. The Leading Public Policy Research Organizations in the World. Philadelphia: University of Pennsylvania. http://foreignpolicy.com/files/2008_Global_Go_To_Think_Tanks.pdf, 10.8.2009.
- McGann, James G./Weaver, R. Kent (Hg., 2005): Think Tanks and Civil Societies. Catalysts for Ideas and Action. New Brunswick, NJ/London: Transaction Publishers.
- Medvetz, Thomas Matthew (2008): Think Tanks as an Emergent Field. New York: Social Science Research Council.
- Mirowski, Philip/Sent, Esther-Mirjam (2008): The Commercialization of Science, and the Response of STS. In: Hackett, Edward J./Amsterdamska, Olga/Lynch, Michael/Wajcman, Judy (Hg.): The Handbook of Science & Technology Studies. Cambridge, MA: MIT Press, 635-690.
- Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (Hg., 2009): The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective. Cambridge, MA/London: Harvard University Press.
- Mitchell, Timothy (2009): How Neoliberalism Makes Its World: The Urban Property Rights Project in Peru. In: Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (Hg.): The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective. Cambridge, MA/London: Harvard University Press, 386-416.
- Nölke, Andreas (1996): Die politische Macht ökonomischer Ideen: Neoliberalismus als Entwicklungsstrategie. Konferenzpapier präsentiert im Workshop „Normen und Ideen in der internationalen Politik“ der Sektion „Internationale Politik“ der DVPW, Arnoldshain, Februar 1996.
- Nowotny, Helga/Scott, Peter/Gibbons, Michael (2001): Re-Thinking Science: Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty. Cambridge: Polity Press.

- Nowotny, Helga/Scott, Peter/Gibbons, Michael (2003): Introduction. „Mode 2“ Revisited: The New Production of Knowledge. In: *Minerva* 41, 179-194.
- Osborne, Thomas (2004): On Mediators: Intellectuals and the Ideas Trade in the Knowledge Society. In: *Economy and Society* 33 (4), 430-447.
- Pincus, Jonathan R./Winters, Jeffrey A. (Hg., 2002): *Reinventing the World Bank*. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Plehwe, Dieter (2002): Im Netz der Denker. Die Aktivitäten neoliberaler Think Tanks. In: *iz3w Sonderheft „Wo steht die Bewegung? Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik“*, 34-36.
- Plehwe, Dieter (2006): Think Tanks. In: Urban, Hans-Jürgen (Hg.): *ABC zum Neoliberalismus. Von „Agenda 2010“ bis „Zumutbarkeit“*. Hamburg: VSA, 224-226.
- Plehwe, Dieter (2007): A Global Knowledge Bank? The World Bank and Bottom-up Efforts to Reinforce Neoliberal Development Perspectives in the Post-Washington Consensus Era. In: *Globalizations* 4 (4), 514-528.
- Plehwe, Dieter (2009): Introduction. In: Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (Hg.): *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge, MA/London: Harvard University Press, 1-44.
- Plehwe, Dieter (2010): Who Cares about Excellence? Social Sciences under Think Tank Pressure. In: Halvorsen, Tor/Nyhagen, Atle (Hg.): *Academic Identities – Academic Challenges? American and European Experience of the Transformation of Higher Education and Research*. Oxford: Oxford University Press, im Erscheinen.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (2006): Between Network and Complex Organization: The Making of Neoliberal Knowledge and Hegemony. In: Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard/Neunhöffer, Gisela (Hg.): *Neoliberal Hegemony. A Global Critique*. London/New York: Routledge, 27-50.
- Quddus, Munir/Rashid, Salim (2000): The Worldwide Movement in Private Universities. Revolutionary Growth in Post-Secondary Higher Education. In: *American Journal of Economics and Sociology* 59 (3), 487-516.
- Resch, Christine (2005): *Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rich, Andrew (2005): *Think Tanks, Public Policy, and the Politics of Expertise*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schmidt, Vivien A. (2002): *The Futures of European Capitalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Schrems, Hannah/Wittmann, Verena (2009): *Das GDN in Costa Rica – Teil einer neoliberalen Welthegegonie oder Beweis des „Overloads“ der Weltbank? Unveröffentlichte Seminararbeit (Seminar „Von der Weltbank zur Wissensbank?“), Universität Wien.*

- Shinn, Terry (2002): The Triple Helix and New Production of Knowledge: Prepackaged Thinking on Science and Technology. In: *Social Studies of Science* 32, 599-614.
- Speth, Rudolf (2010): Think Tanks und Stiftungen. In: Hornbostel, Stefan/Knie, Andreas/Simon, Dagmar (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag, 390-405.
- St. Clair, Asuncion (2006): The World Bank as a transnational expertised institution. In: *Journal of Global Governance* 12 (1), 77-95.
- Stone, Diane (Hg., 2000): *Banking on Knowledge. The Genesis of the Global Development Network*. London/New York: Routledge.
- Stone, Diane (2007): Garbage Cans, Recycling Bins or Think Tanks? Three Myths about Policy Institutes. In: *Public Administration* 85 (2), 259-278.
- Stone, Diane (2009): Rapid Knowledge: „Bridging Research and Policy“ at the Overseas Development Institute. In: *Public Administration and Development* 29, 303-315.
- Stone, Diane/Garnett, Andrew (1998): Think Tanks, Policy Advice and Governance. In: Stone, Diane/Garnett, Andrew (Hg.): *Think Tanks across Nations*. Manchester: Manchester University Press, 1-20.
- Strange, Susan (1988): *States and Markets. An Introduction to International Political Economy*. London: Continuum.
- Strom, Stephanie (2009): Charities Rise, Costing US Billions in Tax Breaks. In: *New York Times*, 6.12.2009. http://www.sos.state.co.us/pubs/charities/char_news_2009-12-06_charities-rise.pdf, 10.1.2010.
- Union of Concerned Scientists (2007): *Smoke, Mirrors and Hot Air. How Exxon-Mobil Uses Big Tobacco's Tactics to Manufacture Uncertainty on Climate Science*. Washington D.C. http://www.ucsusa.org/assets/documents/global_warming/exxon_report.pdf, 9.6.2010.
- Walpen, Bernhard (2004): *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft*. Hamburg: VSA.
- Wetherell, Charles (1998): Historical Social Network Analysis. In: *International Review of Social History* 43 (6), 125-44.
- Willebrand, Kristina Maria (2009): Nicaragua im Global Development Network. Ansprüche und Wirkungen auf dem Prüfstand. Unveröffentlichte Seminararbeit (Seminar „Von der Weltbank zur Wissensbank?“), Universität Wien.
- Wittrock, Björn/Wagner, Peter/Wollmann, Hellmut (1987): *Social Science and the Modern State: Knowledge, Institutions, and Societal Transformations*. WZB Discussion Paper P87-3. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Abstracts

Vor dem Hintergrund aktueller Initiativen zur Förderung von entwicklungspolitischen Think-Tanks in ausgewählten Ländern des Südens stellt der Aufsatz die Diskurskoalitionstheorie als vielversprechenden Rahmen zur Erforschung von Think-Tank-Netzwerken vor. Zu diesem Zweck werden neuere Beiträge der historischen Wissenschaftsforschung und der noch jungen Think-Tank-Forschung rekapituliert. In Anbetracht ungleicher Entwicklungen von weltanschaulichen und thematischen Think-Tank-Netzwerken in der Entwicklungszusammenarbeit erweist sich die wohlwollende Beschreibung der gegenwärtigen Reorganisation von Forschung und Beratung als verbesserte Integration von Wissenschaft und Gesellschaft als unzutreffend bzw. unzureichend. Globale Think-Tank-Netzwerke bieten eine ergiebige Empirie zur Erforschung von transnationalen Diskursgemeinschaften und -koalitionen, die systematischer erschlossen werden muss.

In the context of current programmes in support of developmental think tanks in selected countries of the global south, discourse coalition theory is presented as a promising framework with which to study sprawling think tank networks. To this end, recent contributions to the history of science and to the still nascent field of think tank research can be usefully exploited. However, because of uneven processes of both ideological and thematic think tank networks, prevailing assessments of current trends in the reorganization of research and of consulting as beneficial steps for the better integration of science and society are found to be lacking. Global think tank networks offer rich empirical data with which to study transnational discourse communities and coalitions, but have yet to be systematically tapped.

Dieter Plehwe
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
plehwe@wzb.eu

MATTHIAS SCHLÖGL

**Das Global Development Network (GDN): Ein globales
Entwicklungsnetzwerk? Eine quantitative Annäherung**

1. Weltbank und GDN

Im Laufe der 1980er Jahre sah sich die Weltbank zunehmender Kritik aus dem stark anwachsenden Lager der Non Governmental Organisations (NGOs) ausgesetzt. Prestigeprojekte wie Polonoroeste (Brasilien), im Rahmen dessen eine Straße quer durch Amazonien gebaut wurde, oder der Sardar Sarovar-Staudamm in Indien entpuppten sich zunehmend als ökologische und soziale Katastrophen (Bräutigam/Segarra 2007: 151). Die Weltbank begann, ihre eigenen Vergaberichtlinien zu überarbeiten; die neue „Operational Directive 4.20“ etwa sollte die Rechte indigener Völker stärken. Gleichzeitig setzte eine inhaltliche Neuausrichtung der Bank ein. James Wolfensohn, der 1995 an die Spitze der Bank gewählt wurde, leitete die strategische Umorientierung zur Entwicklung einer „Wissensbank“ ein: „We have been in the business of researching and disseminating the lessons of development for a long time. But the revolution in information technology increased the potential value of these efforts by vastly extending their reach. To capture this potential, we need to invest in the necessary systems, in Washington and worldwide, that will enhance our ability to gather development information and experience, and share it with our clients. We need to become, in effect, the Knowledge Bank“ (Wolfensohn 1996, zit. nach King/McGrath 2004: 56).

Die Transformation der Weltbank in eine „Knowledge Bank“ beruhte keineswegs auf Wolfensohns ureigenen Ideen. Vielmehr konnte der neue Präsident auf starke Kräfte innerhalb der Bank bauen, die Wissensmanagement bereits seit längerem für die eigene Institution entdeckt hatten (King/McGrath 2004: 61). Im Zuge dieser Neuausrichtung wurden unter anderem

das Global Development Network – GDN (1997) und das Global Development Gateway (2001) gegründet. Insbesondere die Zusammensetzung des GDN überraschte bei dessen Präsentation in Bonn 1999. Anders als bei vergleichbaren Initiativen der Vergangenheit suchte man vergeblich nach westlichen Organisationen. Alle Gründungsmitglieder entstammten Nicht-OECD-Ländern. Nichtsdestotrotz wurden sowohl die Auswahlmethode der kleinen Runde von Think-Tanks als auch deren fast ausschließliche Fokussierung auf Ökonomie kritisiert (King/McGrath 2004: 86).

Zunächst unter dem Dach der Weltbank angesiedelt, wurde das GDN im Jahr 2001 eine eigenständige Organisation mit Sitz in New Delhi, Indien. In jüngster Zeit versuchen die Verantwortlichen, den Status einer Internationalen Organisation zu erreichen. Obwohl bislang erst acht Staaten eine diesbezügliche Vereinbarung unterzeichnet haben, verwendet die Organisation bereits diese Bezeichnung, möchte sich also mit internationalen Organisationen wie der International Labour Organisation (ILO) oder der World Trade Organisation (WTO) vergleichen. Die Zentrale des GDN in New Delhi wird von GDN-Net-Projektleiterin Sherine Ghoneim und ihrem Team in Kairo unterstützt. Dezentral ruht das GDN mittlerweile auf acht Säulen, den so genannten „Regional Windows“. Diese sollen sowohl dabei helfen, die Dezentralisierung der „Wissensproduktion“ voranzutreiben als auch den Aufbau von Kapazitäten in den Entwicklungsländern zu unterstützen. „We seek to identify the challenges of development and offer solutions from a different perspective – that of researchers living in developing and transition countries“ (GDN 2009).

Das GDN definiert sowohl mit dem Namen „Global Development Network“ als auch im *mission statement* (GDN 2009) drei zentrale Prinzipien zur Erreichung der eigenen Ziele:

- *Global*: In Entwicklungsländern generiertes Wissen soll global verbreitet werden.
- *Development*: Die wissenschaftliche Forschung im Bereich Entwicklung soll unterstützt bzw. aufgebaut werden.
- *Network*: Der wissenschaftliche Austausch unter den einzelnen Organisationen soll verbessert werden (vgl. GDN 2009).

Der Hauptanspruch ist, wie ein Zitat zeigt, die Verbreiterung des entwicklungspolitischen Diskurses: „Our aim is to equip people living in the daily crisis of poverty with the skills to provide their own home-grown

solutions“ (GDN 2009). Entwicklungspolitische Fragestellungen und die jeweiligen Antworten darauf sollten nicht mehr überwiegend in den Industriestaaten konzipiert werden. Um diese Ziele zu erreichen, betreibt das GDN fünf Hauptaktivitäten:

- *Global Research Projects*: sind Projekte, die von weltweiten Teams vorangetrieben werden. Das GDN startet momentan gerade sein siebentes Global Research Project, weitere befinden sich in Entwicklung.
- *Awards and Medals*: Jahr für Jahr werden ca. 250.000 US-Dollar Förderungen an ForscherInnen aus Entwicklungsländern vergeben. Fast 5.700 ForscherInnen aus über 100 Ländern haben an diesen Wettbewerben bis dato teilgenommen.
- *Annual Conference*: Jedes Jahr veranstaltet das GDN eine Konferenz, an der bis zu 5.000 ForscherInnen (davon ca. 3.200 aus Entwicklungsländern) teilnehmen.
- *Research Competitions*: sind Wettbewerbe, die jedes Jahr von den „Regional Windows“ abgehalten werden. Über diese Wettbewerbe wurden bisher 21 Millionen US-Dollar verteilt.
- *GDNNet*: ist die Internetressource des GDN. Es stellt ForscherInnen aus Entwicklungsländern kostenpflichtige Research-Tools wie JSTOR gratis zur Verfügung und dient auch als „Austauschmedium“; ca. 15.000 Research Papers sowie Informationen zu Mitgliedern sind online (GDN 2010).

Der folgende Beitrag widmet sich hauptsächlich der Analyse der „Knowledge Base“ des GDNNet, die aus drei Datenbanken besteht: der Datenbank der ForscherInnen, jener der Organisationen und jener der Forschungsberichte. Anders als die ForscherInnen-Datenbank, für die man sich registrieren muss, wird die Organisationen-Datenbank von MitarbeiterInnen des GDNNet bestückt. Obwohl registrierte GDNNet-Mitglieder Forschungsberichte selbst in ihren jeweiligen Profilen anführen können, wird der Großteil davon von GDNNet-MitarbeiterInnen eingefügt. Lediglich rund 600 der 15.000 „Research Papers“, also weniger als fünf Prozent, sind mit einem ForscherInnen-Profil verbunden (Quelle: eigene Berechnungen).

Um in die ForscherInnen-Datenbank aufgenommen zu werden, müssen InteressentInnen eine der vier folgenden Anforderungen erfüllen:

- MitarbeiterIn einer Organisation, die den GDN-Kriterien entspricht – unabhängig davon, ob die jeweilige Organisation auch tatsächlich Mitglied ist;
- ehemalige/r MitarbeiterIn einer GDN-Organisation;
- DoktoratsstudentIn;
- AutorIn eines in einer einschlägigen wissenschaftlichen Fachzeitschrift publizierten Beitrages.

Obwohl verschiedene AutorInnen dem GDN und vor allem der Idee, wissenschaftliche Strukturen im globalen Süden zu etablieren, große Bedeutung beimessen (z.B. Stiglitz 2000: 26), gibt es kaum relevante Literatur über das Netzwerk. Das GDN wird in Untersuchungen über die Weltbank meist in diversen Unterkapiteln behandelt (z.B. King/McGrath 2004) oder bloß selektiv analysiert (z.B. Plehwe 2007). Die vom GDN selbst in Auftrag gegebenen bzw. in Eigenregie durchgeführten Evaluierungen betreffen vor allem die finanziellen Grundlagen der Organisation und deren strategische Ausrichtung. Allerdings werden auch manche Schwächen benannt (z.B. die fortdauernde Ökonomiefixierung), die im Weiteren noch Gegenstand der Diskussion sein werden (vgl. z.B. Muth/Gerlach 2004).

Die bisher umfangreichste Arbeit zum GDN wurde von Diane Stone kurz nach der Gründung des Netzwerkes im Jahr 2000 herausgegeben (Stone 2000). Der Umstand, dass federführend an der Entstehung des GDN beteiligte WissenschaftlerInnen an prominenter Stelle auch an *Banking on Knowledge* mitgewirkt haben, macht den Sammelband verständlicherweise nicht gerade zu einem Feuerwerk der Kritik. Gleichwohl werden einige wichtige, bis heute problematische Aspekte durchaus behandelt, zum Beispiel die Frage des effektiven Pluralismus innerhalb des Netzwerkes. Liest man etwas genauer, auch zwischen den Zeilen, dann wirft der Text sogar einige der Fragen auf, die im Rahmen des vorliegenden Artikels beantwortet werden sollen, bislang jedoch nicht Gegenstand der offiziellen Diskussion zum GDN sind.

Diane Stone und Erik Johnson stellen in ihrem Beitrag über die Entstehung des GDN etwa fest: „The German government offered to host the launch event in Bonn and finance the largest portion of the budget. This decision was largely fuelled by the government’s current strategy to make Bonn an international centre for development research“ (Stone/Johnson 2000: 11). In welchem Verhältnis steht das Bestreben, die Forschungskom-

petenz in den globalen Süden zu verlagern zum erklärten Bemühen darum, die ehemalige Hauptstadt eines führenden Industrielandes zum Kompetenzzentrum in Sachen Entwicklung zu machen? Entweder sind die Ziele des GDN weniger klar als häufig behauptet wird, oder es werden problematische Kausalzusammenhänge hergestellt („Kompetenzzentrum im Norden fördert Kompetenzen im Süden“). Diese Fragestellung führt uns in das Zentrum der vorliegenden Untersuchung: Wir versuchen zunächst genauer zu erfassen, wo und von wem innerhalb des GDN Wissen geschaffen wird. Diesbezügliche Informationen ermöglichen es, ein weiteres Postulat von Stone und Johnson zu überprüfen, wonach das GDN schon deshalb sehr wichtig sei, weil ohne dieses Netzwerk der viel beklagte Brain-Drain die Position der Länder des globalen Südens weiter schwächen würde (Stone/Johnson 2000: 8).

Wir wollen das GDN aber nicht nur an den selbst formulierten Zielen bzw. an den Zielen jener messen, die es einst aus der Taufe gehoben haben. Vielmehr ist das Projekt auch grundsätzlicher zu analysieren, im Hinblick auf sich eventuell im Zuge der Entwicklung von globalen Wissensnetzwerken verändernde Zusammenhänge zwischen Wissen und Macht. Dazu ist es zunächst erforderlich, wichtige Elemente der diesbezüglichen Debatte zu erörtern, nicht zuletzt um generelle Hypothesen über die Bedeutung des GDN zu entwickeln.

2. Think-Tanks, Wissen und Macht

Das GDN ist also ein relativ loses Netzwerk aus Organisationen und ForscherInnen mit angeschlossener „Artikel-Datenbank“. Struyk (2002: 627) klassifiziert es als „Open Assembly Network“ und unterscheidet es damit von zwei anderen Formen¹ von Netzwerken, die sich durch größere Kohärenz auszeichnen. Aber wieso dieses Netzwerk analysieren, welche Erkenntnisse können wir uns davon erwarten? Im Folgenden wird dieses lose Netzwerk an Organisationen zunächst kurz charakterisiert. Es wird diskutiert, inwiefern es sich dabei überhaupt um ein Netzwerk aus Think-Tanks handelt, um dann zu erklären, wieso eine wissenschaftliche Untersuchung desselben wichtig erscheint.

Seit einigen Jahren erfolgt eine lebhaftere, wissenschaftliche Debatte rund um das, zumindest im jetzigen globalen Ausmaß, neue Phänomene der Think-Tanks. Definiert man Think-Tanks streng über ihre Organisationsstruktur, entweder als „universities without students“ (McGann/Weaver 2000: 7) oder als unabhängig von „government and from societal interests such as firms, interest groups, and political parties“ (ebd.: 5), schließt man automatisch einen großen Teil der GDN-Mitglieder aus der Definition aus. Obwohl sie also den formellen Kriterien nach („formell unabhängig“ und „ohne StudentInnen“) oft nicht als Think-Tanks zu charakterisieren wären, geht ein Großteil der GDN-Organisationen Tätigkeiten nach, wie sie für Think-Tanks typisch sind. Die rein nach formalen Kriterien vorgenommene Definition von Think-Tanks wurde schon vielerorts als zu eng, weil lediglich auf den anglo-amerikanischen Bereich passend, kritisiert (vgl. Stone/Garnett 1998: 3). Mittlerweile wird der Ausdruck Think-Tank weiter gefasst: von der OECD, über Oxfam, Transparency International, forschende Regierungsbüros bis zu Abteilungen von politischen Parteien wird alles als Think-Tank bezeichnet (Stone 2007: 6). Den Großteil der GDN-Organisationen kann man also, wenn schon nicht formell, so doch ihrem Tätigkeitsbereich nach, als Think-Tank beschreiben. Werden Think-Tanks, wie Lea Hartung (2010) vorschlägt, über ihr gemeinsames „Set von Wissenstechniken“ definiert, fällt es noch leichter den Großteil der GDN-Organisationen als Think-Tanks zu bezeichnen.

Die Macht dieser „Denkfabriken“ erwächst hauptsächlich aus zwei Umständen. Zum einen gibt der Staat zunehmend die interne Produktion von Wissen und Expertise auf und greift statt dessen auf die Ressourcen privater WissensproduzentInnen zurück (Schuppert 2008: 262). Zum anderen haben es zumindest einige NGOs, aber auch „klassische“ Think-Tanks geschafft, aus ihrem Wissen „geglaubtes Wissen, d.h. durch Glaubwürdigkeit legitimierte Wissen“ (Curbach 2008: 137) zu machen². Der Staat gibt also zum einen „einfaches Wissen“ aus der Hand, das direkt zum Handeln ermächtigt und die „Steuerung der Bevölkerung“ ermöglicht (von simplen Geburtsstatistiken bis zum „World Value Survey“). Auf dieses Wissen hat sich Foucault mit dem Begriff „Biopolitik“ bezogen (Foucault 2005: 231). Der Staat gibt aber auch „weiterführendes Wissen“ aus der Hand: Wissen, welches auf „einfaches Wissen“ zurückgreift und neue Ideen und Lösungen für Probleme zur Verfügung stellt. Erst dieses Wissen gibt

die Möglichkeit zur *agenda control* (Lukes 2005: III): das ist die Macht zu entscheiden, was entschieden wird. Auch wenn diese Macht selbst nicht aus Wissen erwächst, so braucht es doch Wissen, um sie auch einsetzen zu können. Bestes Beispiel dafür ist der unlängst erfolgte Hilfeschrei europäischer ParlamentarierInnen, die Zivilgesellschaft müsse dringend für alternative Expertise im Bereich der Finanzwirtschaft sorgen (Finance Watch 2010). Wenn man keine alternative Agenda hat, hilft einem die theoretische Macht, diese festsetzen zu dürfen, nur wenig. Eine zunehmend wichtigere Macht stellt das „Wissenskontrollwissen“ (Gottschalk-Mazouz 2007: 36) dar. Darunter subsumiert Gottschalk-Mazouz alles was den Zugang zu Wissen reglementiert. Das reicht von organisatorischen Fragen wie der Ausstattung mit Informationstechnologie (zum Beispiel in Ländern des Südens) oder der Regelung geistigen Eigentums bis zu praktischeren Fragen wie jener, welche Inhalte durch den Page-Ranking-Algorithmus von Suchmaschinen favorisiert werden und welche nicht. Gerade letztere Frage scheint in einer Zeit, in der beinahe alle IT-BenutzerInnen ihre Informationen mit lediglich zwei bis drei Suchmaschinen „findet“, von großer und zunehmender Bedeutung. Unter Wissenskontrollwissen beinhaltet auch „who decides what is and what is not relevant knowledge, how and why“ (St. Clair 2006: 81). Dass diese Frage auch oder besonders heute von Interesse sein muss, zeigt eine Geschichte aus der jüngsten Vergangenheit der berühmten Fachzeitschrift *Nature* (Selbmann 2007: 87f). Gegen das Votum der Mehrheit der GutachterInnen distanzierte sich das Magazin erstmals in seiner mehr als 100-jährigen Geschichte nach der Veröffentlichung von einem Artikel. Dieser Distanzierung war ein in Internetforen ausgetragener Streit über die im Artikel verwendete Methode vorausgegangen. Die Autoren hatten nachgewiesen (oder eben nicht), dass einzelne Gene von genverändertem Mais auf seine unveränderten Artgenossen übergesprungen waren. Später konnten JournalistInnen nachweisen, dass für Monsanto tätige PR-Firmen in den Internetforen aktiv gegen die Wissenschaftler Stimmung gemacht hatten. Es lässt sich nicht nachvollziehen, ob sich die *Nature*-Redaktion von genau diesen Kommentaren in ihrer Entscheidung beeinflussen ließ. Aber alleine der Umstand, dass die internen Mechanismen zur Gewährleistung wissenschaftlicher Qualität zu Gunsten einer von PR-Firmen beeinflussten Diskussion in Internetforen ausgesetzt wurden, zeigt, wie wichtig es ist, von wem und wie darüber entschieden wird, was (relevantes) Wissen ist.

Wissen ist eine wichtige Ressource der Macht. Macht soll aber nicht ausschließlich restriktiv verstanden und mit Zwang verwechselt werden (Foucault 2005: 222). Macht kann auch positiv und Effizienz steigernd wirken, wir sollten nur wissen, von wem sie ausgeht. Im Bereich der Entwicklungswissenschaften eignet sich dafür eine Analyse des GDN besonders gut: „[T]he GDN provides a lens through which to observe the manner in which knowledge, information and data are used by the development community to inform policy and the extent to which these attempts are successful or not with governments and international organisations“ (Stone 2007: 4). Im Folgenden wird also das GDN als „Linse“ benutzt, um zu untersuchen, wie und von wem welches Wissen im Kontext von Entwicklungsforschung und -politik geschaffen wird.

3. Die Untersuchung

Werden die Überlegungen zu Wissen und Macht mit jenen zum GDN kombiniert, so lassen sich drei Hypothesen zu dessen Funktionsweise bilden:

(1) Das GDN funktioniert wie intendiert: Die hierarchische Struktur des Diskurses innerhalb der Entwicklungswissenschaften wird flacher. Der Diskurs wird vielfältiger, neue WissensproduzentInnen betreten die Bühne, lokale ForscherInnen verschaffen sich Gehör. Auch Ideen, Hypothesen, Theorien, die bislang nicht dem Mainstream angehörten, werden diskutiert. Die erste Hypothese würde den Schluss nahelegen, dass die Weltbank seit Gründung des GDN kontinuierlich Wissenskollaboration und damit Macht abgeben muss. Parallel dazu verliert sie unmittelbare Macht durch eine erstarkte Zivilgesellschaft und den zunehmenden Widerstand südlicher Länder gegen die Weltbankpolitik (siehe Reformen der Weltbank).

(2) Den Diskurs innerhalb des GDN dominieren weiterhin dieselben AkteurInnen, die Rollenverteilung bei der Wissensproduktion hat sich seit den 1970er Jahren kaum verändert. Die gleichen Institutionen und WissenschaftlerInnen produzieren seither ähnliche Lösungen und Ideen. Diese Hypothese legt einen konträren Schluss nahe: Durch zunehmenden Widerstand gegen Weltbankpolitik und -wissen hat die Weltbank kontinuierlich an zentralisierter Macht verloren, oder, um es in Luhmannscher Terminologie zu sagen: Immer öfter mussten die Länder des Südens ihre höchst-

gereichte Vermeidungsalternative eher akzeptierten als jene des Nordens. Die Bank wurde gezwungen, ihre Vergaberichtlinien zu ändern und sich bankfremdem Wissen zu öffnen. Als Antwort darauf entdeckte man das Wissenskonnrollwissen für sich. Scheinbar offene Netzwerke wie das GDN favorisieren jene, die auch zuvor die Wissensproduktion dominierten. Die Produktion von *acceptable knowledge* (Pincus 2002, zit. nach Plehwe 2007: 518) wird durch dieses Wissenskonnrollwissen gesteuert. Reale Vermeidungsalternativen werden zu hypothetischen – das Wissen, das reale Vermeidungsalternativen (Luhmann 2003) ermöglicht hätte, wurde tatsächlich nie produziert –, und die Bank (oder das GDN) gewinnt neuerlich Macht über die AkteurInnen. Hinzu kommt, dass dieses von NGOs produzierte Wissen als Legitimationsressource dienen kann (Curbach 2008:138).

(3) Für beide erstgenannte Hypothesen bedarf es einer gewissen Relevanz des GDN im entwicklungswissenschaftlichen Diskurs. Verneint man diese Relevanz, kann man das GDN auch als von europäischen und nordamerikanischen Institutionen etabliertes und bestücktes Recherchetooll für ForscherInnen aus dem globalen Süden verstehen.

Aufmerksame LeserInnen könnten fragen, ob dieses Wissenskonnrollwissen im GDN tatsächlich existiert. Schließlich hat das GDN keinerlei Durchgriffsrecht gegenüber den einzelnen Institutionen. Viele der Mitglieder sind unter Umständen nicht einmal darüber informiert, dass sie in der Knowledge Base vermerkt sind. Darauf gäbe es zwei Reaktionen. Die erste bestünde darin festzustellen, dass diese Frage nur von sekundärem Interesse ist; wird nämlich ohne Ausübung irgendeiner Wissenskonnrollmacht *acceptable knowledge* produziert, kann dies der Weltbank nur recht sein. Hauptsache ist, man bekommt weiterhin das Wissen geliefert, das zum Handeln ermächtigt, und fast noch wichtiger: Dieses Wissen ist akzeptabel. Aus Weltbanksicht wäre also nicht vorhandene Wissenskonnrollmacht nur ein Problem, wenn WissensproduzentInnen und Wissen nicht (mehr) akzeptabel wären.

Eine zweite Reaktion bestünde darin festzustellen, dass es sich um eine gute Frage handelt, die es zu untersuchen gilt. Dafür bräuchte es etwa eine Impact-Studie, die Fragen aufwirft wie das Ausmaß des Einflusses der Knowledge Base und die Anzahl der WissenschaftlerInnen, die im GDNet tatsächlich recherchieren. Denn Wissenskonnrollmacht kann natürlich auch daraus entstehen, dass Studien, Institute, WissenschaftlerInnen und wissen-

schaftliche Erkenntnisse ignoriert werden. Wenngleich die vorliegende Studie dazu nur einen kleinen Beitrag leisten kann, erlaubt die Analyse der Struktur der Knowledge Base Rückschlüsse auf produziertes Wissen und damit auf die zuvor aufgestellten Hypothesen. Für die Untersuchung wurden lediglich öffentlich auf der GDN-Website zugängliche Informationen ausgewertet und folgende Dimensionen gebildet:

- (1) die geografische Verteilung der beteiligten Personen / Organisationen;
- (2) die Verteilung der beteiligten Personen nach Tätigkeitsbereichen (z.B. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft);
- (3) die Gewichtung der Organisationen / Personen aufgrund der von ihnen publizierten Forschungsberichte;
- (4) die Top-ArbeitgeberInnen des Personenkreises;
- (5) Zitierungen von GDN-Papers;
- (6) quantitative Entwicklung des GDN im Zeitverlauf

Ermöglicht wird diese Untersuchung durch eine Kombination von Dataming- und Statistiksoftware. Wie man anhand der einzelnen durchgeführten Analysen unschwer erkennen kann, sind die Datenbanken der Knowledge Base so umfangreich, dass die Zusammenstellung der Daten mit akzeptablem Zeitaufwand nur vom Computer geleistet werden kann. Dafür werden Skripte in einer Datamingsoftware erzeugt, die auf die Website zugreifen und gewünschte Datensätze in lokale Datenbanken eintragen. Diese Datenbanken wiederum können leicht mit Statistikprogrammen ausgewertet oder mittels weiterer Skripte mit anderen Daten verbunden werden.³

3.1 Nominell globale sozialgeografische Verteilung – reale Asymmetrien

Zu Beginn interessiert uns die geografische Verteilung der teilnehmenden Organisationen und ForscherInnen (Punkt 1, Punkt 4). Ein starkes Übergewicht in bestimmten Regionen oder Sprachen würde zumindest Zweifel am Anspruch der Globalität nach sich ziehen.

Sortiert man die Organisationen des GDN nach ihren Herkunftsländern und teilt sie gemäß den „Regional Windows“ ein, ergibt sich ein vergleichsweise ausgeglichenes Bild. Obwohl die Gruppe jener, die keinem „Regional Window“ zugeteilt sind (hauptsächlich die Industrienationen) mit 36 Prozent relativ groß ist, stellen zumindest Südasien und Lateiname-

rika mit 15 bzw. 10 Prozent erhebliche Anteile (Afrika ist mit 12 Prozent, gemessen an der Bevölkerung, unterrepräsentiert).

Betrachtet man allerdings nur jene zehn Länder, die jeweils über die meisten der im GDN gelisteten Organisationen verfügen, ergibt sich ein anderes Bild. Dabei ist den ersten sechs Nationen gemeinsam, dass zumindest eine ihrer offiziellen Amtssprachen Englisch ist. Den darauf folgenden drei Ländern ist gemeinsam, dass sie der Gruppe der G8-Staaten angehören. Drei der ersten sechs Länder sind zudem ehemalige englische Kronkolonien. Während also die Einteilung in Gruppen noch einen relativ homogenen Eindruck erweckt, zeigt sich bei der Betrachtung der Top Ten ein leicht differenziertes Bild. Drei Merkmale scheinen die jeweilige Anzahl der im GDN vertretenen nationalen Organisationen zu erhöhen:

- Mitgliedschaft bei den G8: fünf der Top Ten-Länder
- Englisch als zumindest eine der Amtssprachen: sechs der Top Ten
- Vergangenheit als britische Kronkolonie: drei der Top Ten (und damit drei Viertel aller Entwicklungsländer unter den Top Ten)

Sortiert man die im GDN aufgelisteten ForscherInnen nach ihren jeweiligen Nationalitäten, zeigt sich eines ganz deutlich: Im Vergleich zu den Herkunftsländern der Organisationen können sich Südasien und Afrika, hauptsächlich auf Kosten der übrigen Ländergruppen (also der Industrienationen) deutlich größere Anteile sichern.

Dieses Bild setzt sich fort, wenn wir die Top Ten-Nationalitäten der ForscherInnen betrachten. Stammen unter den Top Ten-Herkunftsländern der Organisationen fünf Nationen aus der Gruppe der G8, sind es bei den Nationalitäten der ForscherInnen nur zwei. Der Anteil der USA fällt von 9 bei den Organisationen auf 3 Prozent bei den ForscherInnen, jener von Indien steigt im Gegensatz dazu von 6 auf 17 Prozent. Auffallend ist auch der hohe Anteil nigerianischer ForscherInnen sowie der gegen den Trend gleich bleibende Anteil Deutschlands (2 Prozent bei den Organisationen und bei den Nationalitäten der ForscherInnen). Auch hier ist eine deutliche Überrepräsentanz von Staaten zu erkennen, wo Englisch eine anerkannte Amtssprache ist.

Wie zu erwarten, ist der Anteil Afrikas und Südasiens, an den Arbeitsorten der ForscherInnen deutlich geringer als jener an den ForscherInnen selbst. Der Rückgang ist jedoch geringer als man nach den vorangegangenen Untersuchungen vermuten würde. Geschuldet ist dies vermutlich dem

Umstand, dass Organisationen aus Industrienationen tendenziell weniger WissenschaftlerInnen im GDN gemeldet haben als jene aus Entwicklungsländern (ein Blick auf Tabelle 2 weiter unten unterstützt diese These).

Einzelne Länder können als Arbeitsorte von ForscherInnen deutliche Zuwächse verbuchen, der größte Sprung gelingt den USA (7 statt 3 Prozent). Dieser auch innerhalb der Industrienationen überdurchschnittliche Anstieg ist vermutlich auf die Präsenz internationaler Organisationen zurückzuführen. Alleine die Weltbank beschäftigt 79 im GDN registrierte internationale ForscherInnen, die ihrer Tätigkeit in den USA nachgehen. Zusammenfassend ergibt sich daraus ein Bild struktureller Vorteile traditioneller Industrieländer oder um genauer zu sein: von Nationen, die nicht in „Regional Windows“ erfasst sind.

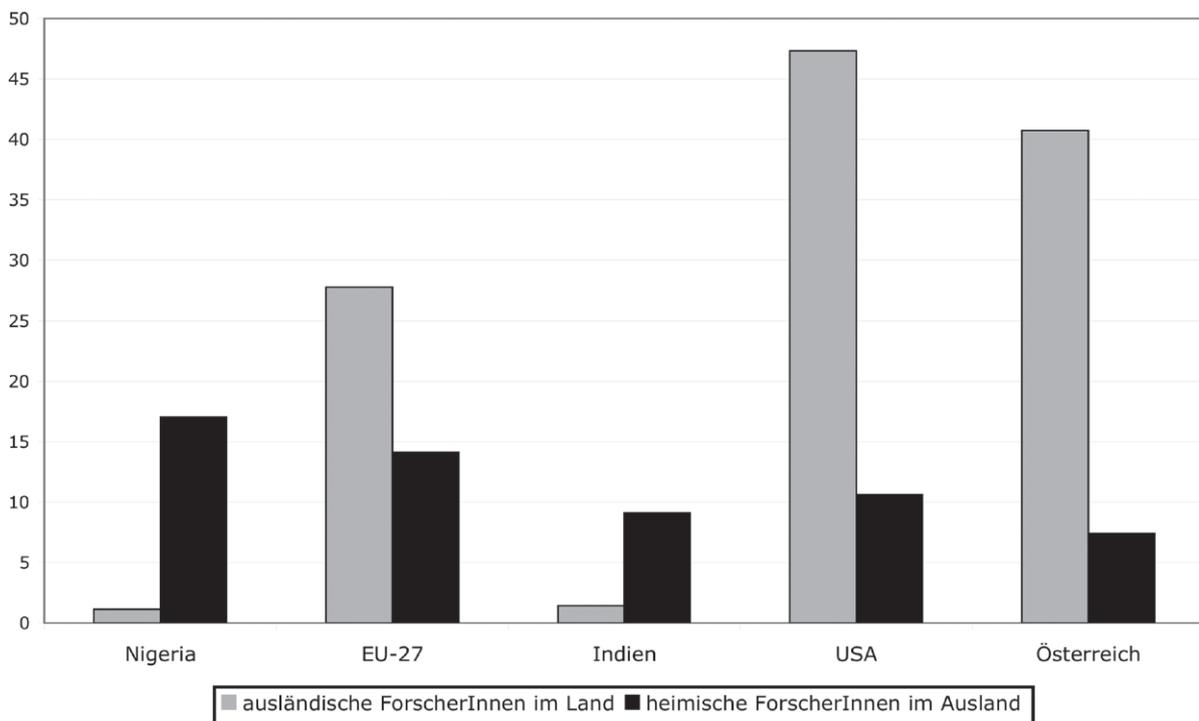


Abb. 1: Brain-Drain an ausgewählten Beispielen

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten von www.gdnet.org

Was schon die Statistik zu den Arbeitsorten vermuten ließ, lässt sich mit einer einfachen Grafik gut zeigen: Innerhalb des GDN existiert ein eindeutiger Brain-Drain zugunsten westlicher Industrienationen (siehe Abb. 1).

Besitzen unter jenen WissenschaftlerInnen, die in Österreich oder in den USA tätig sind, über 40 Prozent eine ausländische Staatsbürgerschaft, so werden in Indien und Nigeria hauptsächlich einheimische ForscherInnen beschäftigt. Andererseits verzeichnet aber Nigeria den höchsten Anteil heimischer ForscherInnen im Ausland. Derselbe Trend lässt sich auch an vielen anderen Beispielen zeigen, selbst innerhalb der EU-27 ist er relativ deutlich ausgeprägt. In einer Organisation, deren erklärtes Ziel es ist, Forschungskapazität in Entwicklungsländern zu etablieren, verwundert dieses deutliche Ergebnis doch einigermaßen.

Europa und Nordamerika verfügen also über deutlich mehr Organisationen als ForscherInnen in der GDN-Knowledge Base. Bedeutende Kontingente der Arbeitskräfte für diese Organisationen kommen aus Ländern des globalen Südens. Daraus lässt sich schließen, dass man dem Ziel, Forschungsinstitutionen auch in Ländern des Südens zu etablieren noch nicht sehr nahe gekommen ist.

3.2 Der Entwicklungsforschung verpflichtet?

Die zweite Dimension der fachlichen und der formalen Ausrichtung des Netzwerkes auf. Ganz klares Ziel des GDN ist es, die Entwicklungswissenschaft zu fördern. Jedoch ist fraglich, ob sich dieser Anspruch auch in jenen Personen widerspiegelt, die in diese Wissensproduktion einbezogen sind. Wie viele unter ihnen sind tatsächlich als WissenschaftlerInnen, wie viele bloß als OrganisatorInnen tätig? Weiters soll ergründet werden mit welchen Themen sich die ForscherInnen beschäftigen.

Erwartungsgemäß sind die meisten Mitglieder des GDN wissenschaftlich tätig (48 Prozent). Ein großer Anteil arbeitet aber auch im wirtschaftlich-administrativen Bereich (22 Prozent) – größtenteils im Bereich der Organisation wissenschaftlicher Forschung. Diese Ergebnisse werden auch von einer 2009 durchgeführten Onlinebefragung gestützt (Schlögl 2010b), wobei sich allerdings auch zeigte, dass nicht alle, die im wissenschaftlichen Bereich tätig sind, sich selbst als ForscherInnen bezeichnen.

Durchsucht man die Profile der WissenschaftlerInnen mittels Schlagwörtern nach inhaltlichen Interessen⁴ ist festzustellen, dass die prozentuale Aufteilung der Themenfelder eine relativ gleichmäßige Verteilung zeigt („Wirtschaft“: 30 Prozent, „Gesellschaft“: 35 Prozent, „Umwelt/Landwirtschaft“: 21 Prozent). Das Themenfeld „Gesellschaft“, dem Schlagworte wie

„Gender“, „Peace“, „Education“, aber auch „Aids“ zugeordnet sind, ist sogar häufiger vertreten als das gemeinhin dominante Thema „Wirtschaft“. Es scheint also zunächst, als wäre die Ökonomie im GDN weniger dominant als in Weltbank oder Internationalem Währungsfonds (IWF).

Betrachtet man die Sache jedoch etwas genauer, ergibt sich schnell ein differenzierteres Bild. Ordnet man die ForscherInnen immer nur einem Gebiet zu, ändert sich die Aufteilung nämlich dramatisch: Nach dem Prinzip „the winner takes it all“ wird ein/e ForscherIn ausschließlich jenem Gebiet zugeordnet, aus dem sie/er die meisten Schlagwörter in ihrem/seinem Profil angegeben hat. Waren die Gesellschaftsthemen zuvor häufiger vertreten als jene der Ökonomie, findet man nun fast doppelt so viele ForscherInnen, die dem ökonomischen (51 Prozent) als dem gesellschaftlichen (26 Prozent) Bereich zurechenbar sind. Dies deutet darauf hin, dass ökonomisch orientierte ForscherInnen häufig zusätzlich gesellschaftliche Themen angeben. Diese Methode der Zuordnung wird auch von den Ergebnissen einer Onlinebefragung gestützt (Schlögl 2010b), der zufolge 45,71 Prozent aller TeilnehmerInnen (lässt man jene die keine Antwort gegeben haben weg, waren es knapp über 50 Prozent) angaben, ihre wissenschaftliche Expertise liege im Bereich der Ökonomie.

3.3 Publikationen und ArbeitgeberInnen

Im Fall des GDN ist es über die – geografische und fachliche – Verteilung der Personen hinaus interessant, ob sich innerhalb des Netzwerkes eine Gewichtung der Personen und Organisationen über die im GDN publizierte Forschungsberichte darstellen lässt. Selbstgesetztes Ziel des GDN ist es, in Entwicklungsländern generiertem Wissen weltweit Gehör zu verschaffen bzw. die Produktion eines solchen Wissens zu fördern. Falls sich zeigt, dass ein Großteil der veröffentlichten Arbeiten nicht aus Entwicklungsländern stammt, müsste zumindest dieses Ansinnen als gescheitert betrachtet werden.

Mit 41 Prozent dominieren Forschungsberichte, die von GDN-Organisationen in den USA und in Großbritannien veröffentlicht wurden. Alleine auf Großbritannien entfällt mit 25 Prozent ein überaus bedeutender Anteil der GDN-Publikationen. Dies entspricht kaum den Ansprüchen der Organisation, sondern eher dem extremen Publikationsdruck, dem AkademikerInnen in Großbritannien ausgesetzt sind sowie der globalen Promi-

nenz britischer entwicklungspolitischer Think-Tanks. Diese 25 Prozent sind jedoch nicht allein der Produktionstätigkeit britischer Think-Tanks geschuldet: Eldis, eine Art *information gateway* des Institute of Development Studies Sussex, das mit verschiedenen Geldgebern finanziert wird, stellt der GDN-Knowledge Base Forschungsberichte zur Verfügung. Diese werden, unabhängig von der AutorInnenschaft, als britische Papers gewertet. Selbst wenn dies unterlassen würde, liefern aber die USA und Großbritannien knapp über 30 Prozent aller über das GDN abrufbaren Publikationen.

Nicht vergessen darf man jedoch, dass internationale Organisationen in Industrieländern ansässig sind und somit auch dort publizieren. Trotzdem sind unter den Top Ten-Herkunftsländern der ForscherInnen lediglich zwei westliche Industrienationen zu finden, während sich fünf Industrienationen unter den Top Neun der Publikationsrangliste platzieren. Indien zum Beispiel verbucht zwar 17 Prozent aller ForscherInnen für sich, es werden aber nur 5 Prozent aller Artikel der Knowledge Base von indischen Organisationen produziert.

Das Bild einer Zwei-Klassen Gesellschaft – WissenschaftlerInnen aus dem Süden als KonsumentInnen und Organisationen aus dem Norden als ProduzentInnen – verdichtet sich weiter, wenn man die Top-ArbeitgeberInnen auswertet (vgl. Tabelle 1). Während westliche Organisationen im Schnitt mit relativ wenigen ForscherInnen relativ zahlreiche Forschungsberichte produzieren, ist bei jenen aus dem Süden das genaue Gegenteil der Fall. Ausnahmen sind das deutsche Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) und das GDN selbst. Das ZEF scheint das Interesse am GDN verloren zu haben, fünf der sechs ZEF-Forschungsberichte im GDN wurden zwischen 1998 und 2000 eingestellt, also in der Zeit der Gründung des GDN in Bonn (wo sich auch das ZEF befindet). Das GDN selbst hat allein aufgrund der Forschungsförderungsprogramme zahlreiche Berichte veröffentlicht, und dies natürlich im eigenen Netzwerk.

Tabelle 1: Top-ArbeitgeberInnen innerhalb des GDN

Institution	Land	Papers	Forscher
World Bank	USA	311	79
Pakistan Institute of Development Economics (PIDE)	Pakistan	76	52
Jawaharlal Nehru University (JNU)	India	7	52
Obafemi Awolowo University (OAU), Ile-Ife	Nigeria	2	32
United Nations (UN) Development Programme (UNDP)	USA	39	24
Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF)	Germany	12	24
University of Ibadan	Nigeria	8	24
Global Development Network (GDN)	India	275	21
Center for Economic Research and Graduate Education and the Economics Institute (CERGE-EI)	Czech Republic	176	20
Indian Council for Research on International Economic Relations (ICRIER)	India	62	20
Bangladesh Institute of Development Studies (BIDS)	Bangladesh	11	19
Institute of Development Studies (IDS)	United Kingdom	115	18
Indira Gandhi Institute of Development Research (IGIDR)	India	19	18
Southern African Research and Documentation Centre (SARDC)	Zimbabwe	13	17
International Labour Organization (ILO)	Switzerland	106	16
Thailand Development Research Institute (TDRI)	Thailand	16	16
Philippine Institute for Development Studies (PIDS)	Philippines	32	15
Centre for Policy Dialogue (CPD)	Bangladesh	24	15
University of Witwatersrand (Wits)	South Africa	6	15

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten von www.gdnet.org

Betrachtet man noch einmal die Verteilung der Organisationen nach Regionen, zieht aber diesmal nur jene in Betracht, die auch Forschungsberichte in ihren Profilen haben, steigt der Anteil Europas und Nordamerikas deutlich an. Vor allem Europa hat mit 26 Prozent einen sehr großen Anteil an Organisationen, die „Research Papers“, also Wissen, produzieren. Auch wenn man die durchschnittliche Anzahl an Aufsätzen pro Organisation berechnet, liegen Europa (5) und Nordamerika (7) vor dem „Rest der Welt“. Afrika, Lateinamerika und die Regionalgruppe „Middle East and North Africa“ (MENA) können pro Organisation lediglich je zwei aufweisen, Ostasien nur je eines. Europa und Nordamerika produzieren also deutlich mehr Wissen als ihre Mitgliedszahlen vermuten ließen.

Einen Sonderfall stellen die dem GDN selbst zugeordneten Forschungsberichte dar. Wie schon eingangs dargestellt, ist die Knowledge Base nur eine unter vielen Aktivitäten des GDN. Forschung wird auch im Rahmen der *Awards and Medals*, der *Global Research Projects* und der *Research Competitions* direkt betrieben und finanziert. Aus diesen Aktivitäten hervorgegangene Artikel werden in der Knowledge Base dem GDN zugeordnet. Im Juni 2009 waren dies 275 Artikel (siehe Tabelle 1), mittlerweile ist diese Zahl auf 339 geklettert (Stand: 28. Februar 2010).

Eine quantitative Methode wissenschaftlichen Einfluss zu messen, besteht in der Zählung der Häufigkeit der Zitierung bestimmter Artikel bzw. Bücher. Solche Statistiken können natürlich nicht zeigen, wie groß der potenzielle Einfluss bestimmter Artikel auf die öffentliche oder akademische Meinung ist. Zwar sagt eine Zitierungstatistik nichts über die Qualität des Zitierten aus, jedoch ist diese geeignet, das Ausmaß der Diskussion einer Publikation zu messen. Zitierungstatistiken werden häufig bemüht, um, in bester anglo-amerikanischer Tradition, die Effektivität wissenschaftlicher Institutionen zu beziffern (vgl. Easterly/Freschi 2009). Hier werden sie verwendet, um den Grad an direktem Einfluss (Macht) auf die Diskussion ein wenig besser abschätzen zu können.

Die Untersuchung der Zitierung wurde automatisch für alle 339 dem GDN zugeordneten Artikel sowohl in „Google Scholar“ als auch in „Scopus“ durchgeführt. Von den 339 Artikel konnten 178 in „Scholar“ und 14 in „Scopus“ gefunden werden (120 bzw. 10 davon wurden bis dato zitiert). Lediglich zwei Artikel in „Scopus“ und 22 in „Scholar“ wurden öfter als zwanzig Mal zitiert. Von den absoluten Zahlen der Zitierungen einmal abge-

sehen, ließe sich trefflich darüber streiten, ob solcherart wirklich Aussagen über die Qualität oder den Einfluss eines Artikels getroffen werden können. Jedoch verblüfft vor allem die geringe Anzahl von Artikeln, die überhaupt in Datenbanken gefunden werden konnten: etwas mehr als 50 Prozent in „Scholar“ und nur knapp über 4 Prozent in „Scopus“. Dies liegt zum einen in der Untersuchung selbst begründet; es konnten nur jene Artikel gefunden werden, die zumindest einen ähnlichen Titel tragen wie Artikel, die in der Knowledge Base angegeben wurden. Dies deutet darüber hinaus darauf hin, dass nur wenige GDN-Artikel den Sprung in renommierte Fachzeitschriften schaffen, werden doch nur diese von „Scopus“ ausgewertet.

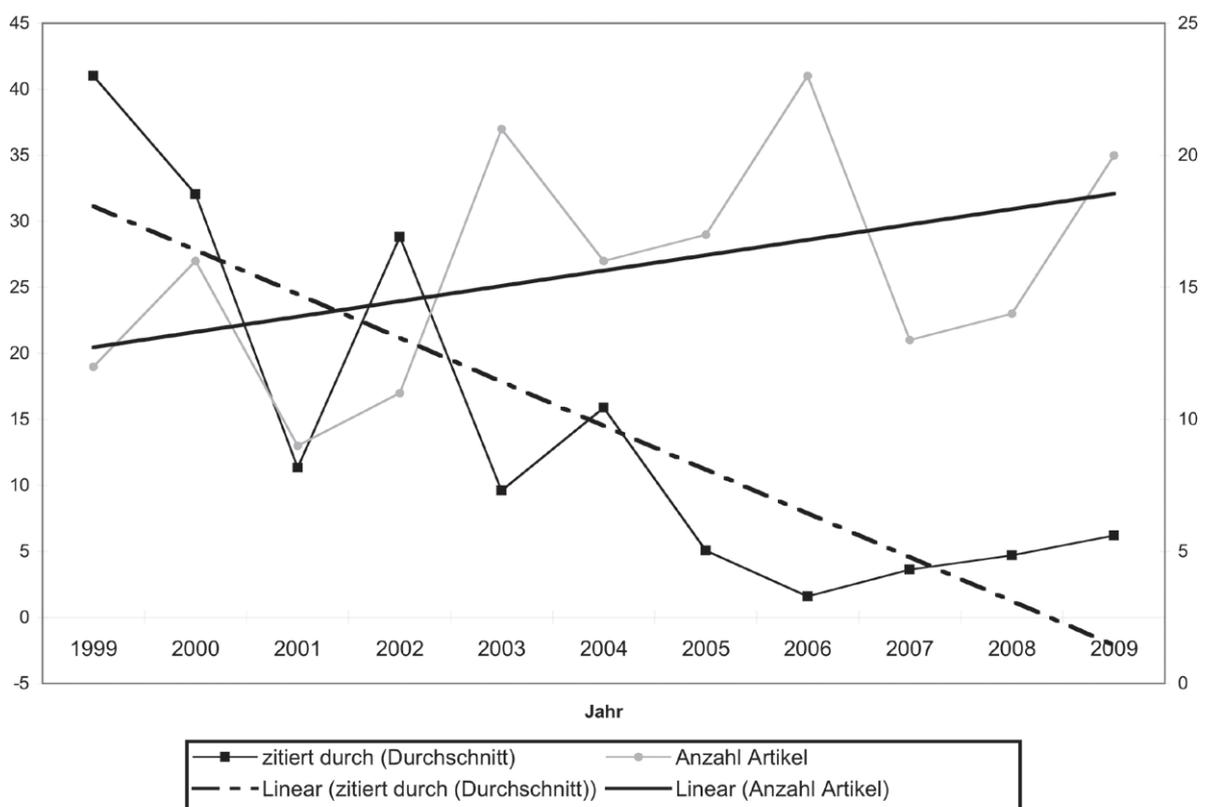


Abb. 2: Zeitliche Entwicklung der Zitierung von GDN-Artikeln

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten von www.gdnet.org; www.scholar.google.com

Eine Trendanalyse von Zitierungen und Artikelanzahl zeigt, dass die durchschnittlichen Zitierungen jedes einzelnen Artikels deutlich zurückgehen, während die Anzahl der pro Jahr veröffentlichten Artikel ansteigt

(vgl. Abb. 2). In den letzten Jahren ist jedoch eine leichte Trendumkehr (auch in „Scopus“) zu erkennen, vor allem wenn man berücksichtigt, dass jeder Artikel Zeit braucht, um in der akademischen Welt bekannt und zitiert zu werden. Trotz dieser leichten Verbesserung in den letzten Jahren fristen GDN-Artikel, bis auf wenige Ausnahmen, offensichtlich ein akademisches Nischendasein.

3.4 Die zeitliche Entwicklungen des GDN

Wichtige Fragestellungen unserer Analyse betrafen die (numerische) Entwicklung von GDN seit seiner Gründung und die Feststellung von Trends über längere Zeiträume. Da man im GDN keine Beitrittsdaten findet, müssen wir uns hierbei mit einem kleinen, methodisch nicht ganz einwandfreien Trick behelfen: Als Datum dient uns die *Identification Number* (ID) des jeweiligen Profils (sowohl von Organisationen als auch von ForscherInnen). Obwohl diese nichts über den genauen Zeitpunkt des Beitritts aussagt, zeigen diese IDs doch eine Reihenfolge. Das Profil mit „ID 4“ wurde offenbar vor jenem mit „ID 5“ und nach jenem mit „ID 3“ erstellt.

Zeichnet man eine Kurve über ID's (x-Achse) und tatsächlich vorhandenen Profile von ForscherInnen (y-Achse), erkennt man eine leichte Verflachung der Kurve ab etwa 5.000 und ein erneutes Ansteigen ab etwa 11.000 Profilen. Beträgt die Steigung der Kurve – wie zu Beginn des Untersuchungszeitraumes, also bei den ältesten Profilen – 45 Grad, sind alle Profile vorhanden. Die Verflachung der Kurve ist hingegen ein Indikator dafür, dass Profile gelöscht wurden. Die Kurven zeigen, dass die ältesten Profile fast alle nach wie vor existieren, während viele der jüngeren (abgesehen von den ganz neuen) schon wieder gelöscht wurden. Nicht ganz unerwartet macht dies deutlich, dass die dauerhafte Bindung von ForscherInnen zunehmend schwieriger wird.

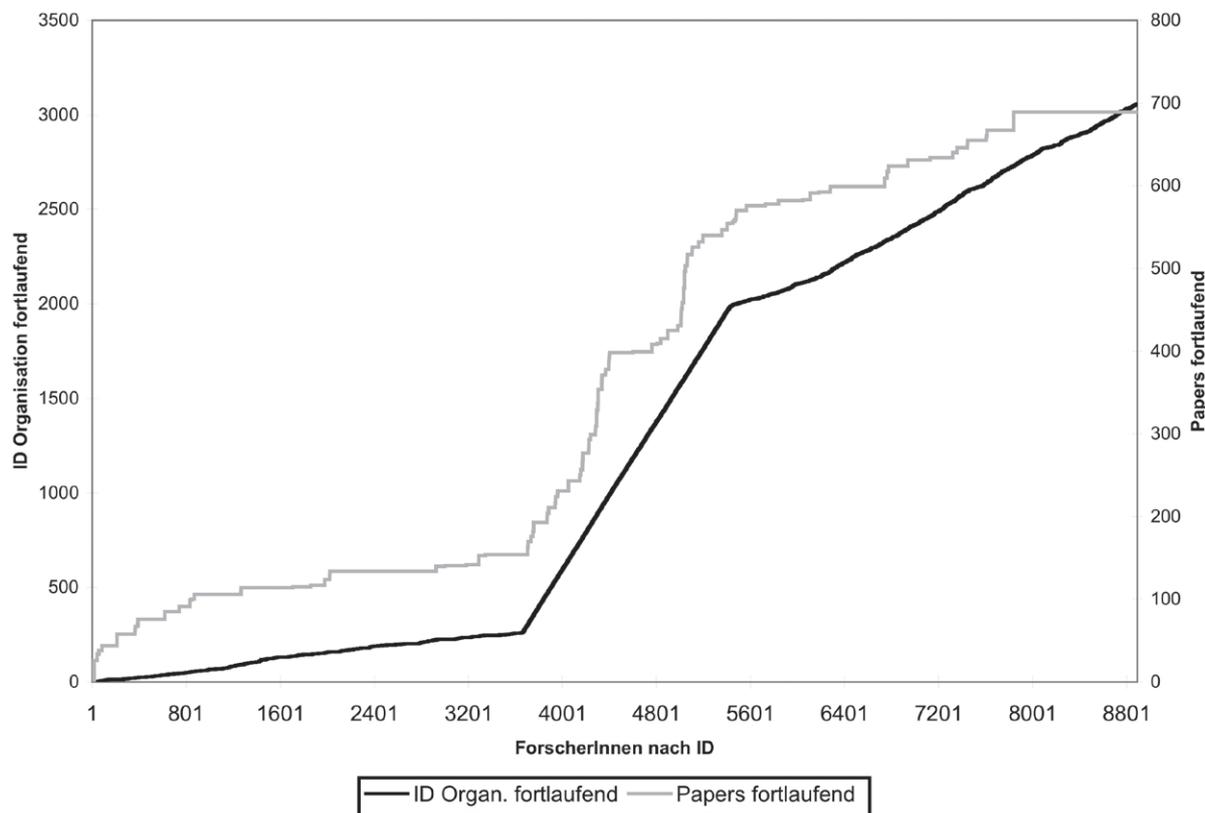


Abb. 3: Anzahl aufgelisteter Organisationen und Research Papers fortlaufend nach ID

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten von www.gdnet.org

An der fortlaufenden Zählung sowohl der Organisationen als auch der Forschungsberichte die direkt ForscherInnen im GDN zugeordnet sind (vgl. Abb. 3) ist zweierlei zu erkennen. Die Kurven verlaufen parallel; steigt also die Anzahl der Organisationen, steigt auch jene der Forschungsberichte. Wichtig ist festzuhalten, dass es sich hierbei lediglich um die wenigen (689 von über 15.000) Forschungsberichte handelt, die Profilen von ForscherInnen direkt zugeordnet sind. Bezieht man alle Artikel in die Statistik mit ein, ist der dargestellte Zusammenhang noch viel deutlicher. Es bestätigt sich damit, was schon zuvor zu beobachten war: Der wissenschaftliche Output des GDN wird von Organisationen produziert und überwacht, einzelne ForscherInnen sind dabei relativ unbedeutend. Allerdings kann aber auch hier eine Verflachung der Kurven im zweiten Drittel festgestellt werden. Der Zuwachs von Forschungsberichten, ForscherInnen und Organisationen nimmt ab, während gleichzeitig die Beendigung von Mitgliedschaften zunimmt.

4. Conclusio

Den bisherigen Untersuchungen entsprechend könnte man das GDN am ehesten als von europäischen und nordamerikanischen Organisationen wissenschaftlich dominiertes Netzwerk definieren, das auch von ForscherInnen des Südens genutzt wird. Westliche Institutionen produzieren einen Großteil jener Forschungsberichte, die im GDN veröffentlicht werden, obwohl die höhere Repräsentanz des Südens zu den selbst gesteckten Zielen des GDN gehört. Ein Großteil dieser Forschungsberichte wird zudem nicht von im GDN verzeichneten ForscherInnen produziert. Während ca. 15.000 Research Papers online abrufbar sind, sind im GDN lediglich 99 ForscherInnen aufgelistet, die innerhalb des GDN nur 689 Papers publiziert haben. Für die ForscherInnen scheint thematisch die Ökonomie eindeutig den wichtigsten Stellenwert einzunehmen. Andere Themen (hauptsächlich gesellschaftlicher Art) werden zwar häufig genannt, sind meist aber nur Beiwerk.

Das GDN ist auch nicht als global zu bezeichnen. Wie man aufgrund der Untersuchungen sehen konnte, sind einige wenige Faktoren für den „Erfolg“ innerhalb des Netzwerkes ausschlaggebend. Darunter scheint die englische Amtssprache der mit Abstand wichtigste Faktor zu sein. Im GDN finden sich mehr als 1.000 indische ForscherInnen, aber nicht einmal 100 chinesische, sodass sich die tatsächlichen globalen Verhältnisse in keiner Weise widerspiegeln. Im Trend scheint sich der Ausbau des Netzwerkes allmählich zu verflachen und vorwiegend von den Organisationen getragen zu werden.

In Bezug auf die zuvor aufgestellten Hypothesen lässt sich wohl die erste ausschließen: Das GDN ist viel zu deutlich von europäischen und US-amerikanischen Organisationen dominiert, als dass man eine Verbesserung der Position des globalen Südens in der Welt der Wissenschaft konstatieren könnte. Viel eher setzen sich im GDN traditionelle Muster wie der Brain-Drain von Süd nach Nord auch fort. Zwar kann die vorliegende Analyse keine umfassende Bewertung des Einflusses des GDN leisten; der geringe Anteil von Artikeln, der mit ForscherInnenprofilen verbunden ist, der überproportional große Einfluss ehemaliger britischer Kolonien bzw. der englischen Sprache, die beinahe parallele Entwicklung von Forschungsberichte- und Organisationendatenbank (vgl. Abb. 3), die relativ seltene

Zitierung von GDN-Publikationen (vgl. Abb. 2) sowie einige weitere Resultate (vgl. Schlögl 2010c) sprechen jedoch für einen geringen Einfluss. Dafür gibt es mehrere Gründe: Wäre der Einfluss der Knowledge Base in der *scientific community* groß, würde eine weit größere Anzahl von ForscherInnen ihre Arbeiten dort zur Diskussion stellen bzw. mit ihren Profilen verbinden. Hätte das Netzwerk große globale Bedeutung, wäre der angloamerikanische (insbesondere auch der britische) Einfluss deutlich geringer; beispielsweise müsste sich eine wesentlich größere Anzahl chinesischer ForscherInnen finden. Außerdem hätten GDN-Artikel größeren Einfluss innerhalb der Wissenschaft und würden häufiger zitiert. Daher erweckt das GDN insgesamt eher den Eindruck eines Zusammenschlusses von europäischen und nordamerikanischen wissenschaftlichen Institutionen, die ForscherInnen aus dem globalen Süden Zugang zu einem Teil ihres Wissens gewähren wollen (dritte Hypothese). Derzeit sind zudem ein großer Teil der in der Entwicklungsarbeit engagierten sozialen Bewegungen offenbar nur marginal im GDN vertreten. Dies ist sicherlich kein Zufall, wenngleich diese Untersuchung keinen Beitrag zur Klärung der Zusammensetzung im Hinblick auf die weltanschaulichen Spektren leisten konnte. Dazu sind auch inhaltsanalytische Vertiefungen des Studiums von Intellektuellen- und Think-Tank-Netzwerken wie dem GDN erforderlich.

Wenn das GDN seinen eigenen Ansprüchen in Zukunft (besser) gerecht werden will, dann wären einige grundlegende strukturelle Reformen erforderlich. Diese müssten nachweislich zum Abbau des Nord-Süd-Gefälles in der Entwicklungswissenschaft beitragen und geeignet sein, einen Sprach- und Fachgebietspluralismus an die Stelle der Hegemonie der angloamerikanischen Sprache sowie der ökonomischen Expertise treten zu lassen.

1 Die anderen beiden Formen unterscheidet er durch die Art der Führung: „Under Donor Leadership or Official Patronage“ und „Under Single Organization Leadership“ (Struyk 2002: 628f).

2 Ein einfacher Vergleich der Glaubwürdigkeit von NGOs und Politikern bestätigt das.

3 Weitere Untersuchungen sowie grafische Darstellungen der hier präsentierten Ergebnisse finden sich unter schloegl.net.

4 Die ForscherInnen können in ihrem Profil ihr wissenschaftliches Gebiet angeben. Um die WissenschaftlerInnen einem bestimmten Gebiet zuordnen zu können, wurden Schlagwortketten gebildet und so lange erweitert, bis ein zufrieden stellendes Ergebnis erreicht wurde.

Literatur

- Bräutigam, Deborah A./Segarra, Monique (2007): Difficult Partnerships: The World Bank, States, and NGOs. In: *Latin American Politics & Society* 49 (4), 149-181.
- Curbach, Janina V. (2008): NGOs als Träger transnationalen und alternativen Wissens. In: Schuppert, Gunnar Folke/Voßkuhle, Andreas (Hg.): *Governance von und durch Wissen*. Baden-Baden: Nomos, 135-148.
- Easterly, William/Freschi, Laura (2009): A \$3 million book with 8 readers? The impact of donor-driven research. <http://aidwatchers.com/2009/06/a-3-million-book-with-8-readers-the-impact-of-donor-driven-research/>, 15.2.2010.
- Foucault, Michel (2005): *Analytik der Macht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Finance Watch (2010): Call for a Finance Watch. <http://www.finance-watch.org>, 5.7.2010.
- GDN (2009): GDN Mission Statement. <http://www.gdnet.org/cms.php?id=mission>, 31.3.2009.
- GDN (2010): GDN Activities. http://www.gdnet.org/cms.php?id=gdnet_activities, 6.1.2010.
- Gottschalk-Mazouz, Niels (2007): Was ist Wissen? Überlegungen zu einem Komplexbegriff an der Schnittstelle von Philosophie und Sozialwissenschaften. In: Ammon, Sabine/Heineke, Corinna/Selbmann, Kirsten (Hg.): *Wissen in Bewegung. Vielfalt und Bewegung in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück, 21-40.
- Hartung, Lea (2010): „Suppose you wanted to change the entire course of economic policy...“. Neoliberale Utopie und Regierungskunst. In: Harrasser, Karin/Innerhofer, Roland/Rothe, Katja (Hg.): *Das Mögliche regieren*. Bielefeld: transcript (im Erscheinen).
- King, Kenneth/McGrath, Simon (2004): *Knowledge for Development? Comparing British, Japanese, Swedish and World Bank Aid*. Cape Town/London/New York: HSRC Press/Zed Books.
- Luhmann, Niklas (2003): *Macht*. Stuttgart: UTB.
- Lukes, Steven (2005): *Power: A Radical View*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- McGann, James G./Weaver, Kent (2000): *Think Tanks and Civil Societies – Catalysts for Ideas and Action*. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Muth, H. Peter/Gerlach, Frederick H. (2004): *Global Development Network: Independent Evaluation*. Evaluation Report. http://www.gdnet.org/cms.php?id=external_eval_2004, 27.11.2009.
- Plehwe, Dieter (2007): A Global Knowledge Bank? The World Bank and Bottom-Up Efforts to Reinforce Neoliberal Development Perspectives in the Post-Washington Consensus Era. In: *Globalizations* 4 (4), 514-528.
- Schlögl, Matthias (2010a): Network of GDN-Organizations. <http://www.unet.univie.ac.at/~a9825923/GDN/?p=128>, 6.1.2010.
- Schlögl, Matthias (2010b): GDN, expertise and occupational activity. <http://www.unet.univie.ac.at/~a9825923/GDN/?p=35>, 6.1.2010.

- Schlögl, Matthias (2010c): GDNet; discussing my findings on GDNet. <http://www.unet.univie.ac.at/~a9825923/GDN>, 8.1.2010.
- Schuppert, Gunnar Folke (2008): Governance durch Wissen; Überlegungen zum Verhältnis von Macht und Wissen aus governancetheoretischer Perspektive. In: Schuppert, Gunnar Folke/Voßkuhle, Andreas (Hg.): Governance von und durch Wissen. Baden-Baden: Nomos, 260-276.
- Selbmann, Kirsten (2007): Von kontaminiertem Mais und „falscher“ Wissenschaft. In: Ammon, Sabine/Heineke, Corinna/Selbmann, Kirsten (Hg.): Wissen in Bewegung. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 87-103.
- St. Clair, Asuncion Lera (2006): The World Bank as a Transnational Expertised Institution. In: Global Governance 12, 77-92.
- Stiglitz, Joseph (2000): Scan Globally, Reinvent Locally: Knowledge, Infrastructure and the Localization of Knowledge? In: Stone, Diane (Hg.): Banking on Knowledge: The Genesis of the Global Development Network. London/New York: Routledge, 24-43.
- Stone, Diane (2000): Banking on Knowledge. The Genesis of the Global Development Network. London/New York: Routledge.
- Stone, Diane/Johnson, Erik (2000): Introduction. In: Stone, Diane (Hg.): Banking on Knowledge. The Genesis of the Global Development Network. London/New York: Routledge, 3-23.
- Stone, Diane (2007): Recycling bins, garbage cans or think tanks? Three myths regarding policy analysis institutes. In: Public Administration 85 (2), 259-278
- Stone, Diane/Garnett, Mark (1998): Think Tanks across nations. Manchester: Manchester University Press.
- Struyk, Raymond J. (2002): Management of Transnational Think Tank Networks. In: International Journal of Politics, Culture and Society 15 (4), 625-638.

Abstracts

Eigenen Vorgaben zufolge versucht das Global Development Network (GDN) wissenschaftliche Forschung im globalen Süden zu unterstützen. In diesem Beitrag werden die umfangreichen Datenbanken des GDN, die so genannte Knowledge Base, im Hinblick auf die geografische und auch fachliche Verteilung von ForscherInnen, Organisationen und Publikationen untersucht, um die wichtigsten Konturen der Struktur des Netzwerkes darzustellen. Das Resultat macht deutlich, dass das GDN seine eigenen Ziele bislang klar verfehlt hat, insofern strukturelle Ungleichgewichte den Norden klar gegenüber dem Süden begünstigen.

The Global Development Network (GDN) tries to foster scientific research in the ‘Global South’. In an effort to better understand this global network, this article makes use of the huge online database of the GDN, “Knowledgebase”, which contains rich information about organizations, researchers and papers registered in the Network. Based on such empirical data it is possible to examine certain structural dimensions of the GDN. The results show that the GDN so far fails to meet up to its own aims insofar as structural imbalances favour Northern over Southern scientists and organizations.

Matthias Schlögl
Helblinggasse 6/14
A-1170 Wien
m.schloegl@me.com

ANDREAS NÖLKE

**Grenzen des Einflusses transnationaler Politiknetzwerke:
Die Offenheit der Bretton-Woods-Zwillinge für Advocacy-
Nichtregierungsorganisationen¹**

Die Führungsrolle der Weltbank in der internationalen Entwicklungsdiskussion beruht seit langem auf ihrer Fähigkeit, globale Netzwerke zu weben und damit die Ressourcen vieler Akteure zur Durchsetzung ihrer Entwicklungsstrategien zu bündeln (Nölke 1995). Gleichzeitig verwandelt diese Führungsrolle die Weltbank in das bevorzugte Angriffsziel transnationaler Netzwerke, die über die Beeinflussung der Weltbank ihre Anliegen nachhaltig in die internationale Entwicklungsagenda einzubringen suchen. Im Brennpunkt des vorliegenden Beitrags stehen die Bemühungen transnationaler *Advocacy*-Nichtregierungsorganisationen (NRO) zur Verankerung ihrer Anliegen in den Statuten und Strukturen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, ein wesentlicher Fokus dieser Organisationen während der 1990er Jahre. Konkreter Hintergrund dieser NRO-Aktivitäten ist der drastische Einschnitt, den die Entwicklungspolitik gegen Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre im Kontext der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme erlebte. Mit diesen Programmen ging zunächst eine deutliche Umorientierung vom Staat hin zu NRO als Entwicklungsprotagonisten einher. Nach dem Scheitern der ersten Strukturanpassungsprogramme setzte man vermehrt auf die Vermittlungsrolle von NRO und erlaubte diesen damit auch vermehrt Zugangsmöglichkeiten (Bräutigam/Segarra 2007). Das entsprechende NRO-Lobbying ist inzwischen durch eine Reihe breit angelegter empirischer Studien gut erschlossen (Fox/Brown 1998a; O'Brien et al. 2000; Goldman 2005), wurde aber bisher nicht systematisch-vergleichend analysiert, insbesondere nicht in Bezug auf die generalisierbaren Implikationen für die Relevanz transnationaler Politiknetzwerke. Nach den entsprechenden (Teil-)Erfolgen haben sich die meisten

Advocacy-NRO (und die entsprechenden akademischen BeobachterInnen) in der letzten Dekade zudem anderen Schwerpunkten zugewendet, insbesondere der Beeinflussung von Unternehmen unter dem Banner der *Corporate Social Responsibility*.

Im Vordergrund steht im Folgenden der Stab von Bank und IWF, nicht die Organisationen als Ganzes. Nur bei wenigen internationalen Organisationen kann wie hier von einem derart autonomen und politisch einflussreichen Sekretariat ausgegangen werden, dass eine von der intergouvernementalen Ebene getrennte Analyse sinnvoll und notwendig ist (Bayne 1998; Nölke 1995). Wie zu zeigen sein wird, bestehen sowohl zwischen den beiden Organisationen als auch zwischen NRO-Netzwerken sowie im Zeitverlauf erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Relevanz transnationaler NRO: Während zum Beispiel die Weltbank in sehr vielfältigen Austauschbeziehungen zu NRO steht, sind entsprechende Aktivitäten beim Internationalen Währungsfonds kaum bekannt. Aber auch bei der Weltbank ist diese „NROisierung“ ein Phänomen jüngeren Datums und konzentriert sich auf bestimmte NRO-Typen.

Als theoretische Grundlage zur Untersuchung dieser Divergenzen dient der Ressourcenabhängigkeitsansatz zur Analyse transnationaler Politiknetzwerke (Nölke 2000). Dieser Ansatz führt die Herausbildung transnationaler Netzwerke auf die Existenz von wechselseitigen Ressourcenabhängigkeiten zwischen den beteiligten Organisationen zurück. Netzwerke bilden sich heraus, wenn Organisationen für ihre Arbeit Ressourcen benötigen, die von anderen Organisationen kontrolliert werden, und jene Organisationen ebenfalls einen Tauschanreiz haben. Essentielle Ressourcen sind Verfügungsrechte über Finanzen, Informationen bzw. analytische Ressourcen, Legitimationsressourcen (zum Beispiel politische Unterstützung) und politische Entscheidungsrechte.

Aus dieser Perspektive können drei Faktoren die oben genannten Divergenzen erklären und werden im Folgenden im Rahmen eines auf vergleichenden Fallstudien (*most similar cases*) basierenden Forschungsdesigns untersucht: Zunächst ist zu erwarten, dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleich erfolgreich sein können, der Weltbank ihre Anliegen nahezubringen. Die Bedeutung der unterschiedlichen Organisationsfähigkeit gesellschaftlicher Interessen und der entsprechend variierenden Tauschressourcen werde ich anhand eines Vergleiches der Einflussnahme dreier

NRO-Gruppen (Umwelt, Frauen, Gewerkschaften) untersuchen (Abschnitt 1). Weiterhin ist die Existenz von institutionellen Interdependenzen zugunsten transnationaler NRO anzunehmen: Ausgehend von entsprechenden Forderungen transnationaler NRO, und unterstützt durch jene Abteilungen der Sekretariate, die NRO-Anliegen teilen, kann es zur Einrichtung von Gremien kommen, bei denen eine Kooperation mit NRO (Legitimationsressourcen) für die Genehmigung bestimmter Projekte oder Programme zur Voraussetzung gemacht wird. Diese Annahme werde ich untersuchen, indem ich sowohl das Sekretariat (Weltbank) als auch die NRO-Bewegung (Umwelt) als konstant betrachte und dann die Entwicklung der Kooperation im Zeitverlauf analysiere (Abschnitt 2). Der Zusammenhang zwischen Ressourcenabhängigkeitsansatz und Politiktyp (distributiv/redistributiv) lässt erwarten, dass internationale Sekretariate im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit transnationalen NRO vergleichsweise hohe Relevanz einräumen, da sie mitunter auf die Informations- und Legitimationsressourcen dieser Organisationen angewiesen sind. Eine Ausnahme – und damit eine Vergleichsmöglichkeit – bietet der Internationale Währungsfonds, bei dem diese Kooperationsnotwendigkeit allenfalls in sehr geringem Maße besteht, und der eher redistributiver Politik zuzuordnen ist, insbesondere durch die massive Umverteilungswirkung der Fondsprogramme (Abschnitt 3).

I. Zur Organisationsfähigkeit gesellschaftlicher Interessen: Die Weltbank und verschiedene NRO-Netzwerke

Die Aktivitäten der Weltbank berühren die Interessen der unterschiedlichsten sozialen Gruppierungen, da sie sich mit fast jedem Sektor der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beschäftigen und dabei häufig sehr intensiv in die Belange der betroffenen Länder eingreifen. Während die Regierungen der betroffenen Länder ihre Interessen in die Darlehensverhandlungen mit der Weltbank einbringen können, besteht diese Option für soziale Gruppen nicht. Angesichts der Schwäche einzelner sozialer Gruppierungen liegt es nahe, dass diese sich transnational zusammenschließen, um Druck auf die Weltbank auszuüben. In der Tat existiert heute eine Vielzahl von transnationalen NRO-Zusammenschlüssen, die mit unterschiedlichem

Erfolg versuchen, ihre Interessen bei der Weltbank geltend zu machen. In ihrer vergleichenden Bestandsaufnahme konstatieren O'Brien et al. (2000: 222-225), dass transnationale Umwelt-NRO am ehesten dabei erfolgreich waren, ihre Interessen bei der Bank durchzusetzen, während bei Frauen-NRO dieser Erfolg je nach Anliegen stark divergierte und die transnationale Gewerkschaftsbewegung bis zum Ende der 1990er Jahre kaum Einfluss auf die Bank genommen hat. Diese Divergenz lässt sich damit erklären, dass sich die transnationale Organisationsfähigkeit dieser sozialen Interessen und damit auch ihre Möglichkeiten zum Ressourcentausch mit der Bank erheblich unterscheiden.

1.1 Die transnationale Umweltbewegung

Die transnationale Umweltbewegung hat es in vielfältiger Weise erreicht, ihre Ziele in der Weltbank zu verankern (Goldman 2005). In der Weltbank existieren inzwischen relativ umfangreiche Abteilungen, die sich in erster Linie mit den Umweltdimensionen von Projekten beschäftigen. Inzwischen hat die Bank auch ein breites Portfolio an primär umweltbezogenen Projekten aufgebaut. Seit 1989 sind „Environmental Assessments“ zwangsläufig Bestandteil jedes Weltbankprojekts, auch wenn sie in ihrer Wirksamkeit noch nicht den Vorstellungen der meisten Umwelt-NRO entsprechen. Mit der „Global Environmental Facility“ (GEF), die bei der Weltbank angesiedelt ist, sind die Anliegen der Umwelt-NRO sogar institutionalisiert.

Die Erfolge der transnationalen Umwelt-NRO können unter anderem mit ihrer besonders gut organisierten *Advocacy* gegenüber der Bank erklärt werden. Verglichen mit anderen transnationalen NRO-Bewegungen sind die Umwelt-NRO in deutlich geringerem Maße hinsichtlich der Natur ihres Anliegens und der Strategie gegenüber der Weltbank gespalten. Zwar gibt es auch innerhalb der transnationalen Umweltbewegung Divergenzen zwischen radikalen Exponenten, welche die Bank als Ganzes ablehnen und Verfechtern einer eher inkrementalen Strategie, doch besteht eine so deutliche Dominanz der letzteren, dass die *Advocacy* gegenüber der Bank durch diese Unterschiede nur geringfügig geschwächt wird. Auch der Nord-Süd-Gegensatz ist bei den Umwelt-NRO nicht so ausgeprägt wie z.B. bei NRO der transnationalen Frauenbewegung.

1.2 Die transnationalen Frauenbewegungen

Der transnationalen Frauenbewegung ist es während der 1990er Jahre gleichfalls gelungen, ihre Anliegen bei der Bank zu institutionalisieren, beispielsweise durch die Einrichtung des „Gender Sector Board“ und der „External Gender Consultative Group“. Ähnlich wie Teile der Umweltbewegung sind die erfolgreichen Frauen-NRO in der Lage, der Weltbank wichtige Ressourcen für das Gelingen von deren Projekten bereit zu stellen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass die NRO die Weltbank durch Bereitstellung entsprechender analytischer Ressourcen davon überzeugen können, dass „Frauenprojekte“ einen höheren sozioökonomischen Ertrag abwerfen als „konventionelle“ Projekte, insbesondere in den Bereichen Mikrokredit, Gesundheit und Ausbildung junger Frauen.

Frauenanliegen, die sich nicht in die ökonomische Effizienzlogik der Weltbank einpassen lassen und eine grundlegend andere Entwicklungsstrategie verlangen, konnten jedoch nicht erfolgreich verankert werden. Damit bleibt der Kern der feministischen Ökonomie unberücksichtigt, angesichts der kaum überbrückbaren Gegensätze zu der von der Weltbank favorisierten Neoklassik: Während die neoklassische Entwicklungsökonomie ihren Fokus auf die Makroökonomie legt, pflegen feministische Diskurse eine ausgeprägte Mikroperspektive, bei der es zunächst um die Entscheidungsfindung zwischen Männern und Frauen in Haushalten geht. Während es in der Neoklassik in erster Linie um ökonomische Effizienz geht, steht bei feministischen ÖkonomInnen die Geschlechter(un)gerechtigkeit im Vordergrund. Und während die Neoklassik traditionell von rational agierenden Individuen ausgeht, betont die feministische Ökonomie die Bedeutung von Sozialstrukturen und Ideen für das Verhalten dieser Individuen (O'Brien et al. 2000: 47f).

Im Vergleich zu den transnationalen Umwelt-NRO besteht zwischen den Frauen-NRO insgesamt eine weitaus größere Uneinigkeit hinsichtlich der gegenüber der Bank zu verfolgenden Anliegen. Selbst in dem relativ engen Bereich der feministischen Entwicklungsökonomie existieren gravierende Unterschiede zwischen der „Women in Development“ (WID)-Kritik der 1970er und 1980er Jahre und etwa dem in den 1990er Jahren prominenteren Konzept der „Development Alternatives with Women for a New Era“ (DAWN), das in wesentlich größerem Ausmaß von AkteurInnen aus dem Süden getragen wird. Auch im Vergleich zu anderen Anliegen der

transnationalen Frauenbewegung, wie zum Beispiel dem Kampf gegen Gewalt gegen Frauen, fehlt es im Bereich der feministischen Entwicklungsökonomie insbesondere wegen dem hier wesentlich stärker ausgeprägten Nord-Süd-Gegensatz an schlagkräftigen Organisationen, mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Fähigkeit dieser Organisationen, die Weltbank zu beeinflussen (O'Brien et al. 2000: 35-40).

Auf Grund der Heterogenität der von den Frauen-NRO verfolgten Anliegen konnten diese nur für einen kleinen Teil ihrer Anliegen ausreichende Ressourcen mobilisieren, um die Weltbank erfolgreich zu beeinflussen, zumal angesichts der Unvereinbarkeit einiger ihrer Anliegen mit den neoklassischen *standard operating procedures* der Bank. Für eine weitergehende Einflussnahme fehlte ihnen insbesondere die Möglichkeit, die finanzielle Ressourcenbasis der Bank unter Druck zu setzen, insofern sie – im Gegensatz zur Umweltbewegung – nicht nachhaltig versucht haben, die Refinanzierung der International Development Association (IDA, das *Soft-Loan-Window* der Bank) durch Einflussnahme auf den US-Kongress und andere Finanzquellen zu unterbrechen (O'Brien et al. 2000: 52).

Deutlich wird das unterschiedliche Ausmaß an politischem Einfluss auch bei einer Gegenüberstellung der personellen Konsequenzen der *Advocacy* von Umwelt- und von Frauen-NRO, selbst bei der für die Frauen noch relativ günstigen – weil mit der Weltbank-Entwicklungsperspektive relativ kompatiblen – WID-Thematik (Kardam 1991). So wurde 1986 erstmals ein WID-Büro mit drei Stellen eingerichtet und 1988 zu einer Einheit mit acht Stellen aufgewertet; 1990 erhielt jede der Entwicklungsregionen in der Bank zudem eine/n VollzeitkoordinatorIn für WID. Während die Auswirkungen dieser Maßnahmen für die Operationalisierung des WID-Anliegens innerhalb der Bank nicht zu unterschätzen sind, verblissen sie jedoch gegenüber jenen im Umweltsektor, wo zwischen 1983 und 1987 die Anzahl der Fachleute von sechs auf sechzig erhöht und eine ganze Reihe neuer Organisationseinheiten eingerichtet wurde (O'Brien et al. 2000: 43).

1.3 Transnational aktive Gewerkschaften

Zwischen Weltbank und den transnational aktiven Gewerkschaften bestehen bisher nur wenige Berührungspunkte. Traditionell hatte die Weltbank eine relativ negative Einstellung gegenüber Gewerkschaften; diese wurden als eine von vielen Interessengruppen gesehen, die ihre relativen

Privilegien gegenüber anderen Gruppen in den Nehmerländern schützen wollten und dabei Programme zur Armutsbekämpfung behinderten. Andererseits hat auch die transnationale Gewerkschaftsbewegung nicht annähernd so umfangreiche Ressourcen zur Beeinflussung der Weltbank mobilisiert wie Frauen- oder Umweltbewegung. Auch wenn die Gewerkschaftsbewegung weltweit insgesamt über ein Vielfaches solcher Ressourcen verfügt, liegt der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten doch eindeutig innerhalb einzelner Länder. Transnationale Gewerkschaftszusammenschlüsse sind bei der Lobby-Arbeit gegenüber den Bretton-Woods-Organisationen als *Advocacy*-NRO deutlich weniger präsent. Dazu trägt zunächst die organisatorische Zersplitterung der weltweiten Gewerkschaftsbewegung bei (O'Brien et al. 2000: 73f). Auch verfügen die Zentralen transnationaler Gewerkschaftszusammenschlüsse nicht über annähernd so viel Handlungsfreiheit gegenüber ihren nationalen Sektionen wie große transnationale NRO. Die meisten Gewerkschaften haben auf Grund ihrer Koevolution mit den modernen Nationalstaaten eine starke Tendenz zur Interessenaggregation auf nationaler Ebene; diese Interessen werden dann mehr oder weniger mühsam auf internationaler Ebene koordiniert. Dazu tragen die zum Teil sehr unterschiedlichen, auch konkurrierenden, Interessen von Gewerkschaften aus Nord und Süd bei. Südgewerkschaften mangelt es schließlich auch häufig an Autonomie gegenüber ihrem Staatsapparat, so dass eine transnationale Interessenaggregation weiter erschwert wird. Die relative Schwäche der gewerkschaftlichen Einflussnahme auf die Bank zeigt sich schließlich besonders daran, dass es (im Gegensatz zur Spiegelung von Umweltbewegung und WID) keine spezielle Abteilung in der Weltbank gibt, die sich mit den Themen der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt – und daher ein besonderes Interesse daran hätte, mit den Gewerkschaften Ressourcen zu tauschen, um ihre innerorganisatorische Stellung zu stärken.

Bei einem Vergleich der NRO-Themen und dem jeweiligen Grad der Transnationalisierung der Weltbank fällt auf, dass die transnationale Organisationsfähigkeit der drei sozialen Gruppierungen erheblich divergiert. Zudem hängt die Fähigkeit der NRO, Zugang zu einem Sekretariat zu finden, auch von der inhaltlichen Korrespondenz ab. NRO-Anliegen, die die Legitimität der jeweiligen internationalen Organisation grundlegend in Frage stellen, werden abgeblockt, während Anliegen, die auf eine Korrektur von deren Entscheidungen in eher marginalen Bereichen dringen, eher

zugelassen werden. Inhaltlich betrifft diese Zugangsbeschränkung insbesondere Gruppen, die das generelle Ziel der ökonomischen Liberalisierung nicht akzeptieren.

Der Vergleich ganzer NRO-Netzwerke führt schließlich dazu, dass Machtunterschiede innerhalb der jeweiligen NRO-Gruppierung ausgeblendet werden. Ähnlich wie eine deutliche Differenz in der Relevanz verschiedener Anliegen besteht, existiert eine solche zwischen verschiedenen Organisationen. Neben der räumlichen Nähe – favorisiert werden im Fall der Weltbank Organisationen, die ihren Sitz in Washington haben – ergibt sich die Differenzierung in „In“- und „Out“-Gruppen vor allem vor dem Hintergrund ihrer Fähigkeit zur Ressourcenmobilisierung, insbesondere in Bezug auf Expertise und Legitimität, und letzteres vor allem in den Augen der politischen AkteurInnen auf nationaler Ebene in den mächtigsten Mitgliedsstaaten der betroffenen internationalen Organisationen. Es gibt daher einen klaren Klassen-Bias innerhalb der NRO-Bewegung: „Thus the South-North collaboration in civil society [...] has almost invariably involved urban-based, university-educated, computer-literate, (relatively) high-earning English speakers *on both sides*“ (Scholte 1998: 28). Die Folgen dieser Differenzierung von *global social movements* (GSM) nach den Variablen (neoliberaler) *ideology*, (nördlicher) *location*, (knapper) *expertise* und *influence* (in nationalen politischen Arenen) beschreiben O’Brien et al. (2000: 225) folgendermaßen: „The preceding variables tend to favour mainstream Northern based elements of GSMs. For example, the US section of the women’s movement is generally heard more clearly than women from developing countries. The Northern based International Confederation of Free Trade Unions and the AFL-CIO are more likely to be accommodated than trade unionists or unorganized workers in developing countries. Northern semi-professional environmental groups are taken seriously, while the voice of Southern groups tends to be drowned out.“

2. Institutionelle Interdependenz: Die historische Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Weltbank und transnationalen Umwelt-NRO

Das hier beschriebene Bild der Beziehungen zwischen transnationalen NRO und Weltbank gibt eine Momentaufnahme für die späten 1990er Jahre des 20. Jahrhunderts wieder. Zwei Dekaden zuvor gab es keine nennenswerten Beziehungen zwischen Weltbank und transnationalen NRO. Nachfolgend soll geklärt werden, warum sich dieses Verhältnis in den dazwischen liegenden zwanzig Jahren so dynamisch entwickelt hat. Da die Umweltorganisationen von allen transnationalen gesellschaftlichen Akteuren am erfolgreichsten bei der Beeinflussung der Weltbank waren – unter anderem auf Grund des Wachstums von fünf auf dreihundert UmweltspezialistInnen innerhalb nur einer Dekade (Wade 1997: 611f) – sollen sie für eine vertiefende Analyse ausgewählt werden, auch wenn das Ausmaß der „Ergrünung“ der Bank nach wie vor begrenzt bleibt (Goldman 2005). Im Mittelpunkt der Erklärung dieser Dynamik steht im Folgenden die zunehmende internationale Institutionalisierung des Umwelt- und Entwicklungskonzeptes bei der Bank, die durch die Einrichtung von *Advocacy*-Abteilungen und durch deren Ressourcenabhängigkeiten einen Prozess weiter zunehmenden NRO-Einflusses auslöste, bis hin zur Entstehung von formellen institutionellen Interdependenzen.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Weltbank und NRO-Bewegung beginnt im Wesentlichen in den 1980er Jahren, auch wenn es erste Kontakte bereits in den 1970er Jahren gegeben hat. Deutlich im Vordergrund standen jedoch zunächst operationelle NRO, die als Entwicklungsalternative zu dem im Kontext des Aufstiegs der Strukturanpassungsprogramme diskreditierten Staat des Südens bereitstanden. Ein deutlicher Einschnitt zugunsten von umweltpolitischen *Advocacy*-NRO ergab sich 1987 (Wade 1997: 613). In diesem Jahr wurde das „Environment Department“ der Bank gegründet und damit das Profil der Umweltdimension in der Bank deutlich erhöht. Zwar existierte seit 1970 (dem ersten „Environmental Advisor“) eine Umweltzuständigkeit in der Bank, doch deren (personelle) Bedeutung hielt sich in sehr engen Grenzen. Seit 1987 vervielfachte sich in wenigen Jahren das umweltbezogene Personal der Bank, ab 1993 wurde der Umweltaspekt durch eine eigene *Vice-Presidency* weiter aufgewertet. Damit verbunden ist

eine Integration von Umweltaspekten in die Verfahren – seit 1989 werden Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt – und in das Portfolio der Bank; in letzterem spielen umweltbezogene Projekte und Programme eine zunehmend größere Rolle.

Umwelt-NRO haben eine entscheidende Rolle bei der „Ergrünung“ der Bank gespielt, einer der größten Erfolge der NRO-Bewegung (Wade 1997: 613). Insbesondere US-amerikanische NRO unter der Führung der „National Wildlife Federation“, dem „Environmental Policy Institute“ und dem „National Resources Defence Council“ haben durch ihre Kampagne für die Einrichtung der Umweltabteilung im Jahr 1987 gesorgt (Wade 1997: 656-673). Eckpunkt ihrer Strategie war das Bedürfnis der Bank nach Unterstützung des US-amerikanischen Kongresses für die Ausweitung ihrer finanziellen Ressourcenbasis, insbesondere für die Bekämpfung der Folgen der Verschuldungskrise. Besonders wichtige Ressourcen beim Lobbying der Kongressabgeordneten sowie des US-Finanzministeriums waren die Informationen und die Legitimation, die US-NRO aus ihrer Zusammenarbeit mit lokalen NRO aus jenen Regionen zogen, die besonders von den Umweltauswirkungen der Bankprojekte – insbesondere Staudämme sowie andere Großprojekte wie jenes in Polonoreste in Brasilien – betroffen waren (Wade 1997: 613, 637-653).

Seit Anfang der 1990er Jahre veränderten sich jedoch die Ressourceninterdependenzen, die zum weiteren Ausbau der Umweltorientierung der Bank führten (O'Brien et al. 2000: 128-131). Im Zentrum der Aktivitäten von *Advocacy*-NRO stand nun die Kultivierung von selektiven Beziehungen zwischen einigen in Washington basierten NRO mit den „umweltfreundlichen“ Abteilungen der Bank. Grundlage dieser anhaltenden *Advocacy*-Tätigkeit in Bezug auf die Weltbank waren finanzielle, legitimatorische und analytische Ressourcen. Über finanzielle Ressourcen verfügten die NRO selbst zwar nicht in relevantem Maße, doch konnten sie durch ihr Lobbying beim US-Kongress sowie anderen großen Geldgebern wie Deutschland und Japan indirekt die entsprechende Ressourcenbasis der Bank bedrohen, zumal diese auf regelmäßige Auffüllungen ihrer Soft-Loan-Abteilung IDA (International Development Association) angewiesen ist. Zudem wurde für die Bank auch spätestens anlässlich der Rio-Konferenz 1992 klar, dass die Kombination von Umwelt und Entwicklung auf absehbare Zeit zum „*big business*“ würde, und sie mit einer entsprechenden Schwerpunktsetzung –

insbesondere durch die Trägerschaft der „Global Environmental Facility“ (GEF) – ihren Aufgabenbereich ausweiten könnte; auch hierbei war ein gutes Verhältnis zu Umwelt-NRO unverzichtbar. Ironischerweise ist der Aufstieg der Weltbank zur globalen Wissensbank daher nicht zuletzt den Kampagnen transnationaler NRO und den institutionellen Reaktionen der Bank geschuldet, was insbesondere beim Vergleich zwischen der Weltbank und anderen, solchen Kampagnen weniger ausgesetzten Organisationen wie der Interamerikanischen Entwicklungsbank (Nelson 2000) oder UN-Agenturen wie UNDP und UNICEF deutlich wird (Stiles 1998).

Legitimatorische Ressourcen benötigte die Bank ebenfalls vor allem gegenüber ihren Finanziers, vermittelt durch NRO-Kampagnen in den entsprechenden Ländern. Mit dieser Ressourcenbasis gingen allerdings sehr ungleiche Einflussmöglichkeiten innerhalb der NRO-Gemeinschaft einher. Mitte der 1990er Jahre hatte keine einzige Süd-NRO ein Büro in Washington und damit einen mit den genannten NRO auch nur ansatzweise vergleichbaren Zugang zur Bank. Das Resultat: „If the Washington-based partner is not interested, then Southern issues are not taken up“ (O’Brien et al. 2000: 130). Eine weitere Filterfunktion wird hier von den MitarbeiterInnen der Bank ausgeübt, die nur dann bereit sind, mit *Advocacy*-NRO zu interagieren, wenn diese bereits ein hohes Maß an analytischen Ressourcen akkumuliert haben. Der Stab ist kaum bereit, Umweltfragen mit NRO zu diskutieren, wenn diese nicht über Kenntnisse verfügen, die der Bank fehlen und generell bereit sind, die Maßstäbe einer „globalen Wissensbank“ zu erfüllen.

Die Bereitschaft von BankmitarbeiterInnen, den NRO Informationen sowie Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung der Bank zu geben, variiert auch stark nach deren intraorganisatorischer Verankerung. Insbesondere die *Advocacy*-Abteilungen innerhalb der Bank sind in hohem Maße auf die Ressourcen von NRO angewiesen. Ohne die von den NRO bereitgestellten Informationen und Konzepte, aber auch ohne den von diesen ausgeübten externen Druck wären diese Abteilungen innerhalb der intraorganisatorisch sehr kompetitiven Weltbank schnell marginalisiert. Hier arbeiten *Advocacy*-NRO und *Advocacy*-Abteilungen innerhalb der Weltbank eng zusammen, um die projektführenden *Operations*-Abteilungen von ihren Anliegen zu überzeugen. In diesen Abteilungen ist ihr Einfluss bisher nur begrenzt, insbesondere aufgrund der Organisationskultur der Bank, die auf schnelles Austeilen von Darlehen ausgerichtet ist (Wade 1997:

614). Allerdings werden die transnationalen NRO im Bemühen um einen intensivierten Zugriff auf die Routineaufgaben der Bank nicht nur durch die bankinternen *Advocacy*-Abteilungen unterstützt, sondern auch durch die – ebenfalls auf Grund von NRO-Kampagnen, nicht nur im Umweltbereich – generell erhöhte Transparenz der Bank seit Mitte der 1990er Jahre. Zu den Verbesserungen gehören unter anderem die Einrichtung des „Inspection Panel“ und die ebenfalls 1994 beschlossene „Public Disclosure Policy“.

Vergleichsstudien über NRO-Kampagnen zu einzelnen Weltbankvorhaben (Fox/Brown 1998a) zeigen aber, dass die erfolgreiche Beeinflussung von organisatorischen *policies* nicht zwingend gleichzusetzen ist mit der Beeinflussung aller Projekte der entsprechenden Organisation – nicht einmal jener Projekte, die den entsprechenden Protest ursprünglich ausgelöst hatten (Fox/Brown 1998c: 485). Als zentrale Erfolgsdeterminante identifizieren Fox/Brown (1998b: 4) in ihrer breit angelegten Vergleichsstudie ebenfalls die Existenz von Koalitionen zwischen transnationalen NRO und Reformkräften in der Bank, etwa bei der Verhinderung eines Weltbankdarlehens für den Arun III-Staudamm in Nepal.

Deutlich wird in jedem Fall, dass die Weltbank keine monolithische Organisation darstellt. In Bezug auf transnationale Umwelt-NRO bedeutet dies, dass es sowohl Fraktionen der Bank gibt, die den Anliegen der NRO sehr skeptisch gegenüberstehen, als auch Fraktionen, die NRO geradezu enthusiastisch unterstützen. Auffälligstes Ergebnis dieses knappen Abrisses von 20 Jahren Weltbank-NRO-Geschichte ist daher der enge Zusammenhang zwischen der Herausbildung von *Advocacy*-Abteilungen innerhalb der Bank und der Relevanz transnationaler *Advocacy*-NRO: „The story of the World Bank and the environmental movement is one of increasing linkages between the Bank and environmental NGOs, and the appearance that NGO pressure was successful in changing Bank policies and priorities“ (O’Brien et al. 2000: 133). Die Bank kontert die Entwicklung der transnationalen NRO mit der Einrichtung von einschlägigen *Advocacy*-Abteilungen. Diese Abteilungen sind jedoch im Gegenzug für ihren Erfolg auf eine enge Zusammenarbeit mit den transnationalen NRO angewiesen, insbesondere auf deren Unterstützung durch Informationen, Konzepte und politische Legitimität und räumen diesen weiteren Einfluss auf die Ausrichtung der Bank ein. Diese spezielle Form der internationalen Institutionalisierung wird in einzelnen Fällen von einer stärkeren Ressourceninterdependenz abgelöst,

insofern den NRO hier institutionalisierte Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Bekanntestes Beispiel dieser Form institutioneller Interdependenz ist die GEF.

Der Vorschlag zur Entwicklung einer „Global Environmental Facility“ selbst stammt von transnationalen NRO, auch bei der weiteren Entwicklung spielten sie eine prominente Rolle (Young 1999: 244-247). Um Forderungen anlässlich der Rio-Konferenz zuvorzukommen, war sie ursprünglich 1990 von europäischen Regierungen als Trustfonds innerhalb der Weltbank angelegt worden. Nachdem diese Vorgehensweise auf und nach der Rio-Konferenz von NRO wie auch von Regierungen des Südens massiv kritisiert wurde (Reed 1993), ist die GEF nach Ablauf ihrer Pilotphase 1994 grundlegend restrukturiert worden. Obgleich sie auch weiterhin noch innerhalb der Weltbank operierte, waren nun doch neben der Bank auch UNDP und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) als *Implementing Agencies* zuständig. Gleichzeitig wurden die Mitwirkungsrechte der NRO grundlegend erweitert. NRO dürfen nun an den regelmäßigen Sitzungen des *Governing Council* der GEF teilnehmen und haben dort Rederecht; TeilnehmerInnen aus Nehmerländern werden die Reisekosten von der GEF finanziert. Die GEF-Prozeduren sehen vor, dass NRO zu generellen GEF-Fragen, jedoch auch zu den einzelnen Projekten anzuhören sind. NRO dürfen selbst Projektvorschläge einbringen, die zu einem großen Teil auch finanziert werden (Payne 1997: 13f; Young 1999: 252).

Die Arbeitsweise der GEF ist nun in hohem Maße von den Ressourcen der NRO abhängig. Neben den formellen Mitwirkungsrechten unterstützen NRO die GEF auch in hohem Maße mit ihren Legitimationsressourcen. So wurde die zweite Auffüllung der GEF 1998 im US-Kongress nicht zuletzt durch die Unterstützung von siebzehn großen NRO sichergestellt. Auch hängt die Arbeit der GEF zunehmend von den analytischen Ressourcen der NRO ab – viele MitarbeiterInnen des GEF-Sekretariats entstammen NRO. Die zunehmend anspruchsvollen GEF-Richtlinien führen dazu, dass die Implementierungsagenturen entsprechende NRO-Unterstützung wertschätzen (Young 1999: 251).

Insgesamt ist die GEF die bisher am weitesten fortgeschrittene Form der Institutionalisierung der Kooperation zwischen der Weltbank und NRO, auch wenn Letzteren formelle Mitentscheidungsrechte nach wie vor verwehrt werden. Die ohnehin bereits ausgeprägten Ressourcenabhängig-

keiten zwischen Umwelt-NRO und den für diese Thematik in der Bank zuständigen Gruppen ist durch die Formalisierung von Mitwirkungsrechten nochmals intensiviert worden. Allerdings ist diese enge Form der Zusammenarbeit nicht ohne Kritik geblieben; die mit der GEF eng zusammenarbeitenden NRO wurden bereits mehrfach der Kooptation durch die Bank bezichtigt, auch die Zusammensetzung der NRO-Repräsentation bei der GEF ist mangels allgemein akzeptierter demokratischer Standards für eine entsprechende Auswahl kontrovers (Young 1999: 251-253, 256).

3. Politiktyp: Transnationale NRO und die beiden Bretton-Woods-Organisationen

Ein Vergleich der Relevanz transnationaler NRO bei Weltbank und IWF zeigt deutliche Unterschiede zwischen diesen beiden eng verwandten Organisationen. Die Weltbank kooperiert – wie bereits demonstriert – auf vielfältige Art und Weise mit diesen Organisationen, während sich der IWF relativ erfolgreich abschottet. Dieser Gegensatz lässt sich durch die unterschiedliche Wahrnehmung des durch die NRO-Anliegen thematisierten Politiktyps erklären: Während dieser bei der Weltbank im Bereich der distributiven Politik liegt, dominiert in Bezug auf die Arbeit des IWF eine redistributive Politikwahrnehmung, die für eine *Advocacy*-Tätigkeit gesellschaftlicher AkteurInnen wenig Raum lässt. Die Differenzierung von Politiktypen geht auf Lowi (1972) zurück. Hier ist davon auszugehen, dass eindeutig redistributive Politik eher nach einer formalen, politisierten Logik stattfindet, während der Anreiz zur informellen Netzwerkbildung vor allem bei distributiver Politik gegeben ist. Wenn es also um die grenzüberschreitende Umverteilung von Mitteln geht, bei der die finanziellen Auswirkungen transparent und eindeutig, Gewinner und Verlierer in einem (zumindest latenten) Verteilungskonflikt zwischen Staaten klar identifizierbar sind, spielen transnationale Netzwerke eine untergeordnete Rolle, da die beteiligten Regierungen nicht bereit sind, dritten Akteuren eine Mitentscheidungsmöglichkeit über die entsprechenden Zahlungsströme einzuräumen. Wenn jedoch die Verteilungswirkung bzw. der Verteilungskonflikt nicht so klar ist und wenn es eher um die „sachgerechte“ Verwendung eines gegebenen Finanzbeitrages geht, dann ist die Herausbildung eines transnatio-

nalen Politiknetzwerkes möglich. Unterstützt wird die transnationale Logik distributiver *policies* (wie zum Beispiel Entwicklungsprojekten) insbesondere von der Notwendigkeit, für deren erfolgreiche Implementierung dauerhafte Politiknetzwerke zwischen Geldgebern und Adressaten (gesellschaftliche Gruppen in Empfängerländern und die mit diesen kooperierenden NRO in Geberländern) herauszubilden, bei denen Letztere ihre Informationen und ihre Legitimation gegen die Finanzmittel der Ersteren eintauschen.

Wenn auch bei der Weltbank die Relevanz von NRO nach Politikfeld deutlich variiert, ergibt sich gegen Ende der 1990er Jahre doch insgesamt ein relativ dichtes Netz von Weltbank-NRO-Beziehungen. Die Kooperation zwischen IWF und NRO ist in allen diesen Politikfeldern schwächer ausgeprägt. Dabei ist das Spektrum an transnationalen NRO, die in den letzten Dekaden – insbesondere seit den 1980er Jahren – versucht haben, Einfluss auf den IWF auszuüben, ähnlich breit wie bei der Weltbank. Um diese Ziele zu erreichen, wendeten die NRO ähnliche Taktiken an wie bei der Weltbank, agierten also sowohl über direktes Lobbying beim Fonds, als auch indirekt über verschiedene Regierungen, andere internationale Organisationen oder die Öffentlichkeit, mit eher inkrementaler oder radikaler Ausrichtung. Ähnlich wie bei der Weltbank verfügen die NRO auch beim IWF zumindest in begrenztem Maße über Ressourcen, auf die jener angewiesen ist, insofern das Management des IWF sich zunehmend davon überzeugt zeigte, dass seine ökonomischen Liberalisierungsmaßnahmen leichter umsetzbar sind, wenn sie von zumindest symbolischen Gesten in Richtung Gewerkschaften oder NRO begleitet werden. Zudem kann auch die Ausweitung der finanziellen Basis des IWF durch solche Gruppierungen kompliziert werden. Insbesondere bei Beiträgen zur „Enhanced Structural Adjustment Facility“ (ESAF) des IWF waren entsprechende NRO-Kampagnen erfolgreich und blockierten zumindest vorübergehend entsprechende Beiträge der USA (Scholte 1998: 13).

Im Gegensatz zur Weltbank fällt es jedoch ausgesprochen schwer, einen konkreten Einfluss eines Ressourcentausches zwischen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und einer transnationalen NRO auf die Entscheidungsfindung des IWF nachzuweisen. Zwar hat sich der IWF in den 1990er Jahren bei einer Reihe von Themen auf die Anliegen der NRO hinbewegt, doch ist es nur in sehr engen Grenzen möglich, hier einen kausalen

Einfluss zugunsten der NRO nachzuweisen (O'Brien et al. 2000: 177, 204). Zu den Veränderungen gehören geringfügige Modifikationen der IWF-Konditionalitäten in Bezug auf ihre sozialen, ökologischen und *governance*-orientierten Auswirkungen, ein gemeinsam mit der Weltbank aufgelegtes Entschuldungsprogramm („Highly Indebted Poor Countries“ – HIPC) und eine größere Sensibilität für die politischen Dimensionen der Fondsprogramme (O'Brien et al. 2000: 177-189). Im Gegensatz zur Weltbank hat der IWF jedoch keine internen *Advocacy*-Abteilungen für die verschiedenen NRO-Anliegen eingerichtet – die entsprechenden Maßnahmen des Fonds beschränken sich im Regelfall auf die zeitweise Bearbeitung der genannten Themen durch einzelne MitarbeiterInnen seines „Fiscal Affairs Department“. Die wichtigsten Erfolge erzielten die transnationalen NRO in den 1990er Jahren im Bereich der Transparenz und der öffentlichen Zugänglichkeit des Fonds. Inzwischen sind wesentlich mehr Informationen über IWF-Aktivitäten erhältlich als früher, im Jahr 1996 machte der IWF erstmals der Öffentlichkeit ein grobes Organigramm zugänglich, seit 1997 dürfen BesucherInnen des IWF eine Liste mit dessen MitarbeiterInnen einsehen – eigentlich selbstverständliche Schritte, an denen man ermesen kann, wie „hermetisch“ abgeschlossen der Fonds zuvor gewesen war. Insgesamt halten sich diese Politikänderungen also in sehr engen Grenzen. Nach wie vor sind die Ressourcen, die der Fonds für Öffentlichkeitsarbeit aufwendet, denkbar gering; 1998 waren weniger als 0,5 Prozent des Personals in seiner „Public Affairs Division“ beschäftigt (Scholte 1998: 37). An der grundsätzlichen Ausrichtung der Fondsprogramme hat sich auch in den 1990er Jahren nichts geändert. Ein typisches Resümee ziehen O'Brien et al. (2000: 179) für den Umweltbereich: „In short, the Fund has responded to pressure from environmental NGOs (and in particular the large environmentalist lobby in Washington) by acknowledging the existence of links between economic policy and ecological change. However, this recognition has not, to date, translated into a major reformulation of IMF [International Monetary Fund, A.N.] prescriptions.“

Verglichen mit der Weltbank ist der IWF trotz aller Öffnungen während der 1990er Jahre immer noch eine ausgesprochen „geschlossene“ Organisation. Dieser Unterschied zeigt sich in einer ganzen Reihe von Aspekten, unter anderem an der größeren inhaltlichen Pluralität des Weltbankpersonals, an der Personalfluktuaton zwischen Bank und NRO, im Vergleich zu

IWF-Karrieren, die im Regelfall im Haus bleiben, und am Managementstil des IWF, der viel stärker von straffer zentraler Führung und Disziplin geprägt ist.

O'Brien et al. (2000: 213-216) machen für diese Unterschiede im wesentlichen drei Faktoren verantwortlich, „*subject matter*“, „*organizational structure*“ und „*vulnerability to social movement action*“. Diese Faktoren lassen sich jedoch alle auf die unterschiedlich perzipierten Politiktypen zurückführen. „*Subject matter*“ knüpft in diesem Zusammenhang insofern unmittelbar an die Differenzierung zwischen distributiver und redistributiver Politik an, als hier bei der Weltbank und ihrer (distributiven) Entwicklungsaufgabe ein starker Anreiz zur Einbeziehung von Informations- und Legitimationsressourcen der Zielbevölkerung besteht, um diese Aufgabe erfolgreich zu bearbeiten. Insbesondere die Einrichtung von *Alternative-Cultures-Abteilungen*, die sich weniger mit dem dominanten Effizienzkriterium der neoklassischen Ökonomie beschäftigen als vielmehr mit Besonderheiten einzelner Zielgruppen und Themen (Frauen, Umwelt etc.) – erleichtern den NRO die Bildung von „Brückenköpfen“ innerhalb der Sekretariate, zumal diese Abteilungen auf die Fachkenntnisse und die politische Unterstützung durch die NRO angewiesen sind. Schließlich ist die Weltbank als Entwicklungsagentur in doppelter Weise gegenüber sozialen Bewegungen verwundbar – so können nicht nur die von ihr finanzierten Projekte durch diese Bewegungen beeinträchtigt werden, sondern sie muss ihre distributive Politik auch regelmäßig gegenüber ihren Geldgebern – insbesondere dem US-Kongress – rechtfertigen und ist auch hier auf die Legitimationsressourcen der transnationalen NRO angewiesen. Auch der IWF benötigt zwar gelegentlich Finanzierungsentscheidungen durch den US-Kongress und andere Legislativen. Dies tritt jedoch wesentlich seltener ein als die regelmäßigen Auffüllungen der Mittel der zur Weltbankgruppe gehörigen IDA, die einen wesentlichen Ansatzpunkt für erfolgreichen NRO-Kampagnen ausmachen (Fox/Brown 1998b: 5-8).

Das IWF-Politikfeld der Finanzen neigt nicht nur traditionell zu einer Kultur der Abgeschlossenheit gegenüber AußenseiterInnen, sondern erfordert zu seiner Bearbeitung auch in viel geringerem Maße die Kooperation mit breiten Bevölkerungsgruppen: „Negotiations over debt repayment take place with the elites of countries, not with those who bear the brunt of repayment“ (O'Brien et al. 2000: 215). Gerade die massiven Umverteilungs-

wirkungen vieler IWF-Auflagen führen dazu, dass die Regierungen und ihre Kooperationspartner im IWF-Sekretariat die entsprechenden Verhandlungen möglichst weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit führen. Auch wenn es gute praktische Gründe gibt, warum die Aufgabenstellung des Fonds eine relativ restriktive Vorgehensweise erfordert, zum Beispiel hinsichtlich der potentiell destabilisierenden Wirkung mancher länderbezogener Informationen auf die Finanzmärkte, geht die restriktive Informationspolitik des Fonds jedoch weit über solche Notwendigkeiten hinaus (Scholte 1998: 43). Eine solche Vertraulichkeitskultur steht jedoch dem Interesse an und der Notwendigkeit von Transparenz auf Seiten der NRO und anderer gesellschaftlicher Gruppen diametral entgegen. Dieser Aufgabenstellung folgt die Organisationsstruktur des IWF, die wesentlich geschlossener ist und keine Abteilungen zur Kooperation mit bestimmten sozialen Gruppen – und damit Einfallstore für transnationale NRO – vorsieht.

Im Vergleich der Organisationsstrukturen von Weltbank und IWF kann schließlich auch von einer gewissen „Pfadabhängigkeit“ der NRO-Einflussnahme gesprochen werden. Indem es den NRO zu einem relativ frühen Zeitpunkt gelang, ihre Anliegen zumindest an der Peripherie der Arbeitsweise der Weltbank zu verankern, führte die Etablierung entsprechender *Advocacy*-Abteilungen zu einer sich selbst verstärkenden Logik. Die Tatsache, dass diese Weltbankabteilungen auf die Ressourcen der NRO angewiesen sind, führt dazu, das Einflusspotential dieser Organisationen weiter zu erhöhen. Gleichzeitig höhlen sie zumindest ansatzweise die strenge Logik der neoklassischen Wirtschaftstheorie aus und erlauben so einen gewissen Spielraum für alternative Ansätze. Zudem führen Erfolge bei der Einflussnahme auf die Weltbank durch *Advocacy*-NRO auch dazu, diese *Advocacy* für andere NRO interessant zu machen. Dementsprechend verwenden *Advocacy*-NRO inzwischen ganz erhebliche Ressourcen auf die Weltbank und haben in diesem Bereich ein hohes Volumen von (Verfahrens-) Kompetenz akkumuliert. Der IWF hingegen versuchte, jede Öffnung gegenüber transnationalen *Advocacy*-NRO über eine lange Zeit zu vermeiden. Auch die Einrichtung von *Advocacy*-Abteilungen wurde abgeblockt, so dass die Kohärenz des neoklassischen Ansatzes sehr ausgeprägt blieb. Diese Vorgehensweise führte dazu, dass die Kampagnen für eine Reform des IWF insbesondere in der Anfangsphase keine Erfolge zeitigten und die NRO, die schließlich gegenüber ihren Geldgebern (Mitglieder, Stif-

tungen) Rechenschaft ablegen müssen, ihre knappen Ressourcen eher auf die Weltbank konzentrierten (O'Brien et al. 2000: 196-200).

4. Schlussfolgerungen

Meine Analyse der Bemühungen transnationaler *Advocacy*-NRO zur Beeinflussung der Bretton-Woods-Zwillinge während der 1990er Jahre hat eine Reihe von Faktoren hervorgehoben, die den Erfolg dieser Bemühungen in eine generelle Perspektive einordnen. Dazu gehört die Organisationsfähigkeit gesellschaftlicher Interessen (am schlagkräftigsten sind moderate Umwelt-NRO aus westlichen Industrieländern), die Existenz institutioneller Brückenköpfe innerhalb des jeweiligen Sekretariats (insbesondere bei gewerkschaftlichen Anliegen kaum gegeben) und der Politiktyp, der in erster Linie distributive Programme (wie die Weltbanktochter IDA) für die Anliegen der NRO empfänglich macht. Insgesamt wird damit die Reichweite transnationaler Netzwerke empfindlich begrenzt.

Ein weiterer Faktor, der den Einfluss transnationaler *Advocacy* stark eingrenzen kann, ist die Disposition der hier vertretenen Anliegen: Ist diese auf eine Korrektur von Entscheidungen in eher peripheren Aspekten der Arbeitsweise eines internationalen Sekretariats begrenzt, fällt es der Organisation leicht, mit NRO einen Tauschvorgang einzugehen. Vertreten die NRO allerdings Positionen, die die Legitimation des Sekretariates grundsätzlich auszuhöhlen drohen, wird ihnen der Zugriff verweigert (Macdonald 1994: 268). Unterstützt wird also die Relevanz transnationaler *Advocacy*-NRO bei einer relativ hohen inhaltlichen Übereinstimmung mit der entsprechenden internationalen Institution. Bei vielen Anliegen steht daher die Kompatibilität mit der neoklassischen Grundausrichtung der multilateralen Entwicklungsagenturen im Vordergrund – Anliegen, die grundlegend mit einer weiteren Liberalisierung kollidieren, haben eine geringe Chance auf erfolgreiche Vertretung durch transnationale *Advocacy*.

Diese Befunde haben eindeutige Implikationen für die inhaltliche Ausrichtung von Netzwerken um die Weltbank, insbesondere auch solche von Think-Tanks, wie sie beispielsweise im „Global Development Network“ (GDN) zusammengefasst werden, aber auch sonst ein wichtiges Element transnationaler Politiknetzwerke abgeben (Plehwe 2007). Aus der hier

vorgestellten Perspektive kann Think-Tanks in solchen Netzwerken durch die mit ihren Forschungskapazitäten verbundenen analytischen Ressourcen eine wichtige Rolle zuwachsen. Auch diese Perspektiven sind allerdings mit engen Grenzen konfrontiert, insbesondere in ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Nur dann, wenn die analytischen und legitimatorischen Ressourcen der Think-Tanks auf eine entsprechende Abhängigkeit auf Seiten der Weltbank stoßen, und nur dann, wenn sie nicht zu weit von deren Ausrichtung abweichen, besteht die Chance auf einen Zugang zu dieser „globalen Wissensbank“. Forschungswissen allein sichert noch lange keinen automatischen Zugang zu transnationalen Politiknetzwerken.

1 Für wertvolle Hinweise zur Überarbeitung von früheren Versionen des Manuskripts danke ich den zwei anonymen GutachterInnen des JEP sowie Karin Fischer und Dieter Plehwe, für effiziente Forschungsunterstützung Max Breuer und Christian Möller.

Literatur

- Bayne, Nicholas (1998): International Economic Organizations. More Policy Making, Less Authority. In: Reinalda, Bob/Verbeek, Bertjan (Hg.): *Autonomous Policy Making by International Organizations*. London: Routledge, 195-210.
- Bräutigam, Deborah A./Segarra, Monique (2007): Difficult Partnerships. The World Bank, States, and NGOs. In: *Latin American Politics & Society* 49 (4), 149-181.
- Fox, Jonathan A./Brown, L. David (Hg., 1998a): *The Struggle for Accountability. The World Bank, NGOs, and Grassroots Movements*. Cambridge, MA.: MIT Press.
- Fox, Jonathan A./Brown, L. David (1998b): Introduction. In: Fox, Jonathan A./Brown, L. David (Hg.): *The Struggle for Accountability. The World Bank, NGOs, and Grassroots Movements*. Cambridge, MA.: MIT Press, 1-48.
- Fox, Jonathan A./Brown, L. David (1998c): Assessing the Impact of NGO Advocacy Campaigns on World Bank Projects and Policies. In: Fox, Jonathan A./Brown, L. David (Hg.): *The Struggle for Accountability. The World Bank, NGOs, and Grassroots Movements*. Cambridge, MA.: MIT Press, 485-552.
- Goldman, Michael (2005): *Imperial Nature. The World Bank and Struggles for Social Justice in the Age of Globalization*. Yale: Yale University Press.
- Kardam, Nüket (1991): *Bringing Women in. Women's Issues in International Development Programs*. Boulder/Col.: Lynne Rienner Publishers.
- Lowi, Theodore J. (1972): Four Systems of Policy, Politics and Choice. In: *Public Administration Review* 32, 298-310.

- Macdonald, Laura (1994): Globalising Civil Society. Interpreting International NGOs in Central America. In: *Millenium* 23 (2), 267-285.
- Nelson, Paul (2000): Whose Civil Society? Whose Governance? Decision-Making and Practice in the New Agenda at the Inter-American Development Bank and the World Bank. In: *Global Governance* 6, 405-431.
- Nölke, Andreas (1995): Geberkoordination für die Länder Afrikas südlich der Sahara. Analyse eines interorganisatorischen Netzwerkes zwischen bi- und multilateralen Entwicklungshilfeagenturen. Baden-Baden: Nomos.
- Nölke, Andreas (2000): Regieren in transnationalen Politiknetzwerken? Kritik postnationaler Governance-Konzepte aus der Perspektive einer transnationalen (Inter-) Organisationssoziologie. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7 (2), 331-358.
- O'Brien, Robert/Goetz, Anne Marie/Scholte, Jan Aart/Williams, Marc (2000): *Contesting Global Governance. Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Payne, Rodger A. (1997): *The Democratization of (Sustainable) Development. Recent Innovations at the World Bank and GEF* (Paper prepared for the Annual Meeting of the International Studies Association, Toronto, 18-23 May).
- Plehwe, Dieter (2007): A Global Knowledge Bank? The World Bank and Bottom Up Efforts to Reinforce Neoliberal Development Perspectives in the Post-Washington Consensus Era. In: *Globalizations* 4 (4), 514-528.
- Reed, David (1993): The Global Environment Facility and Non-Governmental Organizations. In: *American University Journal of International Law & Policy* 9 (1), 191-213.
- Scholte, Jan Aart (1998): Civil Society and the International Monetary Fund. An Underdeveloped Dialogue. Paper prepared for the Annual Meeting of the International Studies Association, Minneapolis, 17-21 March.
- Stiles, Kendall W. (1998): Civil Society Empowerment and Multilateral Donors. International Institutions and New International Norms. In: *Global Governance* 4, 199-216.
- Wade, Robert (1997): Greening the Bank: The Struggle over the Environment, 1970-1995. In: Kapur, Devesh/Lewis, John P./Webb, Richard (Hg.): *The World Bank. Its First Half Century. Vol. 2: Perspectives*. Washington D.C.: Brookings Institution Press, 611-734.
- Young, Zoe (1999): NGOs and the Global Environmental Facility. Friendly Foes? In: Rootes, Christopher (Hg.): *Environmental Movements: Local, National and Global*. London: Frank Cass, 243-267.

Abstracts

Die Führungsrolle der Weltbank in der internationalen Entwicklungsdiskussion beruht seit langem auch auf ihrer Fähigkeit, globale Netzwerke zu weben und damit die Ressourcen vieler AkteurInnen zur Durchsetzung ihrer Entwicklungsstrategien zu bündeln. Gleichzeitig verwandelt diese Führungsrolle die Weltbank in das bevorzugte Angriffsziel transnationaler Netzwerke, die über die Beeinflussung der Weltbank ihre Anliegen nachhaltig in die internationale Entwicklungsagenda einzubringen suchen. Im Brennpunkt des vorliegenden Beitrags stehen die Bemühungen transnationaler Advocacy-Nichtregierungsorganisationen zur Verankerung ihrer Anliegen in den Statuten und Strukturen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Anhand eines Vergleichs der An- und Einbindung von externen AkteurInnen werden die Voraussetzungen für die Einbringung von Interessen in diesen globalen Institutionen herausgearbeitet.

The leading role of the World Bank in debates on international development is also linked to its ability to form global networks and to bundle thereby the resources of various actors. At the same time, this leading role has turned the World Bank into a preferred target for transnational networks. These networks try to further their own interests in international development by influencing the World Bank. The paper focusses on the endeavours of transnational advocacy non-governmental organisations to insert their concerns into the constitution and structures of the World Bank and the International Monetary Fund. By comparing different modes of integration of external actors, the preconditions for inserting interests into these global institutions are revealed.

Andreas Nölke
Institut für Politikwissenschaft
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Robert-Mayer-Straße 5
D-60054 Frankfurt am Main
a.noelke@soz.uni-frankfurt.de

HELMUT WEIDNER

Politisierung der Weltbank am Beispiel des Bergbausektors¹

1. Einleitung

Von 2001 bis 2003 ließ die Weltbank ihre Aktivitäten im extraktiven Sektor (Bergbau, Öl-, Gas- und Kohleförderung) von einem unabhängigen Experten evaluieren.² Die zweijährige Analyse sollte soziale, ökologische, politische und ökonomische Defizite und Wege zu einer nachhaltigen Bergbaupolitik aufzeigen. Das als „Extractive Industries Review“ (EIR) benannte Verfahren löste teils heftige interne und externe Konflikte aus und gab mit den Anstoß zu programmatischen und organisatorisch-personellen Änderungen, die zu einem umfassenden institutionellen Wandel innerhalb der Weltbank führen könnten: So soll etwa die zukünftige Weltbankpolitik ihre Hauptaufgabe der Armutsminderung in Entwicklungsländern mit dem Leitziel einer nachhaltigen Entwicklung verfolgen, gleichzeitig wurden die ExpertInnenstellen hierfür kräftig aufgestockt. Rund sieben Jahre nach Abgabe des Evaluationsberichts ist der Umstellungsprozess immer noch nicht abgeschlossen, gleichwohl haben bislang teils tiefgreifende Änderungen im Hinblick auf das neue Leitziel stattgefunden. Die Kritik an ihren Aktivitäten im extraktiven Sektor (und anderswo) ist seitdem zwar nicht verstummt, hat aber erheblich an Umfang und Schärfe verloren – obwohl die Weltbank „Nachhaltigkeit“ mit einem starken ökonomischen Akzent versieht und insofern auf altem Pfad verbleibt.

Der Bergbausektor gehört zu den entwicklungspolitisch wichtigsten Tätigkeitsfeldern der Weltbank. Zugleich ist Letztere für diesen die wichtigste internationale Organisation, deren Bedeutung weit über die relativ geringen Kreditvergabesummen hinausreicht. So signalisiert Weltbankunterstützung in der Regel anderen Finanzierungsorganisationen eine Solidität

der Projekte und dass auch sonst alles seine gute Ordnung hat (vgl. Pincus/Winter 2002; Nuscheler 2009).

In diesem Beitrag liegt der Fokus auf den Veränderungen innerhalb der Weltbank, die den Bergbausektor, ihren wohl konfliktreichsten Aktivitätsbereich, betreffen. Da diese neben endogenen auch vielfältige exogene Ursachen haben, werden in gebotener Kürze die Kritik und Interventionen mit abgehandelt, die von einer globalen Politisierungsbewegung ausgingen. Diese setzte nicht nur die Weltbank und die Regierungen einiger der wichtigen Mitgliedsländer unter Handlungsdruck, sondern auch etliche der großen Bergbauunternehmen, die schließlich mit einem globalen Nachhaltigkeitsdialog eine Depolitisierungsoffensive starteten.

Der folgende Beitrag fragt am Beispiel der Bergbaupolitik der Weltbank, ob und wieweit öffentliche, überwiegend zivilgesellschaftliche Kritik an Kernpraktiken einer internationalen Organisation zu institutionellem Wandel führt, der über symbolisch-kosmetische Änderungen hinausgeht. Dies geschieht in Anlehnung an das Konzept der Politisierung, das kürzlich theoretisch und empirisch für die Analyse internationaler Organisationen weiterentwickelt worden ist (Zürn et al. 2007; Ecker-Ehrhardt/Zürn 2007; Zürn/Ecker-Ehrhardt 2010). Politisierung meint in diesem Zusammenhang öffentlichen Protest gegen demokratische Defizite der Weltbank, die das Gemeinwohl beeinträchtigende, unfaire sozioökonomische und ökologische Folgen haben.

2. Die Politisierung der Weltbank

Die Politiken der Weltbank sind seit langem prominentes Ziel der Kritik und massiver Proteste zivilgesellschaftlicher Gruppen (Non Governmental Organisation – NGOs): Sie gelten als unsozial, unfair, umweltbelastend, intransparent und undemokratisch. Viele werfen der Weltbank vor, mit ihrer wesentlich neoliberalen Wirtschaftsideologie beeinträchtige sie die sozioökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten von Entwicklungs- und Schwellenländern. Ein Schwerpunkt der Kritik liegt seit langem auf der Rohstoffpolitik der Weltbankgruppe; diese umfasst den extraktiven Sektor: Öl-, Gas-, Kohleförderung und den Bergbau mit seinen vielfältigen Aktivitätsbereichen. Die Weltbank gilt in diesen Bereichen häufig als Helfers-

helfer unsozialer, umweltzerstörender Unternehmen und politisch repressiver Regierungen (zu dieser Kritik an der Weltbank, vgl. unter anderem Goldman 2005).

Seit ihrer Gründung im Jahr 1945 hat die Weltbank phasenweise sehr unterschiedliche strategische Schwerpunkte gesetzt (vgl. Kapur et al. 1997a). In den 1980er Jahren, als sich die gesellschaftliche Kritik am Bergbau verdichtete, hatten soziale Gesichtspunkte einen nachrangigen Stellenwert. Es bestand ein klares Primat der (neoliberalen) ökonomischen Perspektive auf ihr Tätigkeitsfeld, das sich zunehmend auf Aufgaben des Schuldenmanagements einengte. Die betroffenen Entwicklungsländer mussten oft harte Auflagen hinnehmen, die ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Gestaltungsspielraum stark einschränkten (vgl. Kapur 2005; Koeberle et al. 2005). Hinzu kam eine ökologisch unsensible „Modernisierungspolitik“, die den Schwerpunkt auf die Förderung von Großprojekten wie Staudämmen, Straßennetzen, Flughäfen und den Ressourcenabbau legte. Insgesamt verstärkte diese Weltbank-Politik die „Entstaatlichung und Entsoveränisierung“ (Falk 2005: 9) in Schuldnerländern.

Dagegen kam es zu weltweit Aufsehen erregenden Protesten (vgl. Mallaby 2005) einer stark angewachsenen globalen gesellschaftlichen Bewegung, deren kleinster gemeinsamer Nenner die Kritik am neoliberalen Dogma war. Einige Konfliktfälle im Bergbausektor wurden zu anschaulichen Symbolen einer verfehlten Weltbank-Politik und ihrer sozial-ökologisch schädlichen Nebenfolgen. Dazu gehörten die Auseinandersetzungen um das Polonoreste-Projekt im Amazonasgebiet Brasiliens, den Narmada Sardar Sarovar Damm und das Singrauli-Kraftwerksprojekt, beide in Indien, sowie das chinesische Western Poverty Reduction-Projekt, das zu einer Umsiedlung von fast 60.000 chinesischen LandwirtInnen in hauptsächlich von tibetischen und mongolischen NomadInnen bevölkerte Gebiete führte (vgl. Keck/Sikking 1998; Caufield 1997; Wade 1997; Fox 1998, 2002). Verschiedene interne Untersuchungsberichte (etwa „Morse Report“, „Wapenhans Report“) bestätigten weitgehend die zentralen Beschwerden der Protestgruppen; zahlreiche Weltbank-Projekte wurden zudem sehr kritisch, teils sogar als Fehlschläge beurteilt (vgl. Morse/Berger 1992; Wapenhans 1992). Mit der zunehmenden externen und internen Kritik wurden Effektivität und Legitimität der ökonomischen Leitziele immer mehr in Frage gestellt (Marshall 2008; Weaver 2008). Die entscheidende Dynamik gewann der

Veränderungsprozess dann dadurch, dass wichtige Zuwendungsgeber (vor allem der US-Kongress) die Bank unter Druck setzten, ihre Agenda um die Berücksichtigung von Menschen- und Demokratierechten und ökologischen Belangen zu erweitern (siehe Kjær 2006: 179; Nielson et al. 2006; Nielson/Tierney 2003; Mallaby 2005).

Zu den ersten institutionellen Reaktionen gehörten die Einrichtung einer Beschwerdestelle (*Inspection Panel*) sowie verstärkte Kooperationsangebote an NGOs (vgl. World Bank 2005: 17). Die Aufgabe des *Inspection Panel* besteht in der Untersuchung von Beschwerden, die sich gegen Projekte der Weltbank richten. Schon der erste Beschwerdefall ließ die Bank ihre Finanzierungsabsicht hinsichtlich eines Großprojekts (Arun) im Himalaya aufgeben, da hierdurch offensichtlich die bankeigenen Umweltschutzrichtlinien verletzt worden wären (vgl. Fox 2002; Rich 2002). Der Trend zu Kooperation wurde durch den in den 1990er Jahren erneut einsetzenden binnenorganisatorischen „Paradigmenwechsel“ unterstützt, im Zuge dessen soziale und ökologische Faktoren für die Geschäftspolitik der Weltbank erhebliches Gewicht gewonnen haben (vgl. Park 2005; Nielson et al. 2006; Marshall 2008).

In diesem Beitrag geht es um die Politisierung der Bergbaupolitik der Weltbank. Diese ist nur richtig zu verstehen, wenn sie vor dem Hintergrund der allgemeinen institutionellen Herausforderungen und Entwicklungen analysiert wird, die mit ihr interagieren. Eine breitere Sicht auf die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Politikfeldern und -diskursen begrenzt die Gefahr einer eindimensionalen Einflussanalyse, die beispielsweise zu einer Überschätzung der Rolle von speziellen Politisierungsakteuren führen könnte (vgl. Gerring 2007). Die im Folgenden kurz beschriebene Aktivität der Bergbaulobby (vgl. Weidner 2003) steht exemplarisch für solche Wechselwirkungen: Hinter die von dieser Lobby selbst konsentierten Handlungsstandards für eine nachhaltige Bergbaupolitik konnte die Weltbank wohl kaum zurückfallen. Insofern handelt es sich für sie um ein wichtiges „Ausgangsdatum“ bezüglich ihrer Reaktionen auf den Politisierungsprozess. In diesem Sinne ist es wichtig festzuhalten, dass schon vor Beginn des systematischen internen Evaluationsprozesses zur Bergbaupolitik – der im folgenden Kapitel beschrieben wird – soziale und politisch-institutionelle, später dann auch ökologische Faktoren im Diskurs der Weltbank an Gewicht gewonnen hatten (vgl. Pincus/Winters 2002;

Einhorn 2006; World Bank 2006). Im weiteren Verlauf stellte die Weltbank die Leitziele des nachhaltigen Wachstums und der Armutsbekämpfung ins Zentrum ihrer Programmatik (vgl. Vetterlein 2007: 517f; Babai 2001: 917; Weaver 2008). Das neue Leitbild war von organisatorischen Neuerungen begleitet, wie etwa die Pflicht, bei Weltbank-Projekten eine systematische Sozialverträglichkeitsanalyse durchzuführen (vgl. Vetterlein 2007: 525). Besonders der binneninstitutionellen Aufwertung und Stärkung der Gruppe der Weltbank-SozialwissenschaftlerInnen durch Neueinstellungen wird eine weitere Dynamisierung des Reformprozesses zugeschrieben (vgl. Clark 2002: 124; Vetterlein 2007). Und schließlich profitierten Reformbemühungen davon, dass mit James Wolfensohn ein ausgesprochen reformdynamischer und kommunikationsorientierter Präsident ins Amt gekommen war (vgl. Pincus/Winters 2002).

Die Weltbank war jedoch nicht die einzige große internationale Organisation, die den Weg einer an Nachhaltigkeitskriterien orientierten Entwicklungspolitik beschritt. Andere gingen diesen Weg ebenfalls, zum Beispiel das UNDP mit seinem „Human Development Approach“. Dieser übergreifende „Diffusionstrend“ des Nachhaltigkeitsparadigmas hat vermutlich einen dynamisierenden Einfluss auf die Reorientierungs- und Reorganisationsmaßnahmen in den einschlägigen internationalen Organisationen gehabt.

Die zunehmende Öffnung der Weltbank für zivilgesellschaftliche Argumente und Akteure führte zu einer *relativen* Schwächung von „Wirtschaftsinteressen“ im Weltbank-Entscheidungsprozess (vgl. Park 2007). Dies betraf vor allem Wirtschaftszweige, die nach „modernen“ sozialen, ökologischen und demokratisch-politischen Kriterien negativ bewertet wurden. InteressenvertreterInnen des Bergbausektors hatten deshalb plausiblen Grund zur Annahme, dass im Vergleich zu früheren Zeiten die Aktivitäten und Effekte der Bergbauunternehmen alsbald nicht nur von umwelt- und entwicklungspolitischen Gruppen, sondern auch von staatlichen Akteuren und insbesondere von der Weltbank selbst kritisch beobachtet und beurteilt werden könnten.³ Einflussreiche RepräsentantInnen großer multinationaler Unternehmen sahen ein gesteigertes Risiko, dass Großkonflikte um Bergbauaktivitäten nunmehr nicht nur zu Einzelfallentscheidungen internationaler Organisationen führen, sondern auch sektorale generelle Regulierungsinitiativen der Weltbank nach sich ziehen könnten, wie dies schon im Fall von großen Staudammprojekten geschehen war (World Commission on Dams 2000).

Um der Gefahr einer regulativen „Fremdsteuerung“ zu begegnen und gleichzeitig ihre sehr schlechte Reputation und ihr ebenso schlechtes Verhältnis zu zivilgesellschaftlichen Gruppen zu verbessern, starteten etliche der weltweit größten Bergbauunternehmen im Jahr 2000 einen zweijährigen globalen Nachhaltigkeitsdialog („Mining, Minerals and Sustainable Development“, im Folgenden MMSD-Projekt). Im Kern ging es darum, den wirksamer werdenden gesellschaftlichen Widerstand gegen Bergbauprojekte zu reduzieren, gewissermaßen eine „social license“ (MMSD 2002) für Bergbauaktivitäten zu bekommen – und hierdurch das Risiko regulativer Interventionen von internationalen Organisationen zu vermindern: Insofern handelte es sich um eine Depolitisierungsstrategie. Es war meines Wissens der aufwändigste handlungsorientierte Nachhaltigkeitsdialog, der je in einem Industriesektor stattgefunden hat. Das spiegeln auch die Kosten von etwa zehn Millionen US-Dollar wider. Er sollte alle für den Sektor wichtigen Akteure (Stakeholder) in einen kritischen Dialog einbeziehen, der Hinweise auf einen gangbaren Nachhaltigkeitspfad liefern sollte. Diese anspruchsvollen Ziele wurden nicht erreicht, doch wurde im Dialog eine umfassende und teils sehr kritische Analyse erarbeitet („Breaking New Grounds“, MMSD 2002), die auch Wege zur nachhaltigen Gestaltung des Sektors aufzeigt und als Grundlage einer Nachhaltigkeitsselbstverpflichtung („Toronto Declaration“) diente. Das vielleicht wichtigste Ziel, durch partizipative „Selbstregulierung“ die Weltbank oder andere internationale Organisationen von eigenen umfassenden kritischen Analysen und entsprechenden Regulierungsvorschlägen abzuhalten, wurde allerdings nicht erreicht. Für die Verfahrensbeteiligten kam die Entscheidung der Weltbankspitze, eine eigene umfassende und kritische Analyse des Bergbausektors durchführen zu lassen, offensichtlich völlig überraschend, umso mehr noch, weil an dem Bergbau-Dialogverfahren auch MitarbeiterInnen der Weltbank beteiligt waren. Mit Bezug auf den Analysefokus dieses Beitrags (Politisierung der Weltbank) kann hieraus folgende Schlussfolgerung gezogen werden: Die Depolitisierungsstrategie der Bergbauunternehmen war fehlgeschlagen, weil die (gesellschaftliche) Politisierung der Weltbank durch ein breites Bündnis von (umwelt-, sozial-, bergbau- und menschenrechtspolitischen) NGOs und gewerkschaftlichen Organisationen gelungen war.

3. Extractive Industries Review (EIR): Zur kritischen Analyse der Bergbausektorpolitik der Weltbank

Die Einrichtung eines hochrangig besetzten unabhängigen Begutachtungsausschusses zur Evaluation der Weltbank-Aktivitäten im Bergbausektor (inklusive Kohle-, Gas- und Ölförderung) ist ein Effekt des oben beschriebenen langjährigen, konfliktreichen allgemeinen globalisierungskritischen Politisierungsprozesses. Bezogen auf die Wahrnehmungen im Bergbauunternehmenssektor ist von großem Interesse, dass der Untersuchungsausschuss das Ergebnis eines Versprechens ist, das der relativ neu im Amt befindliche Weltbank-Präsident Wolfensohn bei der gemeinsam mit dem Weltwährungsfonds bestrittenen Jahrestagung in Prag im Juni 2000 VertreterInnen von NGOs vermutlich spontan gegeben hatte. NGO-VertreterInnen (insbesondere von Friends of the Earth) hatten den Weltbank-Präsidenten auf dieser Tagung argumentativ unter Druck gesetzt: Sie konfrontierten seine Ausführungen zur neuen sozial verantwortlichen Weltbank-Politik mit widersprüchlichen Entwicklungen im Bergbausektor und den diesbezüglichen Verstrickungen der Weltbank (Goldman 2005). Wolfensohn sagte daraufhin eine unabhängige Überprüfung zu. Ein Jahr später, im September 2001, wurde die Extractive Industries Review (EIR) offiziell gestartet. Dies war bis dato der größte Politisierungseffekt, den Bergbau- und Weltbank-Kritiker auf der Policy-Ebene der Weltbank erzielt hatten. Auf jeden Fall war es ein von den einschlägigen Akteursgruppen mit großer Spannung beobachtetes, sehr aufwändiges Verfahren, das mit dem umfassenden (mehrbändigen) Endbericht vom November 2003 noch nicht beendet war: Bis zum heutigen Tage gibt es periodisch Folge- und Implementierungsberichte mit Bezug auf die EIR, wie etwa „Implementation of the Management Response to Extractive Industries Review“ vom Januar 2009.

Nach einer Darstellung der wichtigsten Verfahrenselemente und Ereignisse im Rahmen des Überprüfungsverfahrens (EIR) werden im Folgenden die Ergebnisse herausgearbeitet, die als „Politisierungseffekte“ erster Ordnung (oder in der Politikanalyse als Output) bezeichnet werden können, da sie sich weitgehend auf der Programmebene niederschlagen. Politisierungseffekte erster Ordnung betreffen in der Terminologie der Policy-Analyse die Output-Dimension, also Programmatiken, Regelungen, organisatorische Änderungen; als Politisierungseffekte zweiter Ordnung sollen

hingegen die Outcome- und Impact-Dimensionen bezeichnet werden, also etwa reale Änderungen des Problemfelds (*issue*) und Verhaltensänderungen bei den Akteuren. Zu letzteren kann – da die Verfahrensumsetzung (*implementation*) noch läuft – nichts Abschließendes gesagt werden.

3.1 Merkmale und Ablauf des EIR-Prozesses

Im Juni 2001 wurde bekannt gegeben, dass Dr. Emil Salim als „herausragende“ (*eminent*) Person das Verfahren in weitgehender Eigenregie leiten würde. Salim war unter anderem Umweltminister in Indonesien gewesen und wurde später zum Vorsitzenden der 2002 anstehenden UN-Nachhaltigkeitskonferenz in Johannesburg ernannt; ein Experte für die extraktive Industrie war er keineswegs. Der Auswahlprozess sowie überhaupt der „Formierungsprozess“ des EIR-Verfahrens blieb in wesentlichen Aspekten bis heute ungeklärt. Fraglich ist unter anderem, wie und von wem die zentralen Rahmenbedingungen festgelegt wurden, und wie der Entscheidungsprozess in der Weltbank ablief. Ebenso ungeklärt ist die Frage, wie die Beziehung zu dem seit rund einem Jahr laufenden MMSD-Dialog des Bergbausektors konzipiert war (zur offiziellen Beschreibung der Organisation und zur Durchführung des Verfahrens, vgl. World Bank 2003: 2ff).

Das Review-Verfahren lief bis Ende 2003, am 14. Januar 2004 wurde der EIR-Endbericht an Weltbank-Präsident Wolfensohn übergeben. Das Gesamtbudget für das Verfahren lag bei etwas über drei Millionen US-Dollar, also rund sieben Millionen US-Dollar unter dem Budget des Bergbau-Nachhaltigkeitsdialogs. Salim wurde von einem Sekretariat mit acht MitarbeiterInnen unterstützt, das anfänglich in Washington, D.C., und zwar in der zur Weltbank-Gruppe gehörenden International Finance Corporation angesiedelt gewesen war. Wegen starker Kritik von NGOs – sie befürchteten hierdurch eine „Gängelung“ des Teams durch die Weltbank – wurde das Sekretariat im Februar 2002 nach Jakarta verlagert. Heftige Kritik führte zu einer weiteren wichtigen Änderung. Ursprünglich hieß es in den „Terms of Reference“, die Weltbank „believes that [extractive industries] make a positive contribution to sustainable development and poverty reduction“. Dies wurde geändert zu: „[Q]uestions have been raised about how and whether such industries can make a positive contribution to sustainable development and poverty reduction“, um deutlich zu machen, dass die

Weltbank keinerlei Einfluss auf die Ergebnisse der Untersuchung nehmen wolle (Bretton Woods Project 2002: 1).

Das Verfahren selbst wurde nach Vorgaben der Weltbank ausdrücklich als ein „Konsultations-“ und nicht als ein „Konsensverfahren“ gestaltet. Diese Entscheidung wird im Wesentlichen darauf zurückgeführt, dass zentrale Weltbank-Mitglieder mit der als Konsensverfahren organisierten Überprüfung der Großstaudammprojekte der Weltbank (World Commission on Dams) und den daraus resultierenden kritischen Ergebnissen höchst unzufrieden gewesen waren (vgl. Environmental Defense Fund 2004; Goldman 2005). Möglicherweise – und wie sich zeigte fälschlicherweise – versprach man sich durch ein auf eine zentrale Person zugeschnittenes Verfahren einen geringeren Einfluss von gesellschaftlichen Gruppen und eine bessere Kontrolle des Verfahrensablaufs.

Salim und MitarbeiterInnen konsultierten im Verlauf von zwei Jahren eine Vielzahl von Stakeholdern aus verschiedenen Bereichen: Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Regierungen und Wissenschaft. Sie ließen zudem Analysen zu den sozialen und armutsbezogenen Auswirkungen der extraktiven Industrie durchführen. Aus dem Kreis der zivilgesellschaftlichen Gruppen kam im Verlauf des Konsultationsprozesses nur selten Kritik am Verfahren oder an der inhaltlichen Arbeit. Einige Bergbauunternehmen und ihr Dachverband ICMM hingegen äußerten informell scharfe Kritik an der vermeintlichen Bevorzugung von NGOs im Verfahren.⁴ Man wird auf Basis der Informationslage zumindest annehmen können, dass NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure intensives Gehör bei Salim und seinen MitarbeiterInnen gefunden haben.

Der im Januar 2004 vorgelegte Endbericht „Extractive Industries Review Final Report: Striking a Better Balance“ (vgl. Worldbank 2003, 2004a) wurde von NGOs im Großen und Ganzen gutgeheißen, von Seiten der betroffenen Industrie hingegen als einseitig kritisiert. Innerhalb der Weltbank erzeugte er einen Eklat. Intern wurde scharfe Kritik an zentralen Aussagen des Berichts geäußert, besonders der empfohlene Ausstieg aus der Förderung von Öl- und Kohleprojekten wurde abgelehnt. Auch gingen den KritikerInnen in der Regel die Vorschläge zur Demokratisierung und Transparenzerhöhung der Entscheidungsverfahren viel zu weit. Die offizielle – und die interne Kritik nahezu völlig ausklammernde – Stellungnahme der Weltbank erfolgte erst im September 2004, vermutlich wegen der vorange-

henden aufwändigen Konsultation von Personen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie Gesprächen mit Weltbank-Anteilseignern (Regierungen). In ihrer Stellungnahme („World Bank Group Management Response“ vom 17. September 2004) heißt die Weltbank den Bericht ausdrücklich „willkommen“ und gibt an, mit der Mehrzahl der Empfehlungen übereinzustimmen. Zustimmend werden zwei Kernbotschaften des Berichts hervorgehoben:

- „Extractive industries can contribute to sustainable development, when projects are implemented well and preserve the rights of affected people, and if the benefits they generate are well-used;
- There is a continuing role for the Bank Group in supporting EI [Extractive Industries] provided its involvement supports poverty reduction and sustainable development” (World Bank 2004b: iii).

Weiterhin wird unterstrichen: Zukünftige Weltbank-Investitionen „in extractive industries will be selective, with greater focus on the needs of poor people, and a stronger emphasis on good governance and on promoting environmentally and socially sustainable development”. Ferner qualifiziert die Weltbank die Umsetzung von Empfehlungen als einen Lernprozess unter Einbeziehung von Stakeholdern: „We will continue to maintain a dialogue with stakeholders on the issues, to learn as we go and to refine our approach in the light of experience and outcome“ (ebd.: iv).

3.2 Zentrale Empfehlungen des EIR-Berichts

Die oftmals weitreichenden, im Vergleich zur bisherigen Praxis der Weltbank teils radikalen Empfehlungen des EIR-Berichts betreffen sechs Themenbereiche, die von Governancefragen über Politiken zugunsten der Armen, der Menschenrechte und indigener Völker bis zu Reorganisationsmaßnahmen innerhalb der Weltbank reichen (für einen vollständigen Überblick siehe IFC 2004). Der Bericht hebt grundlegende institutionelle Defizite der Weltbank hervor und empfiehlt tiefgreifende Reformen:

- Die Weltbank müsse gezielte Schritte unternehmen, um die eigentlich wichtigen institutionellen Prioritäten – nämlich Armutsbekämpfung, effektive Sozial- und Umweltpolitiken, Schutz der Menschenrechte – mit ihren wirtschaftlichen Zielen in eine neue Balance zu bringen.
- Da die Weltbank hinsichtlich ihrer MitarbeiterInnenstruktur und Budgetverteilung offensichtlich nicht in gleichem Maße den sozialen und ökolo-

gischen Aspekten einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sei wie den ökonomischen, müsse sie die fachliche Personalstruktur ändern, das heißt insbesondere mehr ExpertInnen für soziale, umwelt- und menschenrechtsbezogene Aspekte von Entwicklungspolitik beschäftigen und für diese Bereiche auch das Budget aufstocken (vgl. World Bank 2003: xii).

Obwohl es von einigen NGOs Kritik an einzelnen Punkten des EIR-Berichts gab, kann man insgesamt feststellen, dass der von Emil Salim verantwortete Bericht die zentralen Forderungen zivilgesellschaftlicher Gruppen gegenüber dem Bergbausektor aufgegriffen und in seinen Empfehlungen weitgehend in ihrem Sinne beantwortet hat. Weltweit löste der Bericht bei NGOs, Länderparlamenten (einschließlich des EU-Parlaments) und sonstigen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft (etwa CERES) überwiegend positive Reaktionen und unterstützende Stellungnahmen aus (vgl. DTE 2004). Die Reorganisationsvorschläge des Berichts laufen im Grunde auf eine sozial-ökologische Transformation der bis dato ökonomisch-technokratisch geprägten Organisations- und Managementkultur hinaus. Dennoch fiel die (offizielle) Reaktion des Weltbank-Managements unerwartet moderat, in einigen Fragen sogar überraschend zustimmend aus, wie im Folgenden gezeigt werden wird.

3.3 Reaktionen der Weltbank auf den Überprüfungsbericht

Schon im Vorfeld der offiziellen Reaktion der Weltbank auf den EIR-Report hatten führende Weltbank-MitarbeiterInnen die Empfehlung abgelehnt, die Förderung der Kohle- und Ölindustrie einzustellen, auch mit dem Argument, dadurch (positive) Einflussmöglichkeiten auf diese Industrien aus der Hand zu geben. Die empfohlene intensive Förderung von erneuerbaren Energien fand hingegen große Zustimmung. Vehement abgelehnt wurde die Forderung, nur noch solche Projekte zu unterstützen, denen direkt Betroffene vorab unbeeinflusst und auf adäquater Informationsbasis zugestimmt hätten (*informed consent*). Hierin wurde eine Allzweckwaffe für BergbaukritikerInnen gesehen, mit der nahezu alle größeren Vorhaben blockiert oder verhindert werden könnten.

Stattdessen kündigt die Weltbankleitung an, zukünftige Projekte strengerem sozial-ökologischen Selektionskriterien zu unterwerfen, und hierbei besonders die Bedürfnisse der Armen zu berücksichtigen. Nach dem Prinzip „The communities should benefit from projects that affect

them“ sollen in Kooperation mit Stakeholdergruppen Indikatoren erarbeitet werden, die den Beitrag der Projekte zur Armutsbekämpfung deutlich und umfassend aufzeigen. Hierzu hatte bereits eine Zusammenarbeit mit der zivilgesellschaftlichen Global Reporting Initiative (GRI) begonnen. Größerer Nachdruck soll auch auf *good governance* und überhaupt auf die Förderung von „nachhaltiger Entwicklung“ – im Sinne einer vernünftigen Balance von ökologischen, ökonomischen und sozialen Erfordernissen – gelegt werden. Die Anwendung der Kriterien der zivilgesellschaftlichen „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI) soll die Transparenz der Finanzmittel- und Ertragsverwendung erhöhen (zu EITI, siehe Bracking 2009; Ölcer 2009). Es wird betont, dass es sich bei der Umsetzung der Vorschläge des EIR-Berichts um erste Schritte in einem langfristigen Lern- und Reorganisationsprozess handle, der im Dialog mit Stakeholdern stattfinden werde (World Bank 2004a: iii).

Grundsätzlich wird dem Prinzip zugestimmt, dass es (etwa zum Schutz von Biodiversität) so genannte *No-go-Areas* für neue Industrieinvestitionen geben sollte. Bezogen auf das extrem strittige Thema eines Vetorechts von örtlich Betroffenen verpflichtet sich die Weltbank-Gruppe, sich nur noch an solchen Projekten der extraktiven Industrie zu beteiligen, die von der Mehrheit der betroffenen Bevölkerung unterstützt werden. In diesem Zusammenhang soll auch die bisherige, vielfach kritisierte Politik der Weltbank-Institutionen gegenüber indigenen Völkern revidiert werden.

Der angekündigte Reorganisationsprozess wird durch eine regelmäßig tagende unabhängige, aber von der Weltbank benannte Beratergruppe (in Multi-Stakeholder-Besetzung) begleitet, die Beratungsergebnisse werden veröffentlicht. (Dieser Prozess ist gegenwärtig, im März 2010, noch im Gang.)

3.4 Programmatisch-organisatorische Maßnahmen der Weltbank und Politisierungseffekte

Die Weltbank hat seit Veröffentlichung des EIR-Berichts etliche Umsetzungsmaßnahmen eingeleitet. Hierüber berichtet sie seit 2005 alljährlich in einem öffentlich zugänglichen Bericht („Implementation of the Management Response to Extractive Industries Review“). Allerdings sind die Berichte sehr allgemein gehalten, sodass eine kritische Beurteilung der Maßnahmen und ihrer Effekte „auf Aktengrundlage“ kaum möglich erscheint. Generell

ist zu beachten, dass es im Folgenden um eine Analyse der sogenannten Output-Dimension institutionellen Handelns geht, also im Wesentlichen um programmatische und innerorganisatorische Maßnahmen, deren „ziel-führende“ Realeffekte noch nachgewiesen werden müssen. Gleichwohl lässt auch eine Output-Analyse erste kritische Einschätzungen der möglichen Realeffekte institutioneller Politiken zu (vgl. Howlett/Ramesh 2003)

Eine erste Durchsicht der Berichte und Protokolle über die eingeleiteten Maßnahmen sowie die Konstruktion des Verfahrens selber als ein öffentlich-transparenter und von einer Multi-Stakeholder-Gruppe begleiteter Prozess lassen zumindest die Schlussfolgerung zu, dass es sich *nicht* überwiegend um Scheinaktivitäten oder symbolische Maßnahmen handelt. Mit wenigen (aber wichtigen) Ausnahmen werden zudem die Hauptkritikpunkte zivilgesellschaftlicher Gruppen durch Maßnahmen auf programmatischer und organisatorischer Ebene berücksichtigt (vgl. Lawrence/Reich 2006). Inwieweit das schließlich den Problembereich zielführend verändern wird, ist eine Frage der Beurteilung des *outcome* bzw. *impact* der in diesem Beitrag vorwiegend behandelten Output-Dimension. Die Output-Analyse lässt auf einen relativ *starken gesellschaftlichen Politisierungseffekt* schließen: Die modifizierten Prüfungs- und Entscheidungsverfahren zu Projekten im Bereich der Rohstoffindustrien berücksichtigen in viel stärkerem Maße als zuvor Prinzipien und Standards des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung (vgl. Liebenthal et al. 2005). Die Entscheidungsverfahren sind zudem transparenter geworden, und von den durchgeführten organisatorisch-personellen Änderungen, insbesondere vom starken Ausbau der sozial-ökologischen Expertise innerhalb und in den Regionalvertretungen der Weltbank könnte man erwarten, dass hierdurch soziale und ökologische Aspekte gegenüber ökonomischen Gesichtspunkten relativ an Gewicht gewinnen (vgl. Kelly 2005; Theobald 2002; Nielson et al. 2006). Für Letzteres spricht nicht zuletzt, dass die Weltbank schon seit einigen Jahren darauf hingearbeitet hatte, „Nachhaltigkeit“ zu einem zentralen Element ihres erneuerten Markenzeichens zu machen (vgl. Babai 2001: 917; Einhorn 2001: 31; Kelly 2005: 134; Nielson/Tierney 2003; Park 2005, 2007).

Gleichwohl gemahnen vielfältige Erfahrungen mit Widersprüchen zwischen Programm- (*output*) und Implementierungsebene (*outcome*) in anderen Politikbereichen – etwa Umweltpolitik (vgl. Knoepfel 2007) – zu einer vorsichtigen Interpretation der Realergebnisse des institutionellen

Wandels von internationalen Großorganisationen – und dementsprechend auch des gesellschaftlichen Politisierungseffekts. Der öffentliche Druck auf die Weltbank hat zwar erheblich nachgelassen, dies muss aber kein Zeichen für gleichfalls erhebliche Politisierungserfolge *in der Sache* sein. Im abschließenden Kapitel wird unter Berücksichtigung der angesprochenen Ambivalenzen und Ambiguitäten, die bei der Analyse von multifaktoriellen Prozessen in komplexen („Multitask“-)Großorganisationen unweigerlich auftreten, und unter Rückgriff auf Forschungsergebnisse zu anderen Aufgabenbereichen diskutiert, wieweit es in der Bergbaupolitik der Weltbank Politisierungseffekte gegeben hat.

4. Fazit: Periphere Politisierung

Aufgrund der bisherigen Maßnahmen auf der programmatischen Ebene sowie bezüglich der Organisations- und Entscheidungsstruktur lässt sich sagen, dass durch neue Prioritätensetzungen, verbunden mit einem qualifizierten personellen Kapazitätsausbau (Stärkung sozialwissenschaftlicher bzw. sozialer und ökologischer Expertise) und der Setzung relativ anspruchsvoller „sozial-ökologischer“ Projektförderungs- und Evaluationskriterien die (nicht nur) zivilgesellschaftliche Kritik an der Weltbank-Politik im Bergbaubereich in erheblichem Maße berücksichtigt worden ist. Im Vergleich zur früheren Situation werden in den Entscheidungsprozessen der Weltbank nunmehr erheblich stärker sozial-ökologische und demokratiebezogene Gesichtspunkte reflektiert, gleichwohl blieb die ökonomische Sichtweise weiterhin dominant (vgl. Weaver 2008; Liebenthal et al. 2005).

Es wird in der Literatur und von beteiligten AkteurInnen aller Organisationen in aller Regel anerkannt, dass es zu einer so weit reichenden „organisationellen Zielverschiebung“ (Merton 1968:41) ohne den starken öffentlichen Druck von zivilgesellschaftlichen Gruppen nicht gekommen wäre. Die gesellschaftliche Politisierung der Bergbaupolitik der Weltbankgruppe hätte aber vermutlich nicht so schnelle, starke und über den Bergbausektor hinausreichende Effekte gezeitigt, wenn es nicht verschiedene begünstigende Faktoren und seit längerem laufende Entwicklungen innerhalb und außerhalb der Weltbank gegeben hätte:

- Schon in den 1980er Jahren kam eine breite, weit über die Bergbaupolitik hinausreichende Kritik an der Weltbankgruppe und anderen internationalen Organisationen auf, überwiegend in Form einer anti-neoliberalen Globalisierungskritik. Diese Bewegung hatte bereits selbstkritische Veränderungsprozesse in der Weltbank in Gang gesetzt und verschaffte den internen KritikerInnen zusätzlich öffentliches Gehör (vgl. Gehring/Kerler 2007; Kelly 2005; Kapur et al. 1997a, 1997b). Sie hatte auch ein globales Netzwerk aufgebaut, das die Vernetzung der BergbaukritikerInnen erleichterte.
- Einige einflussreiche Weltbank-Mitgliedsländer (etwa USA, Deutschland) waren zunehmend aufgeschlossener für die kritischen Argumente der NGOs, sozialpolitischen Organisationen und Gewerkschaften geworden, insbesondere was ökologische und soziale Fragen anbetraf. Sie setzten die Führungsgremien der Organisation entsprechend unter Druck (vgl. Kerler 2007: 140ff; Mallaby 2005). In den USA etwa gewann der Umweltschutz mit dem Präsidentschaftswechsel von Reagan zu Clinton kräftig an Bedeutung und die Kritik des US-Kongresses am mangelnden Umweltschutzinteresse der Weltbank verschärfte sich; in Deutschland mobilisierten die erstarkten Grünen im Bundestag für eine Änderung der Weltbankpolitik. Die UN-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 verschaffte dem Umwelt- und Nachhaltigkeitsgedanken zusätzlich weltweite Aufmerksamkeit (vgl. Nielson/Tierney 2003: 261-265; Wade 1997; Fox/Brown 1998). Von dieser Entwicklung, besonders von den kritischen Interventionen einiger Weltbank-Mitgliedsländer, profitierten die Anti-Bergbau-NGOs beträchtlich.
- Das von der sogenannten Brundtland-Kommission entwickelte Konzept der nachhaltigen Entwicklung (WCED 1987) war trotz der Akzentuierung von sozialen und ökologischen Kriterien zu vage und mehrdeutig, um der Weltbank ausreichend Anknüpfungspunkte zu bieten, auf die zivilgesellschaftliche Kritik mit organisationsübergreifenden Kooperationen sowie organisationsinternen Anpassungsprozessen antworten zu können, ohne eine Fundamentalrevision ihrer Politik vornehmen zu müssen. Das Brundtland'sche Nachhaltigkeitskonzept umfasst nicht nur die Kriterien Ökologie, Soziales und Wirtschaft, sondern ist in starkem Maße ein Konzept zur Förderung der Entwicklungschancen von Dritte-Welt-Ländern (vgl. Langhelle 2000). Insofern war ein entwicklungs-

politisch akzentuiertes Leitkonzept (etwa im Sinne von „nachhaltigem Wachstum“) für die Weltbank kein absoluter „Fremdkörper“, sondern konnte als eine differenzierte Erweiterung bestehender Organisationsziele interpretiert werden. Hinzu kommt, dass nahezu alle weiteren großen internationalen Organisationen das Nachhaltigkeitskonzept prinzipiell positiv aufgegriffen hatten, so beispielsweise verschiedene UN-Institutionen und sogar Organisationen mit überwiegend ökonomischer Zielsetzung wie OECD und Internationale Energiebehörde. Sehr ähnliche Entwicklungen fanden im Unternehmensbereich – selbst im Bergbausektor („globaler Nachhaltigkeitsdialog“) – statt, und in den Regierungsprogrammen zahlreicher Mitgliedsländer der Weltbank wird auf das Nachhaltigkeitskonzept mehr oder weniger prominent verwiesen. Der Anpassungsdruck, den solch ein breiter Diffusionsprozess, der Prinzipale, Klienten und KritikerInnen einbezieht, auf internationale Organisationen ausübt, sollte nicht unterschätzt werden (vgl. Busch/Jörgens 2005). Die 2002 durchgeführte UN-Weltkonferenz zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg verstärkte (schon in ihrem Vorfeld) diese Dynamik.

- Einige öffentliche und private Finanzierungsinstitutionen hatten begonnen, soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien in ihre Risikoanalysen bei der Kreditvergabe aufzunehmen, auch um Risiken aufgrund von Umwelthaftungsfolgen zu mindern. Für in dieser Hinsicht problematische Industrien erschwerte sich dadurch die Kreditaufnahme, einige Bergbauunternehmen wurden sogar aus dem Portefeuille ethisch orientierter Fonds ausgeschlossen (etwa die Rio Tinto Group im Falle des norwegischen staatlichen Pensionsfonds). Diesen Trend konnte die Weltbank bei ihrer Geschäftspolitik nicht ignorieren.
- Wieweit und wie schnell Politisierung institutionellen Wandel auslösen kann, hängt auch von den entsprechenden Fähigkeiten und der Flexibilität der betroffenen Organisation ab, den Prozess des Wandels von seiner Anfangs- bis zu seiner Ergebnisphase aktiv mitzugestalten. Die Weltbank gilt diesbezüglich – etwa im Vergleich zur Welthandelsorganisation und zum Internationalen Währungsfonds – als eine diskursiv nicht nur einflussreiche, sondern auch recht flexible (vgl. Kapur et al. 1997b), manchen gar als eine „scheinheilige“ Organisation (vgl. Weaver 2008; Caufield 1997). Dass in der Weltbank ein außerordentlich großes intellektuelles Potential versammelt ist, ist allgemein anerkannt (vgl. z.B. Pincus/

Winters 2002). Mehr als einmal hat sie den Auftakt zu einem wissenschaftlich und politisch folgenreichen Diskurs gegeben, den sie dann auch im weiteren Verlauf prägte, wie etwa im Fall von *good governance* (vgl. Nuscheler 2009; Stone/Wright 2007). Selbst ihre KritikerInnen müssen oftmals auf Wissensbestände der Weltbank zurückgreifen, wenn sie auf dem neuesten Stand des Wissens und der Diskussion zu entwicklungspolitischen Fragen sein wollen (zur Weltbank als „Knowledge-Bank“, vgl. Plehwe 2007).

Mit Blick auf die Bergbaupolitik zeigt sich zudem, dass der Prozess des institutionellen Wandels innerhalb der Weltbank auch dadurch unterstützt wurde, dass die Bergbauunternehmen selbst einen globalen Nachhaltigkeitsdialog (der hier als Depolitisierungsstrategie qualifiziert wurde) in Gang gesetzt hatten, der ihnen Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung aufzeigen sollte. Die Weltbank wäre vermutlich in Legitimierungsnot geraten, hätte sie ihre überwiegend nach ökonomischen Gesichtspunkten gestaltete Förderpolitik und die hiermit verbundene Rechtfertigungsrhetorik beibehalten, nachdem nahezu alle großen Bergbauunternehmen anscheinend intensiv nach Möglichkeiten gesucht hatten, ihre Unternehmenspolitik nachhaltiger und in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zu gestalten. Darüber hinaus ist der globale Nachhaltigkeitsdialog (MMSD-Projekt) wichtig zur Beurteilung der politischen Dimension des institutionellen Wandels in der Weltbank (vgl. Weidner 2010b): Ihre Neuorientierung gegenüber den extraktiven Industrien fand trotz laufender, sehr intensiver Selbstregulierungsbemühungen der mächtigsten Unternehmen des Bergbausektors statt, die dadurch globale Regulierungen vermeiden wollten. Der gesellschaftliche Politisierungsdrucks war demnach zumindest so stark, dass die Weltbank systematische Eigeninitiative für unvermeidlich hielt, denn theoretisch wäre es ihr auch möglich gewesen, sich in mehr oder weniger intensiver Weise am globalen Nachhaltigkeitsdialog der Bergbauunternehmen zu beteiligen, statt selbst Zentralakteur eines komplizierten Prozesses zu werden, der dem Bergbausektor einen Nachhaltigkeitsrahmen geben soll. Dies zu vermeiden hätte wohl auch im Interesse der traditionell-ökonomischen Fraktion, der einflussreichsten Gruppe innerhalb der Weltbank, gelegen. Sie stand im Übrigen auch den Verfahrensregelungen (und danach den Ergebnissen) des 1997 begonnenen und 2000 abgeschlossenen

globalen partizipativen Dialogs zu Großstaudämmen äußerst ablehnend gegenüber (vgl. Goulet 2005; McCully 2001; Streck 2007).

Insgesamt spricht somit vieles dafür, dass der Prozess der Reformulierung und Reorganisation der Bergbaupolitik innerhalb der Weltbank durch eine breite gesellschaftliche Politisierung angestoßen wurde, die ihre Durchschlagskraft zahlreichen begünstigenden Faktoren und Entwicklungen verdankte. Von Politisierung kann man auch deshalb sprechen, weil der von den PolitisiererInnen kritisierte falsche Schein einer strikt ökonomischen Rationalitäten folgenden und politisch neutralen Förderpolitik von der Weltbank nicht mehr verteidigt wurde. Entsprechend öffnete die Weltbank sich auch begrenzt für NGOs, die sozial- und umweltpolitische Interessen vertreten, ohne sie zugleich als ideelle Gesamtrepräsentanten der globalen Zivilgesellschaft zu betrachten oder ihnen Einfluss auf ihre Entscheidungsprozesse zuzugestehen (vgl. Weaver 2008). An die Stelle der ökonomischen Rationalität trat sozusagen „Nachhaltigkeit“ als zentrales Legitimationskriterium, allerdings in der ökonomisch akzentuierten Variante (vgl. Liebenthal et al. 2005).

Die prinzipielle Vagheit der regulativen Idee „nachhaltige Entwicklung“ führt nicht selten zu *ambivalenten* Politiken, die prioritär ökonomische Ziele verfolgen, aber in der Nachhaltigkeitsrhetorik begründet werden. Das gilt ebenso für etliche andere internationale Organisationen (etwa OECD, WTO), von zahlreichen Unternehmen ganz zu schweigen. Im Fall der Weltbank zeigt sich diese Ambivalenz nicht nur in der Bergbaupolitik, sondern besonders im Klima- und Energiebereich – immerhin das Aushängeschild für eine neue, nachhaltige und soziale Weltbank-Politik. An diesem Beispiel lässt sich gut verdeutlichen, wie schwierig es sein kann, die scheinbar einfachen „empirischen“ Fragen nach Politisierungsfolgen (im Sinne von deutlich vom Trend abweichenden Realeffekten, die maßgeblich durch externen Druck zustande gekommen sind) in *eindeutiger* Weise zu beantworten.

Die Weltbank hatte in Reaktion auf die massive Kritik im Untersuchungsbericht (EIR) an ihrer Kohle- und Ölförderungs politik die Förderung von erneuerbaren Energien und klimaschonenden Maßnahmen zu einem neuen Tätigkeitsschwerpunkt erklärt. Tatsächlich ist seit der Veröffentlichung des Berichts, der sogar den Ausstieg aus dem fossilen Energiesektor empfohlen hatte, scheinbar die Projektförderung für erneuerbare

Energien in rasantem Tempo gestiegen. Eine nähere Analyse zeigt hingegen, dass die Weltbank den Nachhaltigkeitsbegriff oftmals in Richtung konventioneller ökonomischer und entwicklungspolitischer Kriterien überdehnt, um ihre Projektförderung rechtfertigen zu können. So werden Großprojekte gefördert, die nach üblichem Verständnis weder nachhaltig sind noch zum Klimaschutz oder zur Energiesicherheit beitragen, sondern eher gegenteilige Wirkungen haben. Die Förderung von KohlegröÙkraftwerken (etwa Tata Ultra Mega Power Plant Project in Indien oder Eskom-Kraftwerk in Südafrika) ist ein Beispiel hierfür. Gerechtfertigt wird dies meist mit der relativen Emissionsverbesserung, die gegenüber bestehenden Kraftwerken dank Förderung erzielt werde, wobei außer Acht gelassen wird, dass dadurch die absoluten Schadstoffemissionen steigen und über einen langen Zeitraum nicht-nachhaltige Techniken festgeschrieben werden, obgleich nachhaltigere Alternativen vorhanden sind. Auch wurden etliche Weltbankprojekte aus dem Bereich „erneuerbare Energien“, wie zum Beispiel Großstaudämme, wegen ihrer negativen Nachhaltigkeitsbilanz heftig kritisiert (die kritische Literatur hierzu ist inzwischen umfangreich: zur Kritik der NGOs, vgl. www.brettonwoodsproject.org; zu (relativ) kritischen Analysen der Weltbank selbst, vgl. IEG 2008a, 2008b).

Eine an *outcome/impact* und an einem uneingeschränkten Nachhaltigkeitsbegriff orientierte Analyse wird in diesem Fall zum Ergebnis kommen müssen, dass trotz eindrucksvoller Veränderungen auf der programmatischen und binnenorganisatorischen Ebene kein substantieller (Paradigmen-) Wandel stattgefunden hat. Die Politisierung der Weltbank ist offensichtlich irgendwo zwischen programmatischer Ebene und institutionenpolitischem Kernbereich stecken geblieben. Es spricht zudem einiges dafür, das überaus große Engagement der Weltbank im Klima- und Alternativenergiebereich nicht als Reaktion auf die massive Kritik an ihrer Politik im konventionellen Energieressourcenbereich zurückzuführen, auch wenn das aufgrund der starken Koinzidenzen zeitlicher und sachlicher Art zunächst plausibel erscheint. Die treibende Kraft für den dynamischen Einstieg in den neuen Politiksektor war wohl eher institutionelles Expansionsinteresse denn Politisierungsdruck, auch wenn die Weltbank dies als Klimaengagement deklariert und dafür plädiert, die Finanzmittel für die Entwicklungsländer zur Anpassung an den Klimawandel (*Adaption*) erheblich aufzustocken (vgl. World Bank 2009; World Bank/Climate Investment Funds 2009).

Das stark zunehmende Engagement der Weltbank im Klima- und dem damit verbundenen Energiebereich lässt sich plausibel mit drei Gründen erklären: Erstens wird der Klimawandel gerade in den Entwicklungsländern dramatische Folgen haben und sollte deshalb in entwicklungspolitischen Organisationen eine wichtige Rolle spielen. Höhere Kompetenz hierfür besitzen jedoch jene entwicklungs- und umweltpolitischen UN-Organisationen, mit denen die Weltbank nun offensichtlich konkurriert. Diese Konkurrenzsituation im Klima(engagement)markt ist wesentlich komplexer als hier dargestellt werden kann. Es geht dabei auch um unterschiedliche Interessen von Entwicklungs- und Industrieländern, die entweder stärker durch die Weltbank oder durch die UN-Organisationen unterstützt werden (vgl. hierzu United Nations 2009; Marston 2009; Tan 2008). In der Regel unterstützen umwelt- und entwicklungspolitische NGOs die Kompetenzerweiterungen von UN-Organisationen (anstelle der Weltbank), auch weil sie in diesen in aller Regel einflussreicher agieren können.

Das Klimaengagement würde zweitens voraussichtlich zur Verbesserung des Images der Weltbank beitragen (Eintreten für soziale Gerechtigkeit und den Schutz eines globalen Gemeinguts). Und zum Dritten schafft die Globalisierung der Klimapolitik die Aussicht auf einen schier unendlichen Wachstumsmarkt durch die Förderung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, Umwelttechnologien, der Finanzierung von Präventions- und Adaptionsmaßnahmen, dem Management von internationalen Umweltfonds (wie der Global Environmental Facility) und somit die Aussicht auf das Management von vielen Milliarden Euro für all diese Aufgaben, sofern ein globales Emissionshandelssystem eingeführt würde. Es ist jedenfalls offensichtlich, dass die Weltbank darauf hinarbeitet, in diesen Bereichen ihre Position unter den internationalen Organisationen zu festigen und auszubauen: Sie engagiert sich nicht nur auf einschlägigen internationalen Klimakonferenzen zugunsten einer kräftigen Aufstockung der Finanzmittel für Entwicklungsländer (siehe etwa die so genannte Bali- und die Kopenhagen-Konferenz), sondern veröffentlicht auch umfassende Analyseberichte, die die dramatischen, negativen ökonomischen und sozialen Folgen eines ungebremsten Klimawandels besonders für so genannte vulnerable Länder aufzeigen (siehe World Bank/Social Development Department 2009). Gleichzeitig unterstützt die Weltbank aber Projekte, die sozial und ökologisch nach ExpertInnenmeinung schädliche Folgen haben (werden)

und auch von Betroffenen vor Ort kritisiert und abgelehnt werden (als Überblick vgl. IEG 2009; www.brettonwoodsproject.org; Bank Information Center 2006).

Die Politisierung einer der größten und einflussreichsten internationalen Organisationen hat zwar zu teilweise einschneidenden innerinstitutionellen Änderungen und einer neuen (konzilient-kooperativen) Haltung und Rhetorik gegenüber NGOs geführt. Auch haben seitdem bei ihren Bergbauaktivitäten soziale und ökologische Kriterien an Gewicht gewonnen (vgl. Park 2005, 2007; World Bank 2008), und interne Evaluierungs- und Beschwerdeverfahren sind ausgebaut worden. Dennoch ist Grundlegendes, die Kerncharakteristika der Weltbank Betreffendes gleich geblieben. Durch die sozusagen periphere Politisierung hat die Ambivalenz der Weltbank-Aktivitäten zugenommen. Im Grunde fand und findet eine programmatisch-organisatorische Zielverschiebung statt, die die Zentralität der Armutsreduktion – ein altes (zeitweise „vergessenes“) programmatisches Leitziel der Institution – im Hinblick auf die binnenorganisatorische Kapazität stärkt und nun eng und vor allem rhetorisch mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung verbunden wird. Die Umsetzungsmethodik bleibt dagegen weitgehend dieselbe: Federführend sind bei allen zentralen Entscheidungen die WeltbankmitarbeiterInnen, bei verbleibender (aber selten realisierter) Letztentscheidung der „Prinzipale“, also der RegierungsvertreterInnen der (dominierenden Industrie-)Mitgliedsländer. Und es sind weiterhin hauptsächlich ökonomische Kriterien, die den Nachhaltigkeitskurs der Weltbank bestimmen.

¹ Ich danke für die konstruktive Kritik in den drei Gutachten zu diesem Beitrag.

² Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine modifizierte Fassung meines Beitrags „Politisierung als Prozess und Ergebnis: Weltbank, Bergbausektor und Nachhaltigkeit“ (Weidner 2010a).

³ Interviews des Autors im International Council on Mining & Minerals (ICMM) in London 2005 und mit Vertretern von Bergbauunternehmen in Australien 2006 und 2007 sowie Hintergrundgespräche mit Interessenvertretern des Bergbausektors im Rahmen des globalen Nachhaltigkeitsdialogs (MMSD) 2000–2002.

⁴ Interviews, die der Autor mit Beteiligten im Rahmen des globalen Nachhaltigkeitsdialogs (MMSD-Verfahren) zwischen 2000 und 2002 führte.

Literatur

- Babai, Don (2001): World Bank. In: Krieger, Joel (Hg.): *The Oxford Companion to Politics of the World*. Oxford: Oxford University Press, 911-918.
- Bank Information Center (2006): *How the World Bank's energy framework sells the climate and poor people short*. Washington, D.C.: Bank Information Center.
- Bracking, Sarah (2009): *Hiding Conflict over Industry Returns: A Stakeholder Analysis of the Extractive Industries Transparency Initiative*. BWPI Working Paper 91. Manchester: University of Manchester/Brooks World Poverty Institute.
- Bretton Woods Project (2002): *Latest Developments: World Bank Extractive Industries Review*. <http://www.brettonwoodsproject.org/art-16268>, 20.7.2010.
- Busch, Per-Olof/Jørgens, Helge (2008): *The International Sources of Policy Convergence. Explaining the Spread of Environmental Policy Innovations*. In: *Journal of European Public Policy* 12, 860-884.
- Caufield, Catherine (1997): *Masters of Illusion: The World Bank and the Poverty of Nations*. New York: Henry Holt and Co.
- Clark, John D. (2002): *The world bank and civil Society: an evolving experience*. In: Scholte, Jan A./Schnabel, Albrecht (Hg.): *Civil Society and Global Finance*. London/New York: Routledge, 111-127.
- DTE – Down to Earth (2004): *The Extractive Industries Review. Down to Earth IFIs Factsheet Series Nr.35, August 2004*. <http://dte.gn.apc.org/AF35.htm>, 1.8.2009.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias/Zürn, Michael (2007): *Die Politisierung internationaler Institutionen*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20/21, 24-30.
- Einhorn, Jessica (2001): *The World Bank's Mission Creep*. In: *Foreign Affairs* 80 (5), 22-35.
- Einhorn, Jessica (2006): *Reforming the World Bank*. In: *Foreign Affairs* 85 (1), 17-21.
- Environmental Defense Fund (2004): *Extractive Industries Review (EIR) Recommendations to the World Bank. Changes Required to World Bank Lending for Extractive Industries, 16.4.2004*. <http://www.edf.org/article.cfm?contentID=3667>, 15.7.2010.
- Falk, Rainer (2005): *Eine unfreundliche Beziehung. Die Rolle von IWF und Weltbank beim Nation-Building*. In: *Das Parlament* 41, 9-10.
- Fox, Jonathan (1998): *When Does Reform Policy Influence Practice? Lessons from the Bankwide Resettlement Review*. In: Fox, Jonathan/Brown, L. David (Hg.): *The Struggle for Accountability: The World Bank, NGOs and Grassroots Movements*. Cambridge, MA: MIT Press, 303-344.
- Fox, Jonathan (2002): *The World Bank Inspection Panel and the Limits of Accountability*. In: Pincus, Jonathan R./Winters, Jeffrey A. (Hg.): *Reinventing the World Bank*. Ithaca, NY: Cornell University Press, 131-163.
- Fox, Jonathan/Brown, L. David (Hg., 1998): *The Struggle for Accountability: The World Bank, NGOs and Grassroots Movements*. Cambridge, MA: MIT Press.

- Gehring, Thomas/Kerler, Michael A. (2007): Neue Entscheidungsverfahren in der Weltbank. Wie institutionelle Strukturen zu gutem Regieren führen. In: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 14 (2), 217-251.
- Gerring, John (Hg., 2007): *Case Study Research. Principles and Practices*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Goldman, Michael (2005): *Imperial Nature. The World Bank and Struggles for Social Justice in the Age of Globalization*. New Haven/London: Yale University Press.
- Goulet, Denis (2005): *Global Governance – Dam Conflicts and Participation*. In: *Human Rights Quarterly* 27 (3), 881-907.
- Howlett, Michael/Ramesh, M. (2003): *Studying Public Policy*. Toronto: Oxford University Press.
- IEG – Independent Evaluation Group (2008a): *Annual Review of Development Effectiveness 2008. Shared Global Challenges*. Washington, D.C.: World Bank. http://siteresources.worldbank.org/EXT2008ANNREVDEVEFFE/Resources/arde_08.pdf, 3.5.2010.
- IEG – Independent Evaluation Group (2008b): *World Bank Environmental Sustainability: An Evaluation of World Bank Group Support*. Washington, D.C.: World Bank. http://siteresources.worldbank.org/EXTENVIRONMENT/Resources/environ_eval.pdf, 3.5.2010.
- IEG – Independent Evaluation Group (2009): *Annual Review of Development Effectiveness*. Washington, D.C.: World Bank.
- IFC – International Finance Corporation (2004): *Striking a better balance – The World Bank Group and Extractive Industries: The Final Report of the Extractive Industries Review. World Bank Group Management Response*. [http://www.ifc.org/ifcext/eir.nsf/AttachmentsByTitle/FinalMgtResponseExecSum/\\$FILE/final-eirmanagementresponseexecsum.pdf](http://www.ifc.org/ifcext/eir.nsf/AttachmentsByTitle/FinalMgtResponseExecSum/$FILE/final-eirmanagementresponseexecsum.pdf), 1.7.2009.
- Kapur, Devesh (2005): *Conditionality and Its Alternatives*. In: Buirra, Ariel (Hg.): *The IMF and the World Bank at Sixty*. London: Anthem Press, 31-57.
- Kapur, Devesh/Lewis, John P./Webb, Richard (1997a): *The World Bank: Its First Half Century, Bd. 1: History*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press.
- Kapur, Devesh/Lewis, John P./Webb, Richard (1997b): *The World Bank: Its First Half Century, Bd. 2: Perspectives*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press.
- Keck, Margaret E./Sikking, Kathryn (1998): *Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Kelly, Robert E. (2005): *„A lot more than the NGOs seem to think“: The Impact of Non-Governmental Organizations on the Bretton Woods Institutions*. PhD Dissertation. Columbus, OH: Ohio State University.
- Kerler, Michael (2007): *Triggering World Bank Reform: When Member States, NGOs and Learning get Important*. In: Bauer, Michael W./Knill, Christoph (Hg.): *Management Reforms in International Organizations*. Baden-Baden: Nomos, 133-147.
- Kjær, Anne M. (2006): *Governance*. Cambridge: Polity Press.

- Koeberle, Stefan/Nedoya, Harold/Silarsky, Peter/Verheyen, Gero (Hg., 2005): *Conditionality Revisited. Concepts, Experiences, and Lessons*. Washington, D.C.: World Bank.
- Knoepfel, Peter (2007): *Environmental Policy Analysis*. Berlin: Springer.
- Langhelle, Oluf (2000): *Why Ecological Modernisation and Sustainable Development should not be Conflated*. In: *Journal of Environmental Policy & Planning* 2 (4), 303-322.
- Lawrence, Shannon/Reich, Nikki (2006): *The World Bank Group, the Extractive Industries Review (EIR) and Governance: Evaluation of the Bank Group's implementation of its commitments*. New York/Washington, D.C.: Environmental Defense Fund/Bank Information Center.
- Liebenthal, Andrés/Michelitsch, Roland/Tarazona, Ethel (2005): *Extractive Industries and Sustainable Development. An Evaluation of the World Bank Group Experience*. Washington, D.C.: World Bank.
- Mallaby, Sebastian (2005): *The World's Banker. A Story of Failed States, Financial Crises, and the Wealth and Poverty of Nations*. New Haven/London: Yale University Press.
- Marshall, Katherine (2008): *The World Bank: From reconstruction to development to equity*. London/New York: Routledge.
- Marston, Ama (2009): *Jockeying for position over World Bank's role as climate talks near*. <http://brettonwoodsproject.org/art.shtml?x=565335>, 11.1.2010.
- McCully, Patrick (2001): *The Use of a Trilateral Network: An Activist's Perspective on the Formation of the World Commission on Dams*. In: *American University International Law Review* 16, 1453-1475.
- Merton, Robert K. (1968): *Social theory and Social Structure*. New York: Free Press.
- MMSD – Mining, Minerals, and Sustainable Development Project (2002): *Breaking New Ground. Mining, Minerals, and Sustainable Development. The Report of the MMSD Project*. London/Sterling, VA: Earthscan.
- Morse, Bradford/Berger, Thomas (1992): *Sardar Sarovar: Report of the Independent Review*. Ottawa: Resource Futures International.
- Nielson, Daniel L./Tierney, Michael J./Weaver, Catherine E. (2006): *Bridging the rationalist-constructivist divide: re-engineering the culture of the World Bank*. In: *Journal of International Relations and Development* 9, 107-139.
- Nielson, Daniel L./Tierney, Michael J. (2003): *Delegation to International Organizations: Agency Theory and World Bank Environmental Reform*. In: *International Organization* 57, 241-276.
- Nuscheler, Franz (2009): *Good Governance. Ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung? INEF-Report 96/2009*. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden.
- Ölcer, Dilan (2009): *Extracting the Maximum from the EITI*. OECD-Working Paper No. 276. Paris: OECD.
- Park, Susan (2005): *Norm diffusion within international organizations: a case study of the World Bank*. In: *Journal of International Relations and Development* 8, 111-141.

- Park, Susan (2007): The World Bank Group: Championing Sustainable Development Norms? In: *Global Governance* 13, 535-556.
- Pincus, Jonathan R./Winters, Jeffrey A. (Hg., 2002): *Reinventing the World Bank*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Plehwe, Dieter (2007): A Global Knowledge Bank? The World Bank and Bottom-up Efforts to Reinforce Neoliberal Development Perspectives in the Post-Washington Consensus Era. In: *Globalizations* 4 (4), 514-528.
- Rich, Bruce (2002): The World Bank under James Wolfensohn. In: Pincus, Jonathan R./Winters, Jeffrey A. (Hg.): *Reinventing the World Bank*. Ithaca/London: Cornell University Press, 26-53.
- Stone, Diane L./Wright, Christopher (Hg., 2007): *The World Bank and Governance. A Decade of Reform and Reaction*. Abingdon, UK: Routledge.
- Streck, Charlotte (2002): Global Public Networks as Coalitions for Change. In: Esty, Daniel C./Ivanova, Maria H. (Hg.): *Global Environmental Governance. Options & Opportunities*. New Haven: Yale School Studies, 128-143.
- Tan, Celine (2008): No Additionality, New Conditionality: A Critique of the World Bank's Proposed Climate Investment Funds. TWN Briefing Paper No.5. Bangkok: TWN. <http://www.twinside.org.sg/bangkok.briefings.htm>, 3.5.2010.
- Theobald, Christian (2002): Governance in der Perzeption der Weltbank. In: König, Klaus/Adam, Markus/Speer, Benedikt/Theobald, Christian (Hg.): *Governance als entwicklungs- und transformationspolitisches Konzept*. Berlin: Duncker & Humblot, 54-127.
- United Nations (2009): *World Economic and Social Survey 2009. Promoting Development, Saving the Planet*. New York: United Nations. <http://www.un.org/esa/policy/wess/wess2009files/wess09/wess2009.pdf>, 3.5.2010.
- Vetterlein, Antje (2007): Economic Growth, Poverty Reduction, and the Role of Social Policies: The Evolution of the World Bank's Social Development Approach. In: *Global Governance* 13, 513-533.
- Wade, Robert Hunter (1997): *Greening the Bank: The Struggle over the Environment, 1970-1995*. In: Kapur, Devesh/Lewis, John P./Webb, Richard (Hg.): *The World Bank: Its First Half Century*, Bd. 2. Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 611-734.
- Wapenhans, Willi (1992): *Report of the Portfolio Management Task Force*. Washington, D.C.: World Bank.
- Weaver, Catherine (2008): *Hypocrisy Trap. The World Bank and the Poverty of Reform*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Weidner, Helmut (2003): Nachhaltigkeitskooperation: Vom Staatspessimismus zur Zivilgesellschaftseuphorie? In: Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter/Daele, Wolfgang van den/Kocka, Jürgen (Hg.): *Zivilgesellschaft – national und transnational*. WZB-Jahrbuch 2003. Berlin: edition sigma, 383-409.
- Weidner, Helmut (2010a): Politisierung als Prozess und Ergebnis: Weltbank, Bergbausektor und Nachhaltigkeit“. In: Zürn, Michael/Ecker-Ehrhardt, Matthias

- (Hg.): Gesellschaftliche Politisierung und internationale Institutionen. Frankfurt am Main: Suhrkamp (im Erscheinen).
- Weidner, Helmut (2010b): Weltbank, Bergbausektor und Nachhaltigkeit. Zur Dialektik von Politisierung und Depolitisierung. WZB discussion paper. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (im Erscheinen).
- World Bank (2003): Extractive Industries Review Reports – Striking a Better Balance, Bd. III. Washington, D.C.: World Bank. <http://go.worldbank.org/TIVB5JCV61>, 1.10.2009.
- World Bank (2004a): Striking a Better Balance – The World Bank Group and Extractive Industries: The Final Report of the Extractive Industries Review. World Bank Group Management Response. Washington, D.C.: World Bank.
- World Bank (2004b): Chairman's Summary, August 3. Washington, D.C.: World Bank.
- World Bank (2005): Issues and Options for Improving Engagement Between the World Bank and Civil Society Organizations. Washington, D.C.: World Bank.
- World Bank (2006): Protecting and Improving the Global Commons. 15 Years of the World Bank Group Environment Facility Program. Washington, D.C.: World Bank Group.
- World Bank (2008): Environmental Sustainability: An Evaluation of World Bank Group Support. Washington, D.C.: World Bank.
- World Bank (2009): Development and Climate Change. Washington, D.C.: World Bank.
- World Bank/Climate Investment Funds (2009): Building Partnerships for Climate Protection. Washington, D.C.: World Bank.
- World Bank/Social Development Department (2009): Social Dimensions of Climate Change. Washington, D.C.: World Bank.
- World Commission on Dams (2000): Dams and Development. A New Framework for Decision-Making. The Report of the World Commission on Dams, November 2000. London/Sterling, VA: Earthscan.
- Zürn, Michael/Ecker-Ehrhardt, Matthias (Hg., 2010): Gesellschaftliche Politisierung und internationale Institutionen. Frankfurt am Main: Suhrkamp (i. E.).
- Zürn, Michael/Binder, Martin/Ecker-Ehrhardt, Matthias/Radtke, Katrin (2007): Politische Ordnung wider Willen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 14 (1), 129-164.

Abstracts

Sowohl die Weltbank als auch zahlreiche große Bergbauunternehmen reagierten auf den Druck einer globalen Protestbewegung seit den 1980er Jahren mit teils so weitgehenden industriellen und programmatischen Maßnahmen, dass von einem erfolgreichen Politisierungsprozess gesprochen werden kann. Sieht man indessen auf die hierdurch erzielten, einer nachhaltigen Entwicklung dienenden realen institutionellen Effekte in diesem Bereich im Sinne von *outcome* und *impact*, dann relativiert sich der Politisierungserfolg erheblich.

In response to pressure from a global protest movement since the 1980s, the World Bank, as well as numerous large mining companies, took technical and programmatic measures that, in part, were so far-reaching that it seems justifiable to speak of a successful politicisation process. However, considering what has been achieved in terms of actual outcomes and impacts in the problem area, the success of that politicisation is far from considerable.

Helmut Weidner
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
weidner@wzb.eu

Philip Mirowski/Dieter Plehwe (Hg., 2009): The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective. *Cambridge, MA/London: Harvard University Press, 469 Seiten, 55,- US-Dollar.*

Wie werden Ideen, Konzepte, Sichtweisen auf die Welt, die Gesellschaft, die Wirtschaft verbreitet und durchgesetzt? Wie sind jene Konzepte, die sich seit den 1930er Jahren als „neoliberal“ bezeichneten, hegemonial geworden? Welche Wege der Verbreitung haben sie genommen? Konkret: Welche Personen waren führend bei ihrer Etablierung, welche personalen Netzwerke lassen sich rekonstruieren? Dieses anspruchsvolle Projekt, das man eine durch Netzwerkanalysen erneuerte Ideengeschichte nennen könnte, hat sich der vorliegende Sammelband zur Aufgabe gemacht. Der Neoliberalismus wird als transnationale, also die Grenzen des Nationalstaats überschreitende und unterlaufende Gedankenströmung vorgestellt und als organisierte transdisziplinäre Bewegung, im Sinne von: unmittelbar politikanwendungsorientiert, eine Bewegung, die Forschung und Politikberatung zusammen bringt.

Der Band ist in drei Abschnitte gegliedert: Im ersten Teil werden Entwicklungslinien des „Neoliberalismus“ in Frankreich, Deutschland, Großbritannien und den USA dargestellt, im zweiten wird auf Kristallisationspunkte und zentrale Konfliktfelder „neoliberalen“ anwendungsorientierten Denkens fokussiert – nämlich Entwicklungsökonomie, Gewerkschaften und Monopolbildungen. Im dritten Teil geht es um Beispiele von Anwendungen: die internationale „Gegenrevolution in der Entwicklungsökonomie“, das chilenische „Wirtschaftswunder“ der Militärdiktatur, und die von Hernando de Soto inspirierte Legalisierung von Landtiteln in Peru, die sich als Armutsbekämpfungsprogramm verstand.

In der Einleitung gibt Dieter Plehwe eine Genealogie des Begriffs „Neoliberalismus“, der heute weitgehend konturlos verwendet wird. Plehwe und die Beiträge der ersten Sektion des Sammelbands versuchen, ordoliberalen von radikalliberalen Strömungen zu differenzieren, also solche, die Institutionen und Regulierungsmechanismen des Markts bestehen lassen wollen, und solche, für die sich der Staat aus der Marktwirtschaft heraushalten soll.

In einem eigenen Beitrag weist Plehwe die Entstehung eines „neoliberalen“ konzeptuellen Kraftfelds zur Entwicklungsökonomie schon in den 1950er Jahren nach und korrigiert damit gängige Auffassungen, die die „neoliberale Revolution“ gegen Planung und Staatsintervention auf diesem Gebiet auf den Beginn der 1980er Jahre datieren. Ein Wortführer der Kritik an zentraler staatlicher Planung und staatlicher „Entwicklungshilfe“, Peter Bauer, war Mitglied der *Mont Pèlerin Society*. In ihrer Entstehungszeit war diese Kritik marginal. Das war eine Zeit, in der in Europa im Gefolge von Wirtschaftskrise und Kriegswirtschaft ein starker Staat in der Wirtschaft *Common Sense* war, die Planwirtschaften sowjetischen Stils hohe Wachstumsraten aufwiesen und planwirtschaftliche Entwicklung die Zukunft der Staaten der „Dritten Welt“ schien. Die frühe Kritik Bauers an einer lähmenden Entwicklungsbürokratie und einer Fehlallokation von Entwicklungsmitteln an Staatsstrukturen, die damit vorrangig ihre Hypertrophie finanzieren und ausweiten, zeigt die potenzielle Attraktivität dieser Denkströmung in ihrer oppositionellen Phase.

Die Implementierung „neoliberaler“ Wirtschaftsgrundsätze auf dem Experimentierfeld Chile untersucht Karin Fischer im dritten Teil anhand der Karrieren von ProtagonistInnen dieses großen transdisziplinären Umsetzungsunternehmens. Hier konnte während der Militärdiktatur abgeschirmt von „verzerrenden“ Einflüssen aus der Gesellschaft ein radikaler Umbau der Wirtschaft umgesetzt werden. Jennifer Bairs Beitrag zum „neoliberalen“ Angriff auf das Projekt einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ Mitte der 1970er Jahre auf der Ebene der UN-Organisationen ist von Kurzbiographien von ProtagonistInnen dieser Gegenbewegung geprägt. Dieser Zugang ist kennzeichnend für den Band.

Auch Dieter Plehwe versucht in seiner Einleitung, persönliche Netzwerke der TeilnehmerInnen an den Konferenzen der *Mont Pèlerin Society* zu rekonstruieren. Plehwe hat schon in früheren Publikationen die politikorientierten Netzwerke dieser Vereinigung mit dem Ziel untersucht, über die Teilnahmehäufigkeit einen Kern von AktivistInnen (die „Vielflieger“) zu identifizieren (vgl. Plehwe 2008; Walpen 2004). Damit wird auf der Ebene der einzelnen Personen als Wissens-träger und -vermittler, also auf der

Akteurs-Mikroebene, sichtbar, was ansonsten recht abstrakt ein *epistemisches Netzwerk* genannt wird, also eine Wissens- oder Erkenntnisgemeinschaft, die gemeinsame Werte, Überzeugungen und Anliegen hat und diese auch umzusetzen versucht.

Diese Zugangsweise hat ihre Schwierigkeiten. Die Rekonstruktion von Netzwerken ist eine der polizeilichen Erhebung eines potenziellen Täterkreises über die Rekonstruktion persönlicher Kontakte nicht unähnliche aufwändige Methode, die leicht der Versuchung unterliegen kann, überall Verbindungslinien von Netzwerken zu sehen. Der Gedanke, dass sich Ideen dann durchsetzen, wenn sie Antworten auf reale Entwicklungen und Probleme von Wirtschaft und Gesellschaft liefern, kommt in diesem Band eher zu kurz. Die „transnational social forces“, die Diskursen von Denkkollektiven materielle Macht verleihen, werden zwar angesprochen (etwa S. 270), treten aber zurück gegenüber intellektuellen Verbindungslinien zwischen Personen und Organisationen, welche die Ideen dieser Denkkollektive voran bringen. Die Beiträge des Bandes vertreten die Interpretationslinie, dass sich die Ideen des „neoliberalen Denkkol-

lektivs“ durch konsequentes *networking* über Jahrzehnte hinweg durchsetzen. Eine mögliche gegenteilige Interpretationslinie wäre, dass sie erst nach beträchtlicher Wartezeit hegemoniefähig werden konnten, als die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben waren. Der *networking*-Zugang ist sehr auf Personen zentriert. Die Lektüre erleichtert es nicht, dass die meisten Beiträge eine Vielzahl an Namen versammeln, die nur bei einem kleinen Kreis von SpezialistInnen auf sinnstiftende Kenntnis stoßen werden. Dem durchschnittlichen Leser wird die intime Kenntnis der vorkommenden Personen abgehen.

Manche LeserInnen allerdings mögen Hoffnung aus der Lektüre schöpfen. Sind doch die ersten Entwürfe „neoliberalen“ Denkens in einer Zeit ausgearbeitet worden, in der der Liberalismus definitiv tot schien. Die große Weltwirtschaftskrise und die auf sie folgenden massiven staatlichen Interventionen in die Wirtschaft schienen ihm den Garaus gemacht zu haben. Die Artikel dieses Sammelbands können auch als Beitrag zu der Geschichte von Denkkollektiven gelesen werden, die scheinbar obsolete gesellschaftspolitische Konzepte neu formu-

lierten und über eine Durststrecke von mehreren Jahrzehnten propagierten, bis sie hegemoniefähig wurden. Dass ein erneuerter Liberalismus jemals wiederkehren würde, konnte sich außer einer kleinen Wissens- oder Erkenntnisgemeinschaft in den 1930er und 1940er Jahren niemand vorstellen. Diese Gemeinschaft hatte über die Jahrzehnte allgemein verständ-

liche wirtschaftspolitische Konzepte ausgearbeitet, die zu einem bestimmten Zeitpunkt einleuchtend gemacht werden konnten. Was heute nicht hegemoniefähig ist, kann es morgen werden – auch das wäre ein möglicher Schluss aus der Lektüre dieses Bandes.

BERTHOLD UNFRIED

Literatur

- Plehwe, Dieter (2008): Im Schatten von Hayek und Friedman: Die Vielflieger im Kreise der Mont Pèlerin Society. Quantitative Analyse als Explorationsinstrument der historisch-sozialen Netzwerkforschung. In: Unfried, Berthold/Mittag, Jürgen/van der Linden, Marcel/Himmelstoss, Eva (Hg.): Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert. Historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt, 235-264.
- Walpen, Bernhard (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Hamburg: VSA.

Burchardt, Hans-Jürgen (Hg., 2009): **Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik.** *Frankfurt am Main: Campus.* 336 Seiten, 34,90 Euro.

Die Metapher des Umbruchs wird seit Jahrzehnten, wenn nicht schon länger, regelmäßig bemüht. Damit stellt sich die keineswegs triviale Frage, ob tatsächlich von einem Umbruch der Nord-Süd-Beziehungen gesprochen werden kann. Im vorliegenden Buch wird zunächst jedenfalls davon ausgegangen: „Die Welt ist im Umbruch [...] Für die Bearbeitung globaler Problemlagen werden die Länder und Regionen außerhalb der OECD darum immer wichtiger“ (S. 9). Der Anspruch des Buches ist es, zu jenen Sammelbänden zu gehören „die den Wissensstand und die Debatten zu einem Themenfeld nicht nur darstellen, sondern vorantreiben wollen“ (S. 7).

In erfrischendem Stil werden im Einleitungsbeitrag die empirischen Entwicklungen und die einzelnen Beiträge klar verortet, und es wird ein Überblick über die Debatte gegeben. Ein erstes großes Themenfeld stellt die Erfassung des

Staates bzw. der Staatlichkeit in der Peripherie dar. Dabei werden unterschiedliche theoretische Perspektiven und Zugänge sowohl aus eher liberaler Perspektive, angelehnt an die Governance-Forschung (Lars Brozus, Thomas Risse), als auch aus materialistischer Perspektive dargestellt. Bob Jessop versucht in seinem Beitrag, den von ihm entwickelten strategisch-relationalen Ansatz zur Konzeptualisierung peripherer Staatlichkeit heranzuziehen. Ein grundsätzlich sehr spannendes Unterfangen, das allerdings noch auf sehr hohem Abstraktionsniveau verbleibt. Heide Gerstenberger hingegen zeigt sich in ihrem Beitrag skeptisch, was die Übertragbarkeit materialistischer Staatstheorie auf die Realität in Sub-Sahara-Afrika betrifft und verweist stattdessen auf neo-patrimoniale Zugänge. Hans-Jürgen Burchardt nimmt die Debatte um periphere Demokratien zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen und warnt vor eurozentrischen Projektionen. Er betont, dass Formen der Demokratie im Süden als Formen politischer Herrschaft zu begreifen sind. Die Diskussion zur peripheren Staatlichkeit steht – zumindest was ihre bisherigen Ergebnisse betrifft – erst an ihrem Beginn und ist gewiss noch lange nicht abgeschlossen.

Die Beiträge in diesem Abschnitt bieten daher insgesamt wichtige Anregungen. Dabei überrascht es jedoch auf den ersten Blick, dass auf die für einige Bereiche existierenden alternativen Perspektiven, wie sie insbesondere im JEP 2/2008 zur peripheren Staatlichkeit dargelegt wurden, nicht explizit Bezug genommen wird. Dies ist wohl dadurch zu erklären, dass der Produktionsprozess des Buches zeitlich etwas vorgelagert war. Dem/der geneigten LeserIn, der/die Interesse an peripherer Staatlichkeit hat, ist daher die Lektüre dieses Buches in Verbindung mit der oben angeführten Schwerpunktnummer des JEP nahezulegen. Beide zusammen ergeben mehr als die Summe der Teile und stellen eine wichtige Basis für die weitere Debatte dar.

Ein zweites Themenfeld, Hauptteil des Buches, bildet unter dem Titel „Weltpolitik“ die unmittelbare Auseinandersetzung mit den Nord-Süd-Beziehungen. Auch hier steht ein Ansatz, basierend auf der Governance-Theorie, am Anfang, welcher von Renate Mayntz dargelegt und dessen Perspektive zumindest teilweise problematisiert wird. Als empirischer Bezugspunkt dient unter dem Titel der Nachhaltigkeit die ökologische Frage. Diese bildet auch den Anknüpfungspunkt für

den Beitrag von Kristina Dietz, der durch seine empirische Fundierung beeindruckt. Von Noémi Lendvai und Paul Stubbs wird das Thema der globalen Sozialpolitik aufgegriffen. Dabei sticht die versuchte Verbindung von strukturalistischen Aspekten und postkolonialer Theorie ins Auge. Wenn dieser Versuch auch sehr interessant ist, so bleibt das Ergebnis doch diffus. Dies kann jedoch sehr wohl als Hinweis auf notwendige und vielversprechende weitere Forschungstätigkeit interpretiert werden. Der Analyse der im Nord-Süd-Kontext für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wichtigen externen Förderung von Demokratie und Good Governance ist ebenso ein Kapitel gewidmet. Jonas Wolf problematisiert in seinem Beitrag die hegemoniale Sichtweise dieses Themenfeldes (im Norden) und hebt das bekannte zentrale Dilemma hervor: „Eine Politik, die die Demokratie in anderen Teilen der Welt zu unterstützen sucht, dürfte prinzipiell nicht durch eigene, partikuläre Interessen und Werte verzerrt werden, müsste eben so konzipiert und durchgeführt werden, *als sei sie gewinnfrei*, sie kann dies aber nie sein, da sie als Teil demokratischer Außen- und Entwicklungspolitik primär der eigenen Gesell-

schaft Rechenschaft schuldet“ (S. 265). Damit in Einklang argumentiert er, dass die Vorstellung, dass globale Demokratieförderung nach liberal-westlichem Muster gleichbedeutend mit einer politischen Emanzipation der Bevölkerung des Südens sei, nicht haltbar ist. Das Argument hätte noch deutlicher ausfallen können, wäre der Beitrag stärker auf die konkreten materiellen Aspekte, die in der Praxis Forderungen nach Good Governance beinhalten (Stichwort: liberale makroökonomische Politikvorschriften), eingegangen. Denn die damit verbundenen negativen Konsequenzen für die Lebensrealität vieler Menschen im Süden sind weithin bekannt. Außerordentlich positiv sticht im Band hervor, dass es zwei Beiträge gibt, die sich der globalen Sozialstruktur- bzw. Klassenanalyse widmen. Diese bildet eine wichtige, häufig aber außer Acht gelassene Grundlage weltpolitischer Prozesse. Max Koch kommt diesbezüglich zum Schluss, dass das Konzept der transnationalen Klasse mit Vorsicht zu verwenden ist. Darüber hinaus betont er, dass sich weltweit zwischen Erwerbstätigen und kleinen Selbständigen trotz ähnlicher sozio-ökonomischer Position aufgrund der hohen Heterogenität kaum noch Verbindungen

und gemeinsame politische Organisation ausmachen lassen. Boike Rehbein zeigt sich hingegen gegenüber traditionellen Herangehensweisen in der Sozialstrukturanalyse kritisch und sieht darin eurozentrische Sichtweisen verfestigt, die mit dem postulierten Aufstieg des Südens (Ostasien) obsolet werden würden.

Insgesamt lässt der Sammelband offen, ob von einem Umbruch der Nord-Süd-Beziehungen im Sinne einer drastischen Veränderung gesprochen werden kann. Vieles befindet sich keineswegs in Veränderung, der Status quo wird fortgeschrieben. Wenn auch der Fokus des Buches auf Staat und Demokratie liegt, erscheint es mir doch etwas überraschend, dass der „harte Kern“ der konkreten Finanz- und Wirtschaftsfragen als wesentlicher Bezugspunkt für Nord-Süd-Beziehungen teilweise ausgespart wird. Dennoch wird der Band seinem Anspruch, Debatten – und damit unterschiedliche Ansätze – nicht nur darzustellen, sondern auch voranzutreiben, zweifelsfrei gerecht. Entsprechend lohnend ist die Lektüre!

JOHANNES JÄGER

Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt 117. Schwerpunkt „Fußball peripher“. Münster: *Westfälisches Dampfboot*, 155 Seiten, 10,50 Euro.

Die kritische Sozialwissenschaft, die sich traditionell eher schwer mit dem Spielerischen oder Verdinglichten des Sports getan hat, hat längst erkannt, dass der globalisierte Fußball jenseits des Spielfelds so wesentliche Lebensbereiche wie Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft durchzieht, und diese ihn umgekehrt in seiner Dynamik in großem Ausmaß prägen. Die Ausgabe der *Peripherie* schließt sich diesem Trend an. Erstmals in ihrer dreißigjährigen Erscheinungsgeschichte widmet sie einen Schwerpunkt dem Weltsport Fußball. Der Versuch, Fußball als zentrales Problemfeld der sozialräumlichen Hierarchisierung zu positionieren, hat jedoch eher nicht geklappt, seine Bedeutung für die diskursive Konstruktion von Zentren und Rändern sowie die ungleiche Gewichtung von territorialen Räumen in der politischen Ökonomie des Sports bleiben weitgehend ausgespart. Hervorzuheben ist der Aufsatz von Gerald Hödl, der in seinem Beitrag zu „Afrika in der

globalen Fußballökonomie“ argumentiert, dass von einem afrikanischen Fußball im Singular gesprochen werden kann, weil sich die Entwicklung des Sports und seine Integration in die formalen Institutionen und informellen Strukturen des Weltsports mit wenigen Variationen für jedes Land auf dem Kontinent in ganz ähnlicher Weise nachzeichnen lassen. Hödls kritische Analyse, die auf einem welt-systemtheoretischen Ansatz basiert, findet ihren Dreh- und Angelpunkt in der Ausbeutung der afrikanischen Athleten in den Zentren des Weltfußballs. Der Artikel vermag überzeugend darzustellen, dass die Asymmetrien nicht nur ökonomischer, sondern auch kultureller Natur sind, wie sich etwa in der Expansion des Fußballkonsums aus den Metropolen und seiner Anschlussangebote für diverse Gruppen bemerkbar macht.

Die weiteren Beiträge können da kaum mithalten. Carlos Sandoval-Garcias Analyse von Nationalismus und Maskulinität im Fußball Costa Ricas ist lesenswert, aber nur ein Aufguss seiner auf Spanisch und Englisch publizierten Thesen. Christina Peters, die die „Popularisierung des Fußballs in Brasilien“ dem Kräfteverhältnis eines „umkämpften Raums“ zuordnet, schildert eine

im Prinzip richtige, jedoch bereits bekannte Geschichte, die von angelsächsischen wie auch brasilianischen SoziologInnen detailliert dargestellt worden ist. Rita Schäfers Bericht zur Prostitution während der Weltmeisterschaft 2010 macht betroffen und auf die Vielzahl an Problemlagen aufmerksam, die auf den Körpern von Frauen und Minderjährigen in Südafrikas Gesellschaft ausgetragen werden. Der Bezug zum Fußballerevent ist aber eher dünn. Dass Sportgroßveranstaltungen von Nichtregierungsorganisationen für die Darstellung ihrer Anliegen genutzt werden können und sollen, ist der Gegenstand eines weiteren Aufsatzes, wenngleich die hier aufgeführten Querverbindungen zwischen Weltmeisterschaft und Gewerkschaften erratisch anmuten. Der letzte Beitrag zum Zusammenhang von Raum und Fußball entfaltet seine Thesen zur Illusion des nationalstaatlichen Territorialitätsprinzips im theorieschwangeren Raum, losgelöst von empirischer Beweisführung. Bleibt zu hoffen, dass der nächste Versuch, Sport zu „peripherisieren“, besser koordiniert wird und keine dreißig Jahre auf sich warten lässt.

WOLFRAM MANZENREITER

SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen

Andreas Nölke ist Professor für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen: Internationale Beziehungen, Internationale Politische Ökonomie, internationale Organisationen, EU-Politik und Entwicklungsforschung.

Dieter Plehwe arbeitet in der Abteilung Internationalisierung und Organisation am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Internationale Politische Ökonomie und regionale Integration, transnationale Zivilgesellschafts- und Klassenformierung, multinationale Konzerne und industrielle Beziehungen, Entwicklungsökonomie und -politik, Sozialkonstruktivismus in historischer Perspektive.

Matthias Schlögl ist Student der Internationalen Entwicklung und Rechtswissenschaften an der Universität Wien sowie freier Mitarbeiter der Kommission für Entwicklungsfragen bei der OeAD-GmbH.

Helmut Weidner arbeitet in der Abteilung Transnationale Konflikte und Internationale Institutionen am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen: Globalisierung von Umweltpolitik, internationaler Vergleich und Evaluation von Umweltpolitik, Multistakeholder-Kooperation im Bereich der Nachhaltigkeitspolitik.

Die letzten Ausgaben

- 3/05 Recht auf Nahrung / Right to Food
- 4/05 WTO at the Crossroads. Stand und Perspektiven des Welthandelsregimes /
WTO at the Crossroads. State and Perspectives of the Global Trading System
- 1/06 In Memoriam Andre Gunder Frank
- 2/06 Regionale Integration / Regional Integration
- 3/06 Konflikttransformationen und Friedensprozesse / Conflict Transformation
and Peacebuilding
- 4/06 Entwicklung und Bildung / Education and Development
- 1/07 Approaches to Governance / Governance
- 2/07 Perspectives on Development Studies / Entwicklungsforschung
- 3/07 Paulo Freire heute / Popular Education
- 4/07 Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen / Development Cooperation
and Security Politics
- 1/08 Medien und Entwicklung / Media and Development
- 2/08 Periphere Staatlichkeit / Peripheral statehood
- 3/08 Wachstum – Umwelt – Entwicklung / Growth – Environment – Development
- 4/08 Global Uneven Development / Globale ungleiche Entwicklung
- 1/09 Transformation of Global Finance / Transformation des globalen
Finanzsystems
- 2/09 Global Commodity Chains and Production Networks / Globale Güter-
ketten und Produktionsnetzwerke
- 3/09 Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat / Solidarity Economics
between Market and State
- 4/09 25 Jahre Journal für Entwicklungspolitik / 25 Years Journal for Develop-
ment Studies
- 1/10 Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel / Changing Power
Relations in Latin America

Die kommenden Hefte

- 3/10 EntwicklungsexpertInnen / Development Experts
- 4/10 Bridging the Social and the Natural in Development Studies / Natur und
Gesellschaft in der Entwicklungsforschung

Informationen für AutorInnen

Das Journal für Entwicklungspolitik (JEP) ist eine der führenden wissenschaftlichen Zeitschriften für Fragen von Entwicklungstheorie und -politik im deutschsprachigen Raum. Alle Beiträge werden anonym begutachtet (double-blind). Die Publikation erfolgt in Englisch oder Deutsch. Die Zielsetzung des JEP ist es, ein Forum für eine breite kritische Diskussion und Reflexion für verschiedene Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklungen in Süd und Nord zu bieten. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen theoretischen Weiterentwicklungen im Bereich von Entwicklungsforschung und konkreten entwicklungspolitischen Prozessen ausgelotet. Gesellschaftlich relevantes Wissen über Entwicklungsprobleme und Entwicklungspolitik wird in einer interdisziplinären Herangehensweise aufbereitet und zugänglich gemacht.

Manuskriptvorschläge können
eingesendet werden an:
office@mattersburgerkreis.at
Weitere Hinweise unter:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Information for Contributors

The Austrian Journal of Development Studies is one of the leading journals in its field in the German speaking area. Articles are reviewed anonymously (double-blind) and published in German or English. The journal provides a forum for a broad critical debate and reflection on different dimensions of societal transformation and on North-South relations. Specifically, the relationship between cutting edge theoretical advances in the field of development studies and actual development policies is addressed. Politically relevant knowledge about issues of development is provided in an accessible, interdisciplinary way.

Article proposals can be sent to:
office@mattersburgerkreis.at
Further information:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Gefördert aus öffentlichen Mitteln der

Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft XXVI, 2-2010, ISBN 978-3-85476-335-2

Preis des Einzelhefts: Euro 9,80; sFr 17,50

Preis des Jahresabonnements: Euro 39,80; sFr 69,-

Abonnementbezug über die Redaktion:

Journal für Entwicklungspolitik, Sensengasse 3, A-1090 Wien,

office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis.at/jep

Das Abonnement kann unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Jahresende gekündigt werden.

I. Auflage 2010

© Mandelbaum Verlag Wien / Mattersburger Kreis

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Satz: Julia Löw, weiderand.net, Wien

Druck: Interpress, Budapest

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Hochschulen, Sensengasse 3, A-1090 Wien

Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die AutorInnen bzw. die Redaktion.

